

**GRUNDLAGEN DER
KATHOLISCHEN STAATSLEHRE**

*Nach den Dokumenten des kirchlichen Lehramts
im 19. und im 20. Jahrhundert*

Josef STEININGER
—

1982
—

Dissertations- und Fotodruck ANNELIESE SCHUBERT
Corneliusstraße 21 · 8000 München 5 · Telefon 2014774

GRUNDLAGEN DER
KATHOLISCHEN STAATSLEHRE

nach den Dokumenten des kirchlichen Lehramts
im 19. und im 20. Jahrhundert

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Josef Steininger
aus
Feldkirchen b.W.

Druckerei Anneliese Schubert, München

1982

Referentin: Universitätsdozentin

Dr. Vera Piroshkow

Korreferent: Professor Dr. Wilhelm Kölmel

Tag der mündlichen Prüfung: 26.7.1982



Inhalt:

EINLEITUNG

ERSTER HAUPTTEIL:

Die klassische Formulierung der katholischen Staatslehre
im Kampf gegen die modernen Zeitirrtümer im
19. und 20. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg.

- I. Die Freiheit des Menschen und das Gesetz Gottes
 1. Mensch und Gott
 2. Freiheit und Vernunft
 3. Die modernen Freiheitsrechte
 4. Das Gesetz Gottes in der menschlichen Gemeinschaft
 5. Kirche und Staat
- II. Die menschliche Gemeinschaft und die Autorität
 1. Das Wesen der menschlichen Gemeinschaft
 2. Die Autorität in der Gemeinschaft
 3. Katholische Lehre und moderne Demokratie
 4. Der Christ und der demokratische Staat
 5. Die Frage des Widerstandsrechts gegen die Staatsgewalt
- III. Zusammenfassung

ZWEITER HAUPTTEIL:

Die Aussagen der neueren Päpste und des

II. Vatikanischen Konzils

I. Das Gesetz Gottes in der menschlichen Gemeinschaft

1. Die Aussagen Johannes' XXIII.

2. Das II. Vatikanische Konzil:

"Gaudium et spes" und

"Inter mirifica"

3. Das Dekret über die Religionsfreiheit

4. Zusammenfassung: Die Aufgaben von Kirche und Staat

II. Die Autorität in der menschlichen Gemeinschaft

1. Die Aussagen Pius' XII. zur demokratischen Staatsform

2. Die Enzyklika "Pacem in terris" Johannes' XXIII.

3. Die Pastoralkonstitution "Gaudium et spes"

4. Die Frage des Widerstandsrechts

SCHLUSS

EINLEITUNG

Die modernen, demokratischen Gesellschaftsordnungen sind, daran gibt es keinen Zweifel, gegen die katholische Kirche entstanden. Nachdem Papst Pius VI. in dem Breve "Quod aliquantum" von 1791 die Grundsätze der französischen Revolution verdammt hatte, waren das gesamte 19. und das beginnende 20. Jahrhundert durch einen erbitterten Kampf der Kirche mit den progressiven liberalen und demokratischen Bewegungen sowie mit den schließlich entstandenen demokratischen Staaten geprägt. Zu den Höhepunkten dieses Kampfes gehörten die 1832 von Papst Gregor XVI. (1831-1846) erlassene Enzyklika "Mirari vos" (1) und der berühmte "Syllabus", eine 80 Thesen umfassende Liste moderner Zeitirrtümer, die Papst Pius IX. (1846-1878) im Jahre 1864 herausgab (2). Er gipfelte in der Verwerfung des Satzes: "Der römische Papst kann und soll sich mit dem Fortschritt, mit dem Liberalismus und mit der modernen Bildung aussöhnen und verständigen." (3)

Der Sieg der Demokratie in den Staaten wurde dadurch zwar nicht verhindert. Nachhaltig konnte die Kirche jedoch im 19. Jahrhundert durch ihren Kampf gegen den modernen Zeitgeist den schleichenden, lautlosen Auszug der Menschen aus ihren Reihen stoppen, der das 18. Jahrhundert gekennzeichnet hatte, als man sich mit den Ideen der Aufklärung kaum auseinandersetzte. Sie erreichte im 19. Jahrhundert ein Maß an innerer Geschlossenheit und Identifizierung der Gläubigen mit der Kirchenleitung, das in der Zeit vor

(1) ASS IV, 336-345; deutsch: K. Lugmayer, Die gesellschaftlichen Rundschreiben Leos XIII. und seiner unmittelbaren Vorgänger (im Folgenden zitiert als "Lugmayer..."), S. 3-17

(2) Lat.-dt. Text: H. Schnatz, Päpstliche Verlautbarungen zu Staat und Gesellschaft (im Folgenden zitiert als "Schnatz ..."), S. 31-43; deutsch ferner: Lugmayer, S. 31-43

(3) Satz 80; Schnatz, S. 45

der französischen Revolution unvorstellbar gewesen wäre. Ihre Krönung fand diese Entwicklung im I. Vatikanischen Konzil, welches 1870 das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes bei letzten Entscheidungen in Fragen des Glaubens und der Sitten verkündete.

Hatte der Syllabus die Irrtümer der modernen Zeit gebrandmarkt, so stellte diesen Papst Leo XIII. (1878-1903) in einer Reihe von bedeutenden Enzykliken die richtige Lehre über Gott, Mensch und Staat gegenüber. Auf den gründlichen, systematischen Darlegungen dieses Papstes bauten die Stellungnahmen seiner Nachfolger zu politischen Fragen auf, von ihnen zehrt die katholische Staatslehre bis heute.

In der Gegenwart geht man davon aus, daß sich die Kirche mit dem Denken der Neuzeit und mit der modernen Demokratie versöhnt hat. Vor allem die Enzykliken Papst Johannes' XXIII. (1958-1963) und die Dokumente des II. Vatikanischen Konzils (1962-1965) gelten weithin als "Überwindung" der "reaktionären" katholischen Positionen des 19. Jahrhunderts.

Ob dem wirklich so ist, dies zu untersuchen ist Zweck der vorliegenden Arbeit. Sie gliedert sich dementsprechend in zwei Hauptteile: Der erste Hauptteil wird zunächst die Aussagen des kirchlichen Lehramts zur Staatslehre im 19. und 20. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg darstellen. Der zweite Hauptteil wird sich anschließend mit den Verlautbarungen der neueren Päpste und des II. Vatikanischen Konzils beschäftigen.

ERSTER HAUPTTEIL:

Die klassische Formulierung der katholischen Staatslehre im Kampf gegen die modernen Zeitirrtümer im 19. und 20. Jahrhundert bis zum 2. Weltkrieg

I. Die Freiheit des Menschen und das Gesetz Gottes

1. Mensch und Gott

Thema des gesamten Denkens der Neuzeit im weitesten Sinn, das sich, beginnend mit Renaissance und Humanismus, fortschreitend im Zeitalter der sogenannten "Aufklärung" und der französischen Revolution, bestimmend in der Gegenwart, als Abkehr vom "finsternen" Mittelalter versteht, ist die menschliche Freiheit. Freiheit im Sinn von absoluter Selbstbestimmung des Menschen, der keinerlei Gesetze und Normen mehr anerkennt, es sei denn solche, die er sich s e l b s t gegeben hat, (wie dies etwa Kants "kategorischer Imperativ" beinhaltet).

Dies bedeutet, wenn man folgerichtig ist, die Absage an jeden persönlichen Gott, der über dem Menschen steht und dessen Gesetz er daher gehorchen müßte. Einen derart einschneidenden Schritt wollten und wollen viele, die sich das moderne Denken zu eigen gemacht haben, nicht vollziehen. Um ihm auszuweichen, flüchten sie sich nicht selten in den Agnostizismus, d.h. sie bezeichnen die Frage nach der Existenz Gottes als nicht zu klären und meinen, sie offen lassen zu können. Häufig ist auch eine Geisteshaltung, die man seit der Frühzeit der Aufklärung als "Deismus" bezeichnet: Die Existenz Gottes wird nicht geleugnet, er wird indes als "Uhrmachergott" vorgestellt,

der die Welt einem Uhrwerk gleich geschaffen hat, das nun abläuft, ohne daß er sich weiter darum kümmert. Einen Sinn, ein Ziel hat er diesem Uhrwerk nicht gegeben. Der Mensch soll folglich die Gesetze, nach denen dieses Uhrwerk abläuft, d.h. die Naturgesetze, forschend erkennen und sich ihrer nach seinem Gutdünken bedienen, ohne daß er hierbei irgendwie auf Gott Rücksicht nehmen, sich auf Gott ausrichten müßte. Durch eine dauernde Vervollkommnung seiner Erkenntnis kann der Mensch sich zum Herrn des Uhrwerks Welt machen und ihm, da Gott dies nicht getan hat, in voller Freiheit selbst Sinn und Ziel geben und hiervon die Normen seines Handelns, seine eigene Gesetzgebung, ableiten.

Das Unsinnige eines solchen Denkens liegt auf der Hand. Ein Gott, der sich um seine eigene Schöpfung und deren Krönung, den Menschen, nicht mehr kümmert, der in das Ganze keinen Sinn hineinlegt, den die Menschen erkennen können und an dem sie sich ausrichten müssen, wäre ein unvernünftiger Gott. Ein unvernünftiger Gott aber ist kein Gott.

Wenn es Gott gibt, dann findet an ihm die Freiheit des Menschen ihre Grenze, dann gibt Er die Gesetze, ist Er der Souverän, nicht der Mensch, nicht das Volk. "Ist Gott der Souverän oder ist der Mensch der Souverän? Eine von beiden (Souveränitäten) ist eine Unwahrheit", stellt Karl Marx treffend fest (1). Er entschied sich gegen Gott und diese Entscheidung ist keineswegs spezifisch "marxistisch", sondern die zwingende Folge des Denkens der Neuzeit.

(1) K. Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, MEW, Bd. 1, S. 230

Daß die entgegengesetzte Entscheidung, die Entscheidung für Gott, die einzige ist, die mit der gesunden Vernunft des Menschen in Einklang steht, ist die Überzeugung der katholischen Kirche. Die entsprechende dogmatische Definition des I. Vatikanischen Konzils lautet bündig: "Wer sagt, der eine und wahre Gott, unser Schöpfer und Herr, könne mit dem natürlichen Licht der menschlichen Vernunft durch das, was gemacht ist, nicht mit Sicherheit erkannt werden, der sei ausgeschlossen." (2) Aus dem, "was gemacht ist", also daraus, daß sich die Welt überall, wo nicht menschliche Unvernunft störend eingegriffen hat, in einer sinn- und planvollen Ordnung befindet, folgt der zwingende Schluß auf einen Urheber dieser Ordnung, einen Schöpfer. Papst Leo XIII. bekräftigt dies in seiner Enzyklika "Aeterni Patris" von 1879 (3) folgendermaßen: "Die Worte der göttlichen Weisheit tadeln die Torheit jener Menschen überaus hart, die 'aus den Gütern, die sie wahrnehmen, jenen, der ist, nicht erschließen können; die vor den Werken stehen und den Werkmeister nicht erkennen'. (Buch der Weisheit, 13,1.) An erster Stelle zeitigt demnach die menschliche Vernunft die wunderbare Frucht: den Beweis für das Dasein Gottes. 'Aus der Größe der sinnfälligen Schöpfung kann der Schöpfer erschlossen werden.' (Buch der Weisheit, 13,5.)" (4)

(2) Neuner-Roos, Der Glaube der Kirche, S. 51, Nr. 45

(3) ASS XII, 97-115;
deutsch: Lugmayer, S. 77-103

(4) Lugmayer, S. 82, Nr. 8

Existiert Gott, so ist diese Tatsache grundlegend für das menschliche Dasein, sie gibt ihm seinen Sinn, wie Leo XIII. in der Enzyklika "Sapientiae Christianae" von 1890 (5) ausführt: "Auf Gott zu schauen, auf ihn hinzustreben, ist das oberste Gesetz für das menschliche Leben; nach Gottes Ebenbild erschaffen, treibt die Menschen ihr Wesen selbst zur Vereinigung mit dem Schöpfer." (6) Dieses Ziel kann der Mensch erreichen durch ein Leben nach dem Willen Gottes, nach dem göttlichen Sittengesetz: "Einzig und allein das Sittengesetz aber befiehlt uns, in unserer ganzen Handlungsweise unser höchstes und letztes Ziel, und ebenso auf den einzelnen Gebieten diejenigen Ziele geradewegs anzustreben, die wir als von der Natur, oder besser gesagt von Gott, dem Urheber der Natur, dieser Tätigkeitsordnung vorgesteckt erkennen, und diese Ziele wiederum in richtiger Unterordnung jenem höchsten Ziele dienstbar zu machen.", erklärt Papst Pius XI. (1922-1939) in der Enzyklika "Quadragesimo anno" von 1931 (7). Aus der Natur der geschaffenen Dinge, aus seiner eigenen Natur vor allem, die ebenfalls von Gott geschaffen ist, somit allein mit seiner Vernunft, kann der Mensch erkennen, welches Verhalten und und Handeln ihm das Sittengesetz, der Wille Gottes, vorschreibt.

(5) ASS, XXII, 385-404;
deutsch: Lugmayer, S. 277-304

(6) Lugmayer, S. 277/78, Nr. 2

(7) ASS 23 (1931), 177-228;
deutsch: E. Marmy, Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau (im Folgenden zitiert als "Marmy"), S. 446-510, Zitat: Enzyklika, Nr. 43, Marmy S. 462/63, Nr. 642; Hervorhebung durch Verfasser

Freilich, so Leo XIII. in der Enzyklika "Aeterni Patris", "Gottes Güte hat uns in den göttlichen Dingen nicht nur jene Wahrheiten geoffenbart, an die der menschliche Verstand nicht heranreicht (8), sondern eine Reihe solcher klargelegt, die der Vernunft nicht unzugänglich sind, in der Absicht, sie durch das Hinzutreten der göttlichen Hoheit leicht und ohne Beimengung von Irrtum ins Bewußtsein aller zu bringen." (9) Gott, der sich zuerst dem Volk Israel, dann, in Jesus Christus, allen Menschen in übernatürlicher Weise offenbarte, hat auf diese Weise auch, z.B. in den Zehn Geboten, sein sittliches Gesetz kundgegeben. Dieses ist an sich jedoch - wie die Existenz Gottes selbst - auch für die natürliche Vernunft des Menschen erkennbar, denn, so sagt der hl. Paulus, "die Heidenvölker, die das Gesetz nicht haben, zeigen nichtsdestoweniger, daß das Werk des Gesetzes in ihr Herz geschrieben ist." (Brief an die Römer, 2, 14-15) (10)

-
- (8) Gemeint sind hier Wahrheiten wie die Dreifaltigkeit Gottes, die Menschwerdung des Gottessohnes Jesus Christus, die leibliche Gegenwart Christi in der Hostie usw., Wahrheiten, welche die menschliche Vernunft nicht erschließen kann, sondern die "auf die Autorität des offenbarenden Gottes hin" (I. Vatikan. Konzil, Neuner-Roos, S. 52, Nr. 50) zu glauben sind.
 - (9) Lugmayer, S. 80, Nr. 6; Hervorhebung durch Verfasser
 - (10) Auf diese Stelle verweist Leo XIII. in "Aeterni Patris", ebenda.

2. Freiheit und Vernunft

Die Tatsache der Existenz Gottes legt dem Menschen Gesetze auf, als Geschöpf ist er an den Willen des Schöpfers gebunden. Bedeutet dies das Ende der menschlichen Freiheit? Die Beantwortung dieser Frage hängt davon ab, was man unter Freiheit versteht. Zweifellos ist das moderne Freiheitsverständnis, das jedes von außen kommende Gesetz ablehnt, ein ganz anderes als das der katholischen Kirche. Dieses hat Leo XIII. gründlich dargelegt, vor allem in seiner Enzyklika "Libertas" von 1888 (11).

Ausgangspunkt Leos XIII. in diesem Rundschreiben ist die Tatsache, daß der Mensch mit Willensfreiheit begabt ist: "Die Freiheit ist eines der köstlichsten Güter unseres Wesens, ..., sie verleiht dem Menschen die Würde, 'über sich selbst zu verfügen', Herr seiner Handlungen zu sein." (12) Die Willensfreiheit unterscheidet den Menschen vom instinktgeleiteten Tier: "Alle übrigen Wesen werden von ihren Sinnestrieben geleitet, durch einen naturgesetzlichen Trieb suchen sie ihren Nutzen und vermeiden ihren Schaden, der Mensch aber hat für die einzelnen Handlungen seines Lebens die Vernunft zur Führerin." (13)

Der Mensch kann also nur deshalb Freiheit besitzen, weil er, anstelle des Instinkts, mit Vernunft ausgerüstet ist. Folgt das Tier dem Instinkt, so muß er mit seinem freien Willen der Vernunft folgen. "Weil der Wille von der Vernunft abhängt, so schändet er die Freiheit von Grund aus

(11) ASS XX, 593-613;
deutsch: Lugmayer, S. 243-274

(12) Lugmayer, S. 243, Nr. 1

(13) ebenda, S. 245, Nr. 6

und mißbraucht sie, wenn er etwas anstrebt, das mit der richtigen Vernunft unvereinbar ist." (14) In einem solchen Verhalten aber besteht das Wesen der S ü n d e. Der Mensch hat die Möglichkeit zu sündigen, aber gerade dadurch gibt er -freiwillig- seine Freiheit preis.

Um dies näher zu erläutern, zitiert Leo XIII. zustimmend einen Kommentar des hl. Thomas von Aquin zu dem Schriftwort: "Wer Sünde begeht, ist ein Sklave der Sünde."
(Joh, 8, 34):

"Ein jedes ist das, was ihm seiner Art nach zukommt. Wenn es also von irgendetwas Äußerem bewegt wird, dann handelt es nicht nach seiner Art, sondern unter dem Druck eines anderen, was eben das Wesen der Knechtschaft kennzeichnet. Der Mensch aber ist seiner Art nach vernünftig. Wenn er sich also entsprechend der Vernunft bewegt, dann ist ihm diese Bewegung arteigen und er handelt seinem Wesen entsprechend, was ein Zeichen der Freiheit ist; wenn er aber sündigt, dann handelt er wider die Vernunft und dann wird er gleichsam von etwas anderem bewegt, niedergehalten von fremder Bestimmung: und daher ist der ein Knecht der Sünde, der eine Sünde begeht." (15)

Wenn also die menschliche Freiheit nicht der Vernunft folgt, so gibt sie sich selbst auf, der Mensch wird unfrei. Da aber Gott "die Vollkommenheit an sich, der höchste Verstand" (16) ist, besteht die grundlegendste Einsicht der Vernunft darin, Gott zu erkennen und sich seinem Willen, seinem Gesetz, unterzuordnen. Deshalb ist es

(14) ebenda, S. 247, Nr. 9

(15) ebenda

(16) ebenda

"geradezu unsinnig und widervernünftig, zu behaupten, daß der Mensch seines freien Wesens wegen außerhalb des Gesetzes stehen müsse; es würde daraus notwendigerweise folgen, daß die Freiheit in keinem Zusammenhange mit der Vernunft zu stehen brauche." (17)

Unsinnig ist daher auch die Behauptung, die Papst Pius IX. im Satz 3 des Syllabus verurteilte: "Die menschliche Vernunft, ohne jede Rücksicht auf Gott, ist der alleinige Richter über wahr und falsch, über gut und schlecht, ist sich selbst Gesetz und genügt mit ihren natürlichen Kräften, um für die einzelnen Menschen und die Völker das Wohl zu sichern." (18) Die menschliche Vernunft kann zwar erkennen, was "wahr und falsch" ist, aber es ist nicht deswegen wahr oder falsch, weil der Mensch, sondern weil Gott es so festsetzt.

Fassen wir zusammen: Frei ist der Mensch nur insofern, als er seiner Vernunft folgt, andernfalls gibt er seine Freiheit selbst preis. Seine Vernunft lehrt ihn, Gott zu erkennen und seinem Gesetz zu gehorchen, gerade dadurch wird er also frei. "Denn er unterstellt seinen Willen ja nicht der Herrschaft irgend eines Menschen, sondern der Herrschaft seines göttlichen Schöpfers, des Fürsten über alle, dem er nach dem Gesetze der Schöpfung ohnehin unterstellt ist: Er beugt sich nicht der Meinung irgend eines irdischen Lehrers, er beugt sich der ewigen, unveränderlichen Wahrheit. Er erreicht so das schöpfungsgemäße Wohl seines Geistes und zugleich die Freiheit. ... Hat der Mensch diese Kenntnis und unterwirft er sich der erkannten Wahrheit, dann unterwirft er nicht sich

(17) Lugmayer, S. 248, Nr. 13

(18) Lugmayer, S. 31

den Dingen, sondern die Dinge sich, unterwirft nicht die Vernunft dem Triebleben, sondern das Triebleben der Vernunft, wirft die traurige Knechtschaft der Sünde und der Irrtümer ab und ringt sich zur wunderbarsten Freiheit durch: 'Ihr werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen' (Johannes, 8, 32)." (19)

(19) Leo XIII., Enzyklika "Tametsi futura" von 1900; ASS XXXIII, 273-285; deutsch: Lugmayer, S. 351-369, Zitat: S. 362/63 Hervorhebung in der Übersetzung von Lugmayer.

3. Die modernen Freiheitsrechte

Das moderne Verständnis von Freiheit, das dem christlichen gegenübersteht, hat Leo XIII. so gekennzeichnet: "Viele aber machen es dem Teufel nach, der das wahnwitzige Wort geprägt hat: 'Ich will nicht dienen!' und arbeiten unter dem Namen der Freiheit auf eine sinnlose Ungebundenheit hin. Dazu gehören die Anhänger jener weitverbreiteten einflußreichen Lehre, die das Wort Freiheit für sich in Beschlag nehmen und sich 'Liberale', Freiheitliche, nennen." (20) Jede Bindung an ein Gesetz, das nicht selbst gegeben ist, sondern von Gott kommt, wird von diesen abgelehnt, d.h. es muß sich nicht der menschliche Wille an das halten, was die Vernunft erkennt und ihm vorschreibt, vielmehr ist u m g e k e h r t das, was der Wille des Menschen bestimmt und fordert, gerade deshalb das Vernünftige und Richtige. "Vernunft" im Sinne des Liberalismus und der Aufklärung ist also der souveräne menschliche Wille; dies muß beachtet werden, wenn sich die Aufklärer auch als "Rationalisten", als Anhänger der Vernunft bezeichnen.

So kann Leo XIII. erklären: "Der Hauptsatz des gesamten Rationalismus liegt in der Selbstherrlichkeit der menschlichen Vernunft: sie verweigert der ewigen göttlichen Vernunft den Gehorsam, erklärt sich selbst zur Quelle des Rechts, macht sich selbst zum obersten Grundsatz, zum Ursprung, zum Bestimmer der Wahrheit. Und dementsprechend behaupten die erwähnten Anhänger des 'Liberalismus': In den Handlungen des Lebens hat man keiner göttlichen Macht zu gehorchen, sondern jeder ist sich selbst Gesetz.

(20) Enzyklika "Libertas", Lugmayer, S. 254, Nr. 24

Daraus entspringt die sogenannte 'unabhängige' Sittenphilosophie, die unter dem Schein der Freiheit den Willen vom Gehorsam gegen die göttlichen Vorschriften entbinden will und dem Menschen eine grenzenlose Ungebundenheit zugesteht." (21)

Eine vom Gesetz Gottes unabhängige Freiheit, eine Freiheit, die nicht von den Erkenntnissen der Vernunft geleitet ist, kann die katholische Kirche nicht anerkennen. Deshalb verwirft sie auch die bedingungslos verstandenen modernen Freiheitsrechte, wie sie seit der amerikanischen und französischen Revolution in immer mehr Staaten durchgesetzt wurden, insbesondere Gewissens-, Meinungs-, Rede-, Lehr-, Pressefreiheit.

In sehr scharfer Form hat dies bereits Papst Gregor XVI. in der Enzyklika "Mirari vos" von 1832 zum Ausdruck gebracht. Ein Grundübel ist, wie er sagt, "jene törichte Irrmeinung oder besser gesagt jener Wahnsinn, jedem die Freiheit des Gewissens zu geben und zu wahren. Diesem seuchenartigen Irrtum bereitet vor allem jene maßlose Meinungsfreiheit den Weg, die sich zum Schaden von Kirche und weltlicher Gesellschaft allüberall breit macht". (22) Ebenso verurteilt der Papst "jene ganz abscheuliche, schrankenlose Pressefreiheit, die viele mit so verbrecherischer Gesinnung zu fördern und zu fordern wagen." (23)

Die Begründung hierfür fehlt nicht: "Welch schlimmeren Tod kann es nach den Worten des hl. Augustinus für die Seele geben, als den der Freiheit des Irrtums?" (24),

(21) Lugmayer, S. 254/55, Nr. 26

(22) ebenda, S. 10/11, Nr. 16

(23) ebenda, S. 11, Nr. 17; Die Übersetzung von Lugmayer gebraucht hier den altertümlichen Ausdruck "Preßfreiheit".

(24) ebenda, S. 11, Nr. 16

also der Selbstaufgabe der Freiheit durch Abkehr von der Leitung durch die Vernunft. "Daraus entwickeln sich die Gesinnungsumschläge, das Verderben der heranwachsenden Jugend, die allgemeine Mißachtung des Heiligen und der bindendsten Gesetze, daraus fließt mit einem Wort eine Seuche, die für das staatliche Leben gefährlicher ist als jede andere." (25)

Ganz im Einklang mit diesen Ausführungen hat Pius IX. im Syllabus folgenden Satz verworfen: "Denn es ist falsch, daß ... die allgemeine Freiheit, aller Art Gedanken und Meinungen frei und offen kundzutun, dazu führe, Seele und Sittlichkeit der Völker zu schädigen und die Seuche der Gleichgültigkeit, des Indifferentismus zu verbreiten." (These 79) (26)

Eingehend hat sich Leo XIII. in der bereits mehrfach erwähnten Enzyklika "Libertas" mit diesem Thema auseinandergesetzt. Zur Rede- und Pressefreiheit äußert er sich folgendermaßen: "Nun einiges über die 'Redefreiheit' und über die Freiheit, jede beliebige Meinung schriftlich zu verbreiten. Es ist kaum nötig, zu sagen, daß eine solche ungezügelte Freiheit, die über Maß und Grenzen hinweggeht, kein Recht hat. Die Freiheit ist ja eine sittliche Fähigkeit, und wie wir gesagt haben und immer wieder sagen müssen: es wäre sinnlos, zu glauben, daß sie ihrem Wesen nach der Wahrheit und der Lüge, der Sittlichkeit und der Unsittlichkeit wahllos gemeinsam sei." (27)

(25) ebenda

(26) Satz 79; Lugmayer, S. 43

(27) ebenda, S. 261/62, Nr. 44

Es geht also auch hier wieder um die Bindung des Freiheitsrechts an das, was den Menschen erst frei macht, nämlich die Vernunft, die erkennen kann, was wahr und sittlich gut ist. "Wahrheit und Sittlichkeit sollen mit vollem Rechte frei und klug im Gemeinwesen verbreitet werden, damit möglichst viele daran teilhaben; trügerische Meinungen aber, die verderblichste Geistesseuche, die sich denken läßt, und Bosheiten, die Geist und Sitten verderben, müssen billigerweise von der öffentlichen Hoheit mit Sorgfalt in Schranken gehalten werden, damit sie sich nicht zum Verderben des Staates ausbreiten: Die Missetaten einer ungebundenen Begabung, die schließlich eine unerfahrene Masse sich unterjochen, müssen von der Hoheit der Gesetze nicht weniger eingedämmt werden als das Unrecht der Gewalttat den Schwachen gegenüber. Um so mehr, als sich der Großteil der Staatsangehörigen vor den Scheingründen und rednerischen Kunststücken, besonders wenn sie dem Triebleben schmeicheln, gar nicht oder nur mit größter Schwierigkeit schützen kann." (28)

Eindringlich weist der Papst auf die Folgen einer schrankenlosen Meinungs- und Pressefreiheit hin: "Wenn man jedem Beliebigen eine zügellose Sprech- und Schreibfreiheit zugesteht, dann wird überhaupt nichts mehr heilig und unverletzt bleiben; nicht einmal jene wichtigen, wahren Grundanschauungen unseres Wesens werden Schonung finden, die wir als das gemeinsame vornehmste Gut des Menschengeschlechtes betrachten müssen. Die Wahrheit wird so allmählich in Finsternis gehüllt werden und mit Leichtigkeit wird - wie es tatsächlich so oft geschieht - ein schillernder, gefährlicher Irrtum die Herrschaft antreten. Die Zügellosigkeit

(28) ebenda, S. 262, Nr. 44

wird daraus ebensoviel Vorteil schöpfen, als die Freiheit Schaden; denn die Freiheit wird um so sicherer und größer sein, je stärkere Zügel der Ungebundenheit angelegt werden." (29)

Auch mit der Freiheit der Lehre beschäftigt sich Leo XIII. in der gleichen Weise: "Genau dasselbe müssen Wir über die sogenannte 'Lehrfreiheit' sagen. Es ist doch klar, daß nur die Wahrheit über das Gute, das Ziel und die Vollendung geistiger Wesen die Geister belehren darf; und daher darf der Unterricht nur Wahres bringen, ob er sich nun an Unwissende wendet oder an Wissende; denn die einen soll er zur Kenntnis der Wahrheit bringen, die anderen darin bestärken. Es ist daher Aufgabe der Lehrenden, die Geister vom Irrtum zu befreien und den Weg zu Trugschlüssen mit sicheren Mitteln abzusperren. Also ist jene Freiheit, von der Wir hier sprechen, insofern sie verlangt, jede beliebige Meinung nach Gutdünken lehren zu können, vernunftwidrig und muß die Geister gänzlich in Verwirrung bringen. Die öffentliche Hoheit kann diese Freiheit ihren Staatsbürgern nicht geben, ohne ihre Pflicht zu verletzen, um so weniger, als die Lehrenden auf ihre Hörer großen Einfluß ausüben und der Schüler an sich nur sehr selten entscheiden kann, ob die Worte des Lehrers wahr sind." (30)

Daß die modernen Freiheitsrechte auch positiv gewertet werden können, wenn sie, wie es das Wesen wirklicher Freiheit ausmacht, an die Vernunft und dementsprechend an das Gesetz Gottes gebunden sind, legt Leo XIII. am Beispiel der Gewissensfreiheit dar, von der er sagt, man könne sie

(29) ebenda

(30) ebenda, S. 263, Nr. 46, 47

"auch so auffassen, daß dem Menschen durch die staatliche Gesellschaft keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, nach seinem Gewissen Gottes Willen zu folgen und seine Befehle auszuführen. Diese wahre, Gotteskindern würdige Freiheit, die die Menschenwürde vollauf wahrt, hat durchaus nichts gemein mit Gewalt und Unrecht; sie war immer der Herzenswunsch der Kirche. Diese Freiheit haben die Apostel (31) unablässig in Anspruch genommen, haben die Glaubensverteidiger in ihren Schriften festgelegt, haben die Blutzeugen in ungeheurer Zahl mit ihrem Blute besiegelt. Mit Recht, denn diese christliche Freiheit legt Zeugnis ab von der unbegrenzten, allgerechten Herrschaft Gottes über die Menschen und von der ersten, größten Pflicht der Menschen Gott gegenüber." (32)

(31) Die Übersetzung von Lugmayer benutzt hier das alttümliche Wort "Zwölfboten".

(32) Lugmayer, S. 266, Nr. 57

4. Das Gesetz Gottes in der menschlichen Gemeinschaft

Mit dem Thema der modernen Freiheitsrechte haben wir den Bereich des öffentlichen Lebens und des Staates berührt, dessen Sache es ja ist, diese Rechte zu gewähren oder ihnen Einhaltung zu gebieten. Der freie, sich selbst bestimmende Mensch im modernen Sinn kann - wie wir sahen - nicht bereit sein, einen Gott anzuerkennen, dessen Gesetz er gehorchen müßte, einem Gesetz, das er sich nicht selbst gegeben hat. Daher muß in diesem Verständnis auch eine Gesellschaft, ein Staat der Freien (und in ihrer Freiheit Gleichen) ohne Rücksicht auf Gott aufgebaut werden, und zwar am besten auf dem einigen, gleichgerichteten Willen aller, (wie es Rousseaus Ideal der "volonté generale" entspricht), oder, wenn Einigkeit aller nicht herzustellen ist, auf Kompromissen zwischen den verschiedenen Willensrichtungen der Menschen, (wie es mehr der angelsächsischen Tradition des politischen Denkens entspricht). Anerkennung Gottes, Glaube an Gott kann allenfalls Privatsache einzelner sein, welche die öffentlichen Angelegenheiten nicht berührt.

Leo XIII. stellt dieses Denken in der Enzyklika "Libertas" so dar: "Ist es nämlich zur festen Anschauung geworden, daß der Mensch niemand über sich habe, so folgt daraus: es gibt keine Wirkursache des menschlichen Zusammenlebens, der menschlichen Gesellschaft, die außerhalb des Menschen oder über dem Menschen stünde, sie liegt vielmehr im freien Willen des einzelnen; die staatliche Macht leitet ihren Ursprung von der Menge als letzter Quelle her, und wie des einzelnen Vernunft die alleinige Führerin und Richtschnur für das Leben des einzelnen ist, so muß die Vernunft aller die oberste Richtschnur des öffentlichen Lebens für alle sein. Die Macht liegt daher bei der

Mehrheit; die Mehrheit bestimmt alle Rechte und Pflichten." (33)

Einmal mehr muß Leo XIII. eine falsche Sicht der menschlichen Freiheit als sinnloser Ungebundenheit zurechtrücken: "Richtschnur und Regel für die Freiheit ist durchaus das ewige Gesetz Gottes, nicht nur in Hinsicht auf einzelne Menschen, sondern auch in Hinsicht auf die menschliche Gesellschaft." (34) In der gegen die Freimaurerei gerichteten Enzyklika "Humanum genus" von 1884 (35) erklärt der Papst dementsprechend mit großer Schärfe: "Im Gesellschaftsleben aber sich um den Glauben überhaupt nicht zu kümmern und in der Verwaltung und Führung staatlicher Angelegenheiten Gott nicht mehr zu beachten, als ob er überhaupt nicht da wäre, das ist eine Frechheit, die selbst bei den Heiden unerhört war." (36)

Pius IX. hatte bereits im Syllabus den Satz verurteilt: "Die sittlichen Gesetze brauchen die göttliche Bekräftigung nicht und es ist durchaus nicht nötig, daß die menschlichen Gesetze nach dem natürlichen Rechte gebildet werden oder ihre verpflichtende Kraft von Gott nehmen." (Satz 56) (37) Was davon zu halten ist, wenn die sittlichen und dementsprechend die rechtlichen Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht vom Gesetz Gottes, sondern vom - angeblich an sich "vernünftigen" - menschlichen Willen, vom Willen der Mehrheit, abgeleitet werden, macht auch Leo XIII. unmißverständlich klar:

(33) ebenda, S. 255, Nr. 27

(34) ebenda, S. 251, Nr. 19; Hervorhebung durch Verfasser

(35) ASS XVI, 417-433;
deutsch: Lugmayer, S. 159-181

(36) Lugmayer, S. 171, Nr. 36

(37) ebenda, S. 39/40

"Eine solche Lehre bringt sowohl den einzelnen als auch der Gesellschaft größtes Verderben. Überlassen wir die Entscheidung über die Wahrheit bedenkenlos und schrankenlos der menschlichen Vernunft, dann schwindet der Unterschied von Gut und Böse überhaupt, dann besteht ein Unterschied zwischen ehrenhaft und schändlich nicht an sich, sondern nur nach der Meinung und dem Urteil der einzelnen; was man erstrebt, wird auch erlaubt sein: eine Sittenlehre wird auf diesen Grundlagen so gut wie keine Macht haben, unbotmäßige Regungen in Schranken zu halten oder zu unterdrücken und der Weg zur völligen Entsittlichung des Lebens steht offen. In der Gesellschaft aber trennt sich die Befehlsmacht von ihrem wahren, gegebenen Ursprung, aus dem sie alle Kraft für das Gemeinwohl schöpft, Vorschriften und Verbote bleiben dem Belieben der Mehrheit überlassen: der geradeste Weg zur willkürlichen Gewaltherrschaft." (38)

Wie recht Leo XIII. hatte, wohin es führt, wenn in der menschlichen Gemeinschaft das Gesetz Gottes nicht mehr geachtet wird, wenn vielmehr Menschen kraft eigener Hoheit über die sittlichen Gesetze entscheiden, zeigen die furchtbaren Verbrechen, die in unserem Jahrhundert unter Anleitung der modernen Ideologien begangen wurden und werden: in Deutschland durch den Nationalsozialismus, in Rußland und vielen anderen Ländern, (ohne daß bis heute ein Ende abzusehen ist,) durch den marxistischen Kommunismus. Papst Pius XI., dessen Pontifikat von der Auseinandersetzung mit diesen Ideologien wesentlich geprägt war, hat dies klar gesehen:

(38) Enzyklika "Libertas", ebenda, S. 255/56, Nr. 29; Hervorhebung in der Übersetzung von Lugmayer.

"Es ist sicher einer der gefährlichsten Irrtümer unserer Zeit, die Moral von der Religion trennen zu wollen, wodurch man der Gesetzgebung jede Grundlage wegnimmt. Diese Geistesverirrung konnte vielleicht unbeachtet bleiben und weniger gefährlich erscheinen, so lange sie sich auf wenige beschränkte und der Gottesglaube noch allgemeines Gut der Menschheit war, und man ihn stillschweigend auch bei denjenigen noch voraussetzte, die ihn nicht mehr öffentlich bekannten. Heute aber, da die Gottlosigkeit sich in den Volksmassen verbreitet, werden die furchtbaren Folgen dieses Irrtums täglich greifbarer und treten mehr und mehr zutage. An Stelle der Sittengebote, die zugleich mit dem Gottesglauben verblassen, tritt die rohe Gewalt, die jedes Recht mit Füßen tritt.", führt er in seinem Rundschreiben "*Caritate Christi compulsi*" von 1932 (39) aus.

In der gegen den Kommunismus gerichteten Enzyklika "*Divini Redemptoris*" von 1937 (40) folgert Pius XI.:

"So müssen denn die Staaten alles tun, um zu verhindern, daß eine gottlose Propaganda, die alle Fundamente der Ordnung umkehrt, in ihren Ländern Unheil anrichtet", (41) denn wenn man "die Gottesidee selber aus den Herzen der Menschen reißt, dann werden sie notwendig von ihren Leidenschaften zur grausamsten Barbarei getrieben." (42)

(39) AAS 24 (1932), 177-194;
deutsch: Marmy, S. 513-550;
Zitat: S. 527, Nr. 751

(40) AAS 29 (1937), 65-106;
deutsch: Marmy, S. 134-174

(41) Marmy, S. 170, Nr. 239

(42) Marmy, S. 144, Nr. 186

Auf die gleichen Zusammenhänge weist Pius XI. in dem ebenfalls 1937 gegen die Ideologie des Nationalsozialismus gerichteten Rundschreiben "Mit brennender Sorge" (43) hin: "Auf dem wahren und rein bewahrten Gottesglauben ruht die Sittlichkeit der Menschheit. Alle Versuche, die Sittenlehre und die sittliche Ordnung vom Felsenboden des Glaubens abzuheben und auf dem wehenden Flugsand menschlicher Normen aufzubauen, führen früher oder später Einzelne und Gemeinschaften in moralischen Niedergang." (44)

Mit dem Niedergang der Sittlichkeit geht einher, wie der Papst darlegt, der Niedergang des Rechts: "Im verhängnisvollen Zug der Zeit liegt es, wie die Sittenlehre, so auch die Grundlagen des Rechtslebens und der Rechtspflege vom wahren Gottesglauben und von den geoffenbarten Gottesgeboten mehr und mehr abzulösen. Wir denken hier besonders an das sogenannte Naturrecht, das vom Finger des Schöpfers selbst in die Tafeln des Menschenherzens geschrieben wurde und von der gesunden, durch Sünde und Leidenschaft nicht verblendeten Vernunft von diesen Tafeln abgelesen werden kann. An den Geboten dieses Naturrechts kann jedes positive Recht, von welchem Gesetzgeber es auch kommen mag, auf seinen sittlichen Gehalt, damit auf seine sittliche Befehlsmacht und Gewissensverpflichtung nachgeprüft werden. Menschliche Gesetze, die mit dem Naturrecht in unlösbarem Widerspruch stehen, kranken an einem Geburtsfehler, den kein Zwangsmittel, keine äußere Machtentfaltung sanieren kann." (45)

(43) AAS 29 (1937), 145-167;
ferner Text bei Marmy, S. 211-238

(44) Marmy, S. 226/27, Nr. 310

(45) Marmy, S. 228, Nr. 311

Mit eindrucksvoller Klarsichtigkeit hat Papst Pius XII. (1939-1958) zu Beginn des 2. Weltkriegs in seiner Antrittsenzyklika "Summi Pontificatus" (46) die Gründe für die Misere seiner Zeit aufgedeckt: "Die gegenwärtige Zeit hat zu den falschen Lehren der Vergangenheit noch neue Irrtümer gehäuft bis zu einem Grade, daß sie zu einem Ende mit Schrecken führen mußten. Vor allem liegt die eigentliche Wurzel der Übel, die in der modernen Gesellschaft zu beklagen sind, in der Leugnung und Ablehnung eines allgemein gültigen Sittengesetzes für das Leben des einzelnen und das Gesellschaftsleben, wie für die Beziehungen der Staaten untereinander: es herrscht heute weithin Verkennung oder geradezu Vergessen eines natürlichen Sittengesetzes." (47)

Grundsätzlich verwirft Pius XII. die seine Zeit kennzeichnende Absolutsetzung des Staates durch die totalitären Ideologien: "Den Staat als Endziel betrachten wollen, dem einfach alles unterzuordnen und zuzuweisen sei, würde schließlich notwendig einer wahren und dauerhaften Wohlfahrt der Völker schaden. Und das in jedem Fall, mag man dem Staat eine derart unbegrenzte Oberhoheit zugestehen als dem Bevollmächtigten der Nation, des Volkes oder auch einer einzelnen sozialen Klasse, oder mag der Staat selbst, unabhängig von jedweder Beauftragung, für sich als den unumschränkten Herrn ein derartiges Recht beanspruchen." (48)

(46) AAs 31 (1939), 481-509
deutsch: Marmy, S. 816-854

(47) Marmy, S. 825, Nr. 1290

(48) Marmy, S. 835, Nr. 1311

Die Wurzeln jener verderblichen Sicht des Staates legt der Papst mit Genauigkeit bloß: es sind "jene falschen Gedankengänge, nach denen die Staatsgewalt frei und unabhängig vom höchsten Wesen dastehen soll; und doch ist Gott die erste Ursache und das letzte Ziel des Einzelnen wie der Gesellschaft. Die Staatsgewalt soll keine Bindung an ein höheres Gesetz anerkennen, das aus Gott als der ersten Quelle erfließen würde; vielmehr billigt man ihr unbegrenzte Handlungsfreiheit zu und überläßt sie damit dem unsteten Wellengang der Willkür und ausschließlich den Forderungen schwankender geschichtlicher Ansprüche und zeitbedingter Interessen.

Damit verneint man die Herrscherhoheit Gottes und die verpflichtende Kraft seines Gesetzes. Mit unerbittlicher Folgerichtigkeit greift dann die staatliche Gewalt nach jener unumschränkten Selbstherrlichkeit, die doch nur dem Schöpfer zusteht; sie sucht, sich an die Stelle des Allmächtigen zu setzen, erhebt den Staat oder die Masse zum letzten Ziel des Lebens, zur obersten Richtschnur der sittlichen und rechtlichen Ordnung, und verbietet damit jeden Appell an die Grundsätze der natürlichen Vernunft und des christlichen Gewissens." (49)

Der gemeinsame Ausgangspunkt der verbrecherischen Ideologien der Neuzeit wird hier klar: Geleugnet wird Gott, geleugnet wird die Bindung der menschlichen Freiheit an die Vernunft, an das mit der Vernunft erkennbare Gesetz Gottes. Der menschliche Wille wird für an sich vernünftig

(49) Marmy, S. 833/34, Nr. 1306/07; Hervorhebung durch Verfasser

erklärt, dementsprechend wird die "volonté generale", der Wille der Masse, zum obersten Gesetzgeber, zum Maßstab für Gut und Böse, Recht und Unrecht. Dem Staat, der die "volonté generale", den Allgemeinwillen, repräsentiert, ist somit alles erlaubt. Dies drückt präzise ein Satz aus, den bereits Pius IX. im Syllabus verwarf: "Der Staat ist Ursprung und Quelle aller Rechte und verfügt daher über ein Recht, das keine Schranken hat." (50)

Da sich jedoch, geht man in der beschriebenen Weise von der Vernünftigkeit und Gutheit des menschlichen Willens aus, die Schwierigkeit ergibt, daß die Willensrichtungen der Menschen nur zu leicht miteinander in Gegensatz geraten, so daß nicht alle z u g l e i c h vernünftig und richtig sein können, wird von den modernen Ideologien - nach unterschiedlichen Kriterien - jeweils nur ein Teil der Menschheit in die "volonté generale" einbezogen. Die, welche außerhalb bleiben, gelten dann, da ihr Wollen entgegengesetzt ist und somit falsch sein muß, als Ursache aller Übel in der Welt, als Abschaum, der vernichtet werden muß. Auf diese Weise verfuhr bereits Robespierre auf dem Höhepunkt der französischen Revolution, welcher die Herrschaft der nach seiner Definition "Tugendhaften" aufzurichten, alle anderen aber mit der Guillotine ausrotten wollte. Nach dem gleichen Muster handelten die Nationalsozialisten, welche die Herrschaft der angeblich rassisch Hochwertigen und die Auslöschung der rassisch Minderwertigen anstrebten. Bis heute dauert schließlich der Kampf des marxistischen Kommunismus um den weltweiten Sieg des "Proletariats" und die Vernichtung der "Kapitalisten".

(50) Satz 39 des Syllabus; Lugmayer, S. 37

5. Kirche und Staat

Wird der Staat nach den beschriebenen modernen Grundsätzen auf dem menschlichen Willen, ohne Rücksicht auf Gott, aufgebaut, so kommt es folgerichtig auch zu einer unrechtmäßigen Behandlung der katholischen Kirche, wie Leo XIII. in der Enzyklika "Immortale Dei" von 1885 (51) darlegt: es wird "der katholischen Kirche eine Stellung im Staate angewiesen, die sie in nichts von fremden Gesellschaften unterscheidet oder sie gar unter sie stellt, kirchliche Gesetze werden nicht beachtet" (52). Da der moderne Staat Anerkennung Gottes, Glauben an Gott als Privatangelegenheit einzelner betrachtet, versucht er, ebenso die Gemeinschaft derer, die glauben, die Kirche, als private Vereinigung wie andere auch zu behandeln; untergeordnet der staatlichen Gesetzgebung, welche daher, wenn sie es für richtig hält, auch dem Wirken der Kirche Beschränkungen auferlegen, ja sogar in ihre innere Ordnung eingreifen kann. (53)

(51) ASS, XVIII, 161-180;
deutsch: Lugmayer, S. 185-215

(52) Lugmayer, S. 200, Nr. 42

(53) In der Bundesrepublik hat die katholische Kirche heute den zweifellos bevorzugten Status einer sog. "Körperschaft des öffentlichen Rechts". Damit wird vom Staat freilich nicht, und darüber sollte man sich nicht hinwegtäuschen, der Tatsache Rechnung getragen, daß die Kirche von Gott selbst gegründet ist. Dieser bevorzugte Status beruht vielmehr darauf, daß noch immer - wenigstens auf dem Papier - ein großer Teil der Bevölkerung sich zu ihr bekennt, dessen Wünschen der demokratische Staat entgegenkommt. Entscheidend ist also auch hier nicht der Wille Gottes, sondern der Wille von Menschen.

Pius IX. hat diese falsche Sicht im Syllabus umschrieben, indem er die Behauptung verurteilte: "Die Kirche ist keine wahre und vollkommene, völlig freie Gesellschaft, sie hat keine eigenen, dauernden Rechte von ihrem göttlichen Gründer erhalten, es ist vielmehr Sache der weltlichen Macht, die Rechte der Kirche und die Grenzen zu bestimmen, innerhalb deren sie diese Rechte ausüben darf." (54)

Die Kirche ist also eine "vollkommene Gesellschaft" (*societas perfecta*) (55), nicht, weil an ihr alles vollkommen wäre, gemeint ist mit diesem Ausdruck vielmehr, daß sie, wie Leo XIII. sagt, "die Mittel für ihren Bestand und ihre Wirksamkeit nach dem Willen und der Gnade ihres Stifters alle in sich und durch sich besitzt" (56), also völlig unabhängig ist, auch vom Staat, und damit als Institution der staatlichen Gesetzgebung in keiner Weise unterstellt. "Sie ist keine zufällige Vereinigung von Christen, sondern eine Gesellschaft, die von Gottes weiser Vorsehung selbst gegründet und eingerichtet wurde, deren unmittelbarer nächster Zweck es ist, den Seelen Frieden und Heiligkeit zu bringen. Weil die göttliche Gnade ihr allein die Mittel dazu gegeben hat, so steht sie unter bestimmten Gesetzen, hat bestimmte Pflichten und verfolgt in der Leitung der christlichen Völker ein Verfahren, das ihrem Wesen entspricht." (57) Die katholische Kirche ist von Jesus Christus, also unmittelbar von Gott, gegründet, sie steht somit nicht auf einer Ebene mit privaten Vereinigungen von Menschen innerhalb des Staates, sondern auf einer Ebene mit dem Staat selbst.

(54) Satz 19; Lugmayer, S. 34

(55) Latein. Text des Satzes 19: Schnatz, S. 28

(56) Enzyklika "Immortale Dei"; Lugmayer, S. 191, Nr. 19

(57) Enzyklika "Sapientiae Christianae"; Lugmayer, S. 292, Nr. 36

Das Verhältnis von Kirche und Staat ist somit nach Leo XIII. in seinem Wesen folgendermaßen zu beschreiben: "So hat denn Gott die Sorge für das Menschengeschlecht zwei Gewalten zugeteilt: der geistlichen und der weltlichen. Die eine hat er über die göttlichen Dinge gesetzt, die andere über die menschlichen. Jede ist in ihrer Art die höchste; jede hat ihre gewissen Grenzen, welche ihre Natur und ihr nächster und unmittelbarer Gegenstand gezogen haben, so daß eine jede wie von einem Kreise umschlossen ist, in dem sie sich selbständig bewegt." (58)

Über Wesen und Zweck der Kirche äußert sich Leo XIII. in der Enzyklika "Sapientiae Christianae" so: "Es ist ja die Kirche der heilige Staat des lebenden Gottes, aus Gott selbst geboren, durch ihn gegründet. Sie weilt zwar auf Erden, ruft aber die Menschen zum ewigen Glück des Himmels, bereitet sie darauf vor und führt sie dahin." (59) Jesus Christus, der menschengewordene Sohn Gottes, hat durch sein blutiges Opfer am Kreuz Sühne geleistet für die Sünden der Menschen und ihnen so die Gnade Gottes wieder erworben. Er hat zur Übermittlung der Gnade Gottes an jene, die glauben, die Kirche eingesetzt und ihr die Verwaltung der Sakramente, in denen die Gnade objektiv wirksam wird, übertragen; die Kirche ist daher den Menschen "Führer zum Himmel". (60) Hierin besteht die übernatürliche Ordnung der Gnade.

(58) Enzyklika "Immortale Dei"; Schnatz, S. 109/11

(59) Lugmayer, S. 280, Nr. 8

(60) Enzyklika "Immortale Dei"; ebenda, S. 192, Nr. 20

Auch der Staat ist auf Gott ausgerichtet, jedoch im Rahmen der natürlichen, der Schöpfungsordnung. Sein Zweck ist es, durch seine Gesetzgebung die Menschen zu einem vernunftgemäßen Leben, einem Leben nach dem sittlichen Gesetz Gottes hinzuführen, "die staatlichen Gesetze sollen die Befolgung des ewigen Gesetzes erleichtern" (61), wie Leo XIII. in der Enzyklika "Libertas" sagt. Denn sofern das staatliche Gesetz "den Spuren des Urgesetzes folgt, leitet es sie zum Ehrenhaften hin und schreckt vom Gegenteil ab." (62)

Zusammenfassend erklärt Leo XIII. in dem Rundschreiben "Sapientiae Christianae" hierzu: "Der Schöpfer hat uns ja nicht nur das Sein gegeben, sondern das sittliche Sein. Daher erwartet der Mensch vom Frieden der staatlichen Ordnung, dem nächsten Zweck der weltlichen Gesellschaft, die Sicherung seiner Wohlfahrt und vor allem den Schutz seiner sittlichen Vervollkommenung, die allein in der Kenntnis und Übung der Tugend liegt. ... Sollen also Gesetze und Einrichtungen geschaffen werden, so muß dabei der sittlichen und gläubigen Anlage des Menschen Rechnung getragen werden, es muß seine Vervollkommenung als Ziel vorschweben und dies in der rechten Ordnung." (63)

Im gleichen Sinn äußert sich Pius XII. in der Enzyklika "Summi Pontificatus" über die Aufgabe des Staates: "Die staatliche Herrschaftsgewalt ist vom Schöpfer gewollt ... Sie soll das gemeinschaftliche Leben nach den Richtlinien

(61) Lugmayer, S. 251, Nr. 19

(62) ebenda, S. 251, Nr. 18

(63) ebenda, S. 294, Nr. 45, 46; Hervorhebungen durch Verfasser

einer in ihren allgemeinen Grundgesetzen unveränderlichen Ordnung regeln; sie soll der menschlichen Persönlichkeit in der natürlichen Ordnung die ERreichung der leiblichen, geistigen und sittlichen Vollkommenheit erleichtern " und sie - eben dadurch - "schließlich fördern im Streben nach ihrem übernatürlichen Ziel". (64)

(64) Marmy, S. 835, Nr. 1311

II. Die menschliche Gemeinschaft und die Autorität

1. Das Wesen der menschlichen Gemeinschaft

Das moderne Denken betrachtet den Menschen, wie wir sahen, als frei, sich selbst bestimmend, nur den Gesetzen unterworfen, die er sich selbst gegeben hat. In dieser Freiheit sind folgerichtig alle gleich, es gibt also grundsätzlich keinerlei Recht eines Menschen, anderen irgendwelche Befehle zu erteilen. Die Menschen leben nach dieser Konzeption zunächst einmal für sich, sind sich selbst genug, und wenn sie sich zur Steigerung des gemeinsamen Nutzens schließlich zum Staat zusammenschließen, so ist das eine rein freiwillige Angelegenheit. Dieser Zusammenschluß erfolgt in einem Vertrag, in dem eine Autorität errichtet wird, welche im Auftrag der Vertragspartner bestimmte Leitungsaufgaben wahrnimmt. Die Befugnisse dieser staatlichen Autorität sind freilich begrenzt durch eine Reihe von Freiheitsrechten, welche sich die Vertragspartner vorbehalten. Ferner sind die Inhaber dieser Autorität ihren Auftraggebern Rechenschaft schuldig über ihre Amtsführung und können gegebenenfalls abgesetzt bzw. ausgewechselt werden.

Leo XIII. äußert sich über diese Prinzipien des modernen Staates in der Enzyklika "Immortale Dei" folgendermaßen: "Das Wesen jener Grundsätze besteht in der Anschauung, daß die Menschen nicht nur ihrer Gattung und ihrem Wesen nach gleich sind, sondern daß sich diese Gleichheit auch auf ihre Lebensweise erstreckt: Jeder sei rechtlich so vollkommen auf sich gestellt, daß er in keiner Beziehung der Hoheit eines anderen untersteht; jeder könne über alles denken, was er mag, und handeln, wie er mag;

niemandem stehe das Recht zu, Befehle zu erteilen. Wenn eine Gesellschaft diese Lehren annimmt, dann ist die Staatsleitung nichts mehr als der Wille des Volkes, das allein sich Macht ist und daher allein sich Befehle erteilt. Es wählt nur einzelne aus, denen es sich unterstellt, doch so, daß es diesen nicht das Recht der Herrschaft zuerkennt, sondern eher einen Auftrag gibt, den sie in seinem Namen ausführen sollen. Kein Wort von göttlicher Herrschaft, als ob es überhaupt keinen Gott gäbe oder dieser sich um die menschliche Gesellschaft nicht kümmere, als ob die Menschen also weder als Einzelwesen noch als Gesellschaft Gott irgend etwas schuldeten, als ob sich irgend eine Herrschaft denken ließe, deren Ursache, Macht und Hoheit nicht vollständig in Gott selbst ruhte. So ist dann selbstverständlich das Gemeinwesen nichts anderes, als die Menge, die sich selbst lehrt und führt. Und weil man voraussetzt, daß das Volk die Quelle alles Rechts und aller Macht selber ist, so muß daraus folgen, daß sich der Staat in keiner Beziehung an Gott gebunden erachtet". (65) Leo XIII. bezeichnet dies als "Grundlagen und Leitsätze eines sogenannten neuen Rechtes, das vordem niemand kannte und das sowohl mit dem christlichen als auch mit dem Schöpfungsrecht in mehr als einer Beziehung in Widerspruch steht." (66)

Die Gründe hierfür gibt Leo XIII. in der Enzyklika "Diu-
turnum illud" von 1881 (67) an: "Tatsächlich verlangt es
unser Wesen selbst, daß wir in Gesellschaft leben, oder

(65) Lugmayer, S. 199/200, Nr. 40

(66) ebenda, S. 199, Nr. 39

(67) ASS XIV, 3-14;
deutsch: Lugmayer, S. 137-153

besser gesagt, es verlangt es Gott, der Urheber unseres Wesens. Eine Reihe von Tatsachen beweisen uns dies: da ist die Sprache, die so sehr zur Gesellschaft drängt, da sind viele angeborene Strebungen, da gibt es viele nötige und wichtige Dinge, in deren Besitz sich der Mensch als Einzelwesen nicht setzen könnte, die wir nur durch Vereinigung erreichen können." (68)

Völlig wirklichkeitsfremd ist daher die von Hobbes und Rousseau ausgehende Grundannahme, auf welcher die moderne Staatstheorie letztlich beruht, die Menschen hätten, bevor sie sich im Staat zusammenschlossen, jeder für sich, jeder sich selbst genug, in einer Art vorstaatlichen "Naturzustands" gelebt. Im Gegenteil ist von Natur aus kein Mensch imstande, für sich allein zu existieren, kein Mensch ist im Besitz sämtlicher hierzu notwendigen Fähigkeiten. Vielmehr sind jedem Menschen von der Natur - also von Gott, der die Natur geschaffen hat - andere Fähigkeiten und Anlagen gegeben, so daß sie sich gegenseitig ergänzen müssen, um die zum Überleben notwendigen Bedürfnisse stillen zu können.

Gott hat die Menschen also schöpfungsgemäß zur Gemeinschaft bestimmt. Die Gemeinschaft ist indes keineswegs erstrangig dazu da, daß der Mensch durch sie eine möglichst große Steigerung seines materiellen Nutzens erreichen kann, (was ja nach moderner Theorie der Grund ist, warum sich die Einzelmenschen schließlich doch vertraglich zusammenschließen). Entscheidender Zweck seiner Arbeit in der Gesellschaft ist nach Gottes Willen für den Menschen nicht der Lohn oder Gewinn, den er hierfür

(68) Lugmayer, S. 141/42, Nr. 15

erhält, (obwohl dieser natürlich rechtmäßig ist); die Tätigkeit für die anderen, für die Gemeinschaft ist vielmehr **S e l b s t z w e c k**, denn in der **N ä c h s t e n l i e b e** besteht, neben der Gottesliebe, das Gesetz Gottes. Wenn der Mensch sich daran hält, gelangt er zu seinem Glück, schon im Diesseits, weil er, vernunftgemäß lebend, frei und mit sich selbst innerlich im reinen ist, erst recht in der jenseitigen Welt, wo er von Gott ewigen Lohn empfängt.

Durch von Nächstenliebe angeregtes Schaffen für andere findet der Mensch also inneres Glück, er hilft aber auch seinen Mitmenschen, weniger durch die materiellen Leistungen, die er ihnen zukommen läßt, an sich, als dadurch, daß die anderen Menschen angeregt werden, selbst wiederum dem Beispiel zu folgen, für andere etwas zu tun, so daß auch sie eine Steigerung ihres inneren Glückes erfahren. Der Mensch ist somit, wie Leo XIII. sagt, zum Leben in Gemeinschaft geschaffen, "damit er in ihr und durch sie geeignete Hilfe für seine Vervollkommnung finde."

(69) Das **G e m e i n w o h l** in der Gesellschaft besteht also darin, daß die Menschen dazu angeleitet werden, gemäß dem Willen Gottes im Leben für die anderen ihren Daseinszweck zu sehen und gerade dadurch ihr eigenes Glück zu finden. Wer daher anderen einen Dienst erweist, der nützt ihnen vor allem durch den darin liegenden Ansporn, dies nachzutun, und trägt so zum Gemeinwohl bei. Wer dagegen anderen Böses tut, der gibt seinen Mitmenschen ein schlechtes Beispiel, er schädigt somit das Gemeinwohl. Die Staatsgewalt muß also v.a. deswegen gegen böse Taten einschreiten bzw. sie bestrafen, weil von

(69) Enzyklika "Sapientiae Christianae"; Lugmayer, S. 278, Nr. 3

ihnen ein Anreiz zu weiteren bösen Taten ausgeht, denn die staatlichen Gesetze haben ja, wie oben dargelegt, den Zweck, daß sie "die Befolgung des ewigen Gesetzes erleichtern". (70)

Demgegenüber werden die Menschen in der gedanklichen Konzeption, welche den modernen Staatsverfassungen zugrunde liegt, als reine Egoisten betrachtet, die nur auf ihre Interessen und ihren materiellen Nutzen schauen. Dies wird auch für ganz richtig befunden, denn es ist ja, wie wir sahen, für den Menschen nicht maßgeblich, was die Vernunft lehrt, maßgeblich ist vielmehr sein selbstherrlicher, von Gott unabhängiger Wille. Die Menschen schließen sich nach dieser Konzeption zusammen, weil dies in ihrem rein eigennützigen Interesse liegt, zunächst einmal, um Mord und Totschlag zu vermeiden, wie Hobbes dargetan hat, ferner, weil auf diese Weise die materiellen Lebensbedingungen verbessert werden können. Keinen interessieren die anderen Menschen wegen ihrer selbst, sie interessieren nur insofern, als sich mit ihnen zusammen Vorteile erwarten lassen. Die Normen des Rechts haben nicht den Zweck, die Menschen zu einem sittlichen Verhalten nach dem Gesetz Gottes zu erziehen, sie sind nicht mehr als die Bedingungen des Vertrags, in dem sich die Menschen zusammengeschlossen haben, um zum eigenen Vorteil Interessensunterschiede auszugleichen und den materiellen Nutzen zu steigern. Sie versagen daher in dem Augenblick, wo grundlegende Interessengegensätze auftauchen, die durch Kompromisse nicht mehr auszugleichen sind, es kommt zur Bildung von Parteien, die einander feindlich gegenüberstehen, die durch den Vertrag hergestellte Ordnung bricht

(70) Enzyklika "Libertas", ebenda, S. 251, Nr. 19

zusammen. Nicht umsonst sagt Leo XIII. in der Enzyklika "Sapientiae Christianae": "Wenn ... irgend ein Staatswesen lediglich äußere Annehmlichkeiten, äußere Lebensverfeinerung und Steigerung des Reichtums im Sinne hätte, wenn es in der Staatsverwaltung Gott vernachlässigte und sich um die Sittengesetze nicht kümmerte, dann irrte es in der verwerflichsten Weise von seinem Zweck und seiner gegebenen Vorschrift ab, wäre im Grund nicht als wahre menschliche Gesellschaft zu werten, sondern als irgend ein trügerischer Schein einer Gesellschaft." (71)

(71) ebenda, S. 278, Nr. 3; Hervorhebung in der Übersetzung von Lugmayer.

2. Die Autorität in der Gemeinschaft

Die grundsätzliche Bestimmung der Menschen zur Gemeinschaft wird, wie wir gesehen haben, dadurch deutlich, daß jeder andere Anlagen und Begabungen hat, so daß sie darauf angewiesen sind, sich gegenseitig zu ergänzen. Von daher ergibt sich auch die richtige Sicht der Gleichheit unter den Menschen, welche Leo XIII. in dem Rundschreiben "Humanum genus" dargelegt hat: es unterliegt, wie er sagt, "keinem Zweifel, daß alle Menschen unter sich gleich sind, wenn man darunter die Gattung und das gemeinsame Wesen, das letzte Ziel, das jedem gesetzt ist, versteht und die Rechte und Pflichten, die sich daraus von selbst ableiten." (72)

Unsinnig ist dagegen der moderne Gleichheitsbegriff: "Weil aber die Anlagen aller nicht gleich sein können, weil sich einer vom andern nach geistigen oder körperlichen Kräften unterscheidet, weil Sitte, Wille, Wesensanlagen die größten Verschiedenheiten aufweisen, so ist es wider alle Vernunft, mit dem Begriffe alles umfassen und jene bekannte vollkommene Gleichheit den staatlichen Einrichtungen zugrunde legen zu wollen." (73)

Leo XIII. zieht den Vergleich mit dem menschlichen Körper: "Es ergibt sich die vollkommene Gestaltung des Körpers aus der innigen Vereinigung der verschiedenen Glieder, die verschieden an Gestalt und Gebrauch, aber fest zusammenhängend und an der rechten Stelle angebracht,

(72) ebenda, S. 172, Nr. 38

(73) ebenda, S. 172/73

eine Ganzheit bewirken mit schöner Gestalt, verlässlichen Kräften und nötiger Zwecksicherheit. So ist auch im Staatsleben die Verschiedenheit der Menschen als Glieder fast grenzenlos: Wenn sie alle für gleich gelten und jedes seinem eigenen Gutdünken folgt, so muß das Staatswesen eine unmögliche Gestalt annehmen. Wenn sie sich aber abstufen in der Würde, in ihren Zielsetzungen und Beschäftigungen und dabei in Eintracht auf das Gemeinwohl zusammenstimmen, dann werden sie das schöpfungsgemäße Bild eines wohlbegründeten Staates hervorbringen." (74)

Leo XIII. zeichnet hier das Bild des Staates als o r g a n i s c h e r Gemeinschaft, in der, wie im Körper jedes Organ, jeder Mensch eine bestimmte Aufgabe und Pflicht hat, die ihm von Gott zugewiesen ist. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang folgende Äußerung Papst Pius' XI. in der Enzyklika "Quadragesimo anno": "Nach christlicher Lehre ist der mit einer gesellschaftlichen Natur ausgestattete Mensch auf diese Erde gestellt, um in der Gesellschaft und unter der von Gott eingesetzten Autorität zu leben und alle seine Fähigkeiten zum Lob und zur Ehre seines Schöpfers vollständig auszubilden und zu entfalten und durch die treue Erfüllung seiner beruflichen oder anderweitigen Lebensaufgabe sein zeitliches und zugleich sein ewiges Glück zu wirken." (75) Der Mensch erlangt, wie oben ausgeführt, sein Glück in der von Nächstenliebe angeleiteten Tätigkeit für andere, und diese Tätigkeit muß er, wie Pius XI. hier deutlich macht, in der Gemeinschaft nach seinen Fähigkeiten und Anlagen, die ihm Gott gegeben hat, und aus welchen sich seine jeweilige Aufgabe und Pflicht ergibt, ausüben.

(74) ependa, S. 173

(75) Enzyklika, Nr. 118, Marmy, S. 494, Nr. 699

Da nun nicht alle die gleichen Fähigkeiten besitzen, haben auch nicht alle dieselben Aufgaben, vielmehr muß jeder an seinem besonderen Platz wirken, so daß folgerichtig auch die Rechte und Pflichten unterschiedlich sind. Nach diesem Prinzip hat, wie Leo XIII. in der Enzyklika "Quod apostolici muneris" von 1878 (76) ausführt, Gott j e g l i c h e Gemeinschaft gebildet: "Denn der, der alles erschaffen hat und alles erhält, hat in seiner vorausschauenden Weisheit angeordnet, daß das Unterste durch das Mittlere, das Mittlere durch das Höchste seinem entsprechenden Ziele zustrebe. Wie er daher in seinem himmlischen Reiche selbst verschiedene Chöre der Engel geschaffen hat, die einen den anderen untergeordnet; wie er in der Kirche verschiedene Rangstufen, verschiedene Pflichtenkreise eingesetzt hat, 'so daß nicht alle Apostel sind, nicht alle Lehrer, nicht alle Hirten' (1 Kor, 12), so hat er auch für die weltliche Gesellschaft verschiedene Rangstufen bestimmt, verschieden an Würde, Rechtsbereich und Macht; damit nämlich die weltliche Gesellschaft ähnlich wie die Kirche e i n Leib sei, der viele Glieder umfaßt, edlere und weniger edle, alle aber einander nötig, alle im Dienste des Gemeinwohles." (77)

Ist der Staat eine organische Gemeinschaft verschiedenartiger, ungleicher Glieder, so fällt auch die Theorie, die Staatsgewalt habe ihre Befugnisse aufgrund eines Vertrages Freier und Gleicher. Leo XIII. erklärt in der Enzyklika "Diuturnum illud" hierzu: "Wie steht es nun mit der Behauptung, die Gesellschaft sei aus einem menschlichen Vertrage entstanden und eben daher stamme auch die

(76) ASS IX, 369-376;
deutsch: Lugmayer, S. 61-74

(77) Lugmayer, S. 66/67, Nr. 14; Hervorhebung durch Verfasser

Befehlsgewalt - es habe nämlich jeder von seinem eigenen Rechte etwas abgetreten und jeder einzelne habe sich freiwillig unter die Gewalt jenes gestellt, auf den die Gesamtheit jener abgetretenen Rechte vereinigt worden sei? Es ist doch ein ungeheurer Irrtum, eine Tatsache nicht einsehen zu wollen, die auf der Hand liegt: Die Menschen sind kein einzelschweifendes Geschlecht, unabhängig von ihrem Willen sind sie zur Gemeinschaft bestimmt, die nun einmal ihrem Wesen entspricht. Der Vertrag aber, von dem sie reden, ist ganz deutlich erfunden und hat nicht die Kraft, der staatlichen Gewalt so viel Macht, Ansehen und Stärke zu übertragen, als der Schutz des Staates und der gemeinsame Nutzen der Staatsbürger verlangt." (78)

In Wahrheit erfordert die Natur einer organischen Gemeinschaft an sich, wie der Körper einen Kopf, eine Leitungsgewalt. Leo XIII. legt dies in dem gleichen Rundschreiben dar: "Nun kann aber eine Gesellschaft weder in Wirklichkeit, noch auch nur gedanklich bestehen, in der nicht einer die Willensrichtungen der einzelnen leitete, damit sich so aus mehreren gleichsam eine Einheit bilde, und sie in rechter Ordnung auf das Gemeinwohl hinlenkte: es ist also Gottes Wille, daß in der staatlichen Gesellschaft Stellen bestehen, die der Menge Befehle geben." (79)

Dies unterstreicht der Papst auch in der Enzyklika "Humanae generis": "Gottes Wille ist es, der den Menschen die Bestimmung zum staatlichen Gemeinschaftsleben in die Wiege mitgibt. Das Recht zu befehlen aber ist ein so notwendiges Band der staatlichen Gesellschaft, daß sie ohne dieses Band sofort zerfiele. Es leuchtet daher ein, daß das

(78) ebenda, S. 143, Nr. 17

(79) ebenda, S. 142, Nr. 15

Befehlsrecht von demselben stammt, von dem die Gesellschaft selbst." (80)

Den naturrechtlichen Schluß auf die Herkunft der Staatsgewalt von Gott untermauert Leo XIII. in "Diuturnum illud" durch die einschlägigen Aussagen der übernatürlichen Offenbarung. So zitiert er aus dem Alten Testament u.a. folgende Stellen: "Jedem Volk hat Gott seinen Lenker gegeben." (Prediger, 17; 14) und: "Durch mich regieren die Könige ... durch mich befehlen die Fürsten und finden die Mächtigen das Recht." (Sprichwörter 8; 15, 16) (81)

Bezüglich der Stellung Christi zur Staatsgewalt gibt Leo XIII. folgenden Hinweis: "Dem römischen Statthalter, der mit seiner Macht, freizusprechen und zu verurteilen, groß tat, sagte Christus der Herr: 'Du hättest keinerlei Gewalt gegen mich, wenn sie dir nicht von oben gegeben wäre.' (Joh. 9, 11) Der hl. Augustinus erklärt diese Stelle, indem er sagt: 'Lernen wir aus diesem Worte und aus dem, was er durch den Apostel lehrte: es gibt keine Gewalt, außer von Gott.' (Abh. CXVI zu Johannes, n.5)" (82)

Ferner führt Leo XIII. eine Stelle aus dem ersten Petrusbrief an: "Unterwerft euch jedem menschlichen Geschöpf um Gotteswillen, dem König, weil er der höchste ist, den Statthaltern, die Gott sendet zur Bestrafung der Übeltäter und zum Lobe der Guten, weil es so Gottes Wille ist." (1 Petrus 2, 13-15)

(80) ebenda, S. 172, Nr. 37

(81) Beide Stellen zitiert nach Lugmayer, S. 140, Nr. 11

(82) ebenda, Nr. 13

Von größter Bedeutung sind schließlich die Aussagen des Apostels Paulus im Brief an die Römer: "Jede Seele unterstelle sich den höheren Gewalten: es ist ja keine Hoheit außer von Gott; die bestehenden aber sind von Gott eingerichtet. Wer daher der Obrigkeit Widerstand leistet, widersteht der Anordnung Gottes. Und wer dieser widersteht, zieht sich die Verdammnis zu ... Unterwerft euch daher pflichtgemäß, nicht nur wegen der Strafe, sondern aus Gewissenssache." (Röm 13, 1, 2, 5) (83)

Leo XIII. beruft sich schließlich auf die Aussagen der Kirchenväter, so des hl. Gregors des Großen: "Wir kennen, daß Kaiser und Könige ihre Macht vom Himmel haben." und des hl. Johannes Chrysostomus: "Daß Herrscher-gewalt besteht, daß die einen herrschen, die anderen beherrscht werden, daß nicht alles zufällig und blindlings geschieht ..., das stammt, sage ich, von der göttlichen Weisheit." (84)

(83) Beide Stellen zitiert nach Lugmayer, S. 144, Nr. 19

(84) Beide Zitate nach Lugmayer, S. 141, Nr. 14;
dort auch die Fundstellen

3. Katholische Lehre und moderne Demokratie

Wie steht es nun um die Vereinbarkeit der katholischen Lehre von der Staatsgewalt mit der modernen Demokratie? Häufig wird in diesem Zusammenhang auf Äußerungen Leos XIII. wie die folgende in der Enzyklika "Immortale Dei" verwiesen: "Das Befehlsrecht ... ist an sich mit keiner Staatsform notwendig verbunden. Die staatliche Gesellschaft ist frei, die Form zu wählen, soferne sie nur geeignet ist, den gemeinsamen Nutzen und das gemeinsame Wohl zu fördern." (85); also kann, so wird geschlossen, auch die demokratische Staatsform der Neuzeit gewählt werden. In der Enzyklika "Diuturnum illud", wo Leo XIII. ebenfalls von der Möglichkeit spricht, verschiedene Verfassungsarten zu wählen, weist er freilich auf eine Einschränkung hin, die hierbei besteht, wenn er sagt: "Unter Wahrung der Gerechtigkeit hindert ... die Völker nichts, sich jene Staatsform zu wählen, die ihrer Veranlagung oder den Einrichtungen und Gebräuchen ihrer Vorfahren am meisten entspricht." (86)

Worum es ihm geht, wenn er zur "Wahrung der Gerechtigkeit" bei der Auswahl der Staatsform mahnt, macht Leo XIII. in demselben Rundschreiben folgendermaßen klar: "Einige Männer der neueren Zeit folgen den Fußstapfen jener, die sich im vergangenen Jahrhundert (also im 18. Jh.; d. Verf.) Philosophen nannten, und behaupten, die gesamte Gewalt stamme vom Volk; wer also diese Gewalt im Staate übe, der übe sie nicht aus eigenem Rechte aus, sondern als Volksauftrag unter der Bedingung, daß sie ihm vom Volke, das sie gegeben hat, wieder genommen werden

(85) ebenda, S. 187, Nr. 9

(86) ebenda, S. 139, Nr. 9

kann. Zu diesen stehen die Katholiken im Widerspruch, die das Befehlsrecht von Gott ableiten, als dem natürlichen und notwendigen Ursprung.

Es muß hier allerdings bemerkt werden, daß in bestimmten Fällen die Staatslenker durch den Willen und das Urteil des Volkes bestimmt werden können, ohne daß die katholische Lehre dagegen etwas einzuwenden hätte. Durch eine solche Wahl wird der Leiter bezeichnet, die Rechte der Leitung aber werden ihm nicht gegeben: Es wird nicht die Herrschaft übertragen, sondern es wird nur der bestimmt, der sie führen soll. (87)"

Damit fällt der entscheidende Grundsatz der modernen Demokratie: der Grundsatz, daß die Staatsgewalt vom Volk ausgeht, daß das Volk den Trägern der Regierung die Leitungsbefugnis verleiht, diese daher auch wieder zurücknehmen kann. Rechtmäßig ist demnach in einer modernen Demokratie nur die Wahl der Regierung durch das Volk. Es handelt sich hier prinzipiell um den gleichen Vorgang, wie wenn in der Kirche das Kardinalskollegium den Papst wählt (88), den Vorgang der sogenannten "Designation": Dem Papst werden die Rechte der Leitung in der Kirche nicht von seinen Wählern übertragen, sie kommen vielmehr unmittelbar von Gott. Ebenso wird in der Wahl durch das Volk der Leiter des Staates "bezeichnet", "designatur princeps" (89), wie Leo XIII. sagt, aber auch seine Gewalt, sein Befehlsrecht stammen unmittelbar von Gott.

(87) ebenda, Nr. 7, 8; Hervorhebung in der Übersetzung von Lugmayer

(88) vgl. H. Schrörs, Katholische Staatsauffassung, Kirche und Staat, S. 23

(89) lat.-dt. Text der Enzyklika "Diuturnum illud": Schnatz, S. 69-95; dort S. 72

Da also nicht die Wähler den Gewählten die Leitungsbe-
fugnisse übertragen haben, können sie ihnen diese Befug-
nisse auch nicht wieder entziehen: die Kardinäle können
den Papst nicht wieder absetzen, das Volk kann die Re-
gierenden nicht wieder absetzen. Somit ist der Vorgang
der A b w a h l einer früher gewählten Regierung in
der modernen Demokratie grundsätzlich nicht rechters.
Einmal gewählte Träger der Staatsgewalt haben auch im
modernen demokratischen Staat keinerlei moralische Ver-
pflichtung, sich einer erneuten Wahl zu stellen und even-
tuell absetzen zu lassen. Sie sind nicht dem Volk Rechen-
schaft über ihre Amtsführung schuldig, sondern allein
Gott, von dem sie ihre Amtsgewalt haben.

Ein Versuch, die moderne Demokratie mit der katholischen
Lehre von der Gottherkunft der Staatsgewalt zu versöhnen,
vertreten u.a. von Peter Tischleder (90), Heinrich Rommen
(91) und Oswald von Nell-Breuning (92), besteht im Rück-
griff auf eine Theorie der spanischen Spätscholastik (93).
Nach dieser Theorie geht zwar die Staatsgewalt im letzten
von Gott aus, Gott hat sie aber dem ganzen Volk gegeben,
welches sie nun an bestimmte Personen weiterleitet, die in
seinem Auftrag die Regierung ausüben. Das Volk bleibt je-
doch der eigentliche Inhaber der Staatsgewalt, es kann da-
her den Auftrag zurücknehmen und neu vergeben. Besonders
betont wird von den Verfechtern dieser Auffassung der
angebliche Unterschied zwischen der nur indirekt von Gott
kommenden staatlichen und der unmittelbar von Gott ausge-
henden kirchlichen Gewalt.

(90) v.a. in: - , Die Staatslehre Leos XIII.
 - , Staatsgewalt und katholisches Gewissen

(91) v.a. in: - , Die Staatslehre des Franz Suarez
 - , Der Staat in der katholischen Gedankenwelt

(92) v.a. in: - , Zur christlichen Staatslehre;
 Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik II,
 dort v.a. Artikel "Volkssouveränität",
 Sp. 47-52

(93) v.a. vertreten von den Jesuiten Bellarmin und Suarez

Daß eine derartige Theorie mit den zitierten Ausführungen Leos XIII. in "Diuturnum illud" unvereinbar ist, liegt auf der Hand; der Papst verneint ja gerade den Charakter einer Wahl durch das Volk als - widerruflicher - Übertragung der Herrschaftsrechte. Hier wird nun eingewandt, Leo XIII. habe bei seiner Verurteilung der Volkssouveränität die Lehren von Hobbes und v.a. Rousseau treffen wollen, keineswegs aber die spätscholastische Theorie von der "gemäßigten" Volkssouveränität, die er an keiner Stelle erwähne. (94) Zweifellos ist richtig, daß Leo XIII. zunächst die Philosophie der Aufklärung vor Augen hatte, indes kommt es nicht darauf an, gegen wen er seine Ausführungen richtete, entscheidend ist vielmehr, was er gesagt hat und das ist eben so eindeutig, daß kein Zweifel möglich ist: die Staatsgewalt geht in keiner Weise vom Volk aus, die Regierenden haben ihre Befugnis unmittelbar von Gott.

So hat dies auch Papst Pius X. (1903-1914), der Nachfolger Leos XIII., gesehen. Er mußte sich in seinem Pontifikat mit dem "Sillon" auseinandersetzen, einer unter ihrem Führer Marc Sangnier in Frankreich tätigen Bewegung, die ebenfalls katholische Lehre und moderne Demokratie vereinigen wollte. In seinem 1910 an die Bischöfe Frankreichs gerichteten Schreiben "Notre charge apostolique" (95) verwirft Pius X., unter Berufung auf Leos XIII. Enzyklika "Diuturnum illud", die Irrtümer des "Sillon" bezüglich der staatlichen Autorität:

(94) So Tischleder, Staatslehre Leos XIII., S. 216/17; Rommen, Franz Suarez, S. 211 ff. u.a.

(95) AAS 2 (1910), 607-633

"Der 'Sillon' legt die öffentliche Autorität ursprünglich ins Volk, von dem sie dann an die Regierenden übergeht, jedoch derart, daß sie weiterhin in ihm verbleibt. Nun hat aber Leo XIII. diese Lehre in seiner Enzyklika 'diuturnum illud' über die politische Herrschaft formell verurteilt". (96) Der Papst zitiert hier die bereits angeführte Stelle aus "Diuturnum illud", wo die Ansicht zurückgewiesen wird, wer die Staatsgewalt innehat, "der übe sie nicht aus eigenem Rechte aus, sondern als Volksauftrag", so daß sie ihm "vom Volk, das sie gegeben hat, wieder genommen werden kann", und wo im Gegensatz dazu der Ursprung der Staatsgewalt in Gott klargestellt wird.

Pius X. weist im Anschluß daran ganz ausdrücklich die Auffassung zurück, die Staatsgewalt stamme zwar von Gott, sei von ihm aber dem Volk übergeben worden und werde von diesem an die Inhaber der Regierung als seine Beauftragten weitergeleitet: "Ohne Zweifel läßt der 'Sillon' die Autorität, die er zuerst ins Volk legt, von Gott herabkommen, aber in der Weise, daß 'sie von unten wieder aufsteigt, um nach oben zu gehen, während in der Organisation der Kirche die Gewalt von oben absteigt und nach unten geht'. (Marc Sangnier) Doch abgesehen davon, daß es anormal ist, daß die Beauftragung aufsteigt, da es ja zu ihrer Natur gehört, abzusteigen, hat Leo XIII. im

(96) Der französische Originaltext lautet:
"Le Sillon place primordialement l'autorité publique dans le peuple, de qui elle dérive ensuite aux gouvernants, de telle façon cependant qu'elle continue à résider en lui. or Léon XIII a formellement condamné cette doctrine dans son encyclique 'Diuturnum illud' du Principat politique".
AAS 2 (1910), S. 615/16

voraus diesen Versuch widerlegt, die katholische Lehre mit den Irrtümern der (neuzeitlichen) Philosophen in Einklang zu bringen." (97) Pius X. läßt Leos XIII.

oben zitierte Definition der Wahl durch das Volk folgen: durch die Wahl "wird der Leiter bezeichnet, die Rechte der Leitung aber werden ihm nicht gegeben: es wird nicht die Herrschaft übertragen, sondern es wird nur der bestimmt, der sie führen soll".

Daß die Regierenden im Staat somit ihre Leitungsbefugnis in der gleichen Weise von Gott haben wie die Inhaber der kirchlichen Gewalt, stellt auch Leo XIII. ausdrücklich klar in der Enzyklika "Diuturnum illud": "Wer kraft seiner Hoheit des Staatswesens verwaltet, der muß die Macht haben, die Staatsbürger so zur Unterwerfung anzuhalten, daß ein Ungehorsam für sie geradezu Sünde wäre. Kein Mensch aber hat in sich oder aus sich die Macht, den freien Willen der anderen derart an seine Befehle zu binden; diese Gewalt kommt nur Gott zu, dem allgemeinen Schöpfer und Gesetzgeber: wer also eine solche Macht ausübt, der übt sie notwendigerweise in der Voraussetzung, daß Gott sie ihm mitgeteilt hat. 'Nur einer ist Gesetzgeber und Richter, der vernichten und erlösen kann.'

(Jak 4, 12)

(97) Französischer Text:

"Sans doute le Sillon fait descendre de Dieu cette autorité qu'il place d'abord dans le peuple, mais de telle sorte qu' 'elle remonte d'en bas pour aller en haut, tandis que dans l'organisation de L'Eglise le pouvoir descend d'en haut pour aller en bas'. (Marc Sangnier, Discours de Rouen, 1907) Mais outre qu'il est anormal que la délégation monte, puis qu'il est de sa nature de descendre Léon XIII a réfuté par avance cette tentative de conciliation de la doctrine catholique avec l'erreur du philosophisme."

AAS 2 (1910), S. 616

Diesen Wesenszug können wir bei jeder Art Herrschaft feststellen. Daß die Priestergewalt von Gott ausgeht, ist so allgemein bekannt, daß man die Priester bei allen Völkern als Diener Gottes betrachtet und bezeichnet. In ähnlicher Weise zeigt die hausväterliche Gewalt ein ganz deutliches Abbild der göttlichen Gewalt, 'von dem alle Vaterschaft im Himmel und auf Erden ihren Namen hat'. (Epheser 3, 15) Dadurch aber weisen die verschiedenen Gattungen der Gewalten wunderbare Ähnlichkeiten untereinander auf, da ja alles, was sich irgendwo an Befehlsgewalt oder Hoheit findet, ... von einem und demselben Weltenbauer und Weltenherrscher entspringt, von Gott." (98)

Leo XIII. kennt also, wie hier sichtbar wird, keinerlei Unterschied zwischen den kirchlichen und den staatlichen Amtsträgern, was die Herkunft ihrer Autorität anbelangt. Die hohe Auffassung Leos XIII. von der Staatsgewalt zeigt auch folgende Äußerung in dem Rundschreiben "Immortale Dei": "Es hat ja Gott in diesen sichtbaren Dingen Ursachen zweiten Grades eingerichtet, damit man in ihnen in gewisser Hinsicht das Wesen und Wirken der Gottheit erkenne, Ursachen, die auf jenes Ziel hinwirken, auf das die Gesamtheit der Welt hingeordnet ist; und in diesem Sinne wollte er auch in der staatlichen Gesellschaft eine Hoheit haben, deren Träger eine Art Bild der Herrschaft Gottes über das Menschengeschlecht und der göttlichen Vorsehung darstellen sollen." (99)

(98) Lugmayer, S. 142, Nr. 16; Hervorhebung durch Verfasser

(99) ebenda, S. 187/88, Nr. 16; Hervorhebung durch Verfasser

In der Enzyklika "Praeclara gratulationis" von 1894 (100) zieht Leo XIII. die Folgerung: "Wenn nämlich einmal dieser Grundsatz feststeht und von allen anerkannt wird, daß Gott der Quellgrund jeglicher Autorität ist, welches auch die Staatsform sein mag, so leuchtet der Vernunft sofort ein, daß den einen ein rechtmäßiges Befehlsrecht zusteht, den andern aber eine entsprechende Gehorsamspflicht obliegt; daß der Gehorsam nichts Unwürdiges ist, da man eigentlich eher Gott als den Menschen gehorcht." (101)

Leo XIII. faßt zusammen: "Beherrschen solche Vorschriften ein Staatswesen, dann gibt es keinen Anlaß und kein Verlangen nach Unruhen: Ehre und Sicherheit der Staatslenker, Ruhe und Blüte der Staaten sind dann in gleicher Weise geschützt. Auch die Würde der Staatsbürger bleibt gewahrt: durch ihren Gehorsam verlieren sie nichts von jenem Range, den das Wesen des Menschen erfordert. Sie wissen, daß es vor Gottes Gericht weder Freie noch Diener gibt, daß nur einer Herr ist über alle, 'reich für alle, die ihn anrufen' (Römer 10, 12), daß sie nur deshalb ihren Herrschern untergeben sind und gehorchen, weil diese in gewissem Sinne in Ebenbildlichkeit zu Gott stehen, 'dem zu dienen herrschen ist'." (102)

(100) ASS XXVI (1894), 705-717;
deutsch: Marmy, S. 922-940

(101) Marmy, S. 937, Nr. 1472; Hervorhebung durch Verfasser

(102) Enzyklika "Diuturnum illud"; Lugmayer, S. 145/46, Nr. 22; Hervorhebung in der Übersetzung von Lugmayer; Lugmayer übersetzt den Schluß, lat. Text "cui servire regnare est" (Schnatz, S. 82) etwas mißverständlich: "dem Dienen gleich Herrschen ist".

4. Der Christ und der demokratische Staat

Zwischen der katholischen Lehre von der Gottherkunft der Staatsgewalt und der in den modernen Demokratien maßgeblichen Lehre von der Volkssouveränität besteht - wie gezeigt wurde - ein unüberbrückbarer Gegensatz. Wie hat sich nun der Christ zum modernen demokratischen Staat zu stellen? Diese Frage behandelt Leo XIII. eingehend in der an die Bischöfe und Katholiken Frankreichs gerichteten Enzyklika "Au milieu des sollicitudes" von 1892 (103) und in dem Schreiben "Notre consolation" (104) an die französischen Kardinäle vom gleichen Jahr.

Ende des 19. Jahrhunderts waren in Frankreich die Katholiken gespalten in einen Flügel, der sich zur Loyalität gegenüber der - nach dem Zusammenbruch des Kaisertums Napoleons III. entstandenen - (3.) Republik bekannte und in einen Flügel kompromißloser Anhänger der Erbmonarchie, welche als rechtmäßigen Inhaber der staatlichen Autorität allein einen blutsmäßigen Nachfahren der französischen Königsdynastie anerkennen wollten und daher die republikanische Staatsgewalt strikt ablehnten.

Leo XIII. weist in "Au milieu" zunächst den Standpunkt der Letzteren zurück: "Welche Regierungsform auch immer in einer bestimmten Nation bestehen mag, so kann man sie doch niemals als so endgültig betrachten, daß sie immer unveränderlich bleiben müßte, selbst wenn das auch die Absicht derer gewesen sein sollte, welche sie ursprünglich

(103) ASS XXIV, 519-529;
französisch-deutsch: Schnatz, S. 234-259

(104) ASS XXIV, 641-647;
französisch-deutsch: Schnatz, S. 262-273

festgelegt haben." (105) Vielmehr ist es "eine in der Geschichte der Nationen schon hundertmal erprobte Erfahrung, daß die Zeit, die Umgestalterin alles Irdischen, in ihren politischen Einrichtungen tiefgehende Veränderungen hervorruft. Manchmal begnügt sie sich mit gewissen Abänderungen an der tatsächlich bestehenden Regierungsform; mitunter aber geht sie so weit, daß sie die ursprüngliche Form durch gänzlich von ihr verschiedene ersetzt und nicht einmal den Übertragungsmodus für die höchste Gewalt verschont." (106)

Die Möglichkeit, daß es zu Änderungen des politischen Systems kommt, darf also nicht außer Betracht gelassen werden. "Und wie gehen diese politischen Veränderungen, von denen Wir sprechen, vor sich? Sie sind mitunter die Folge heftiger, oft sogar blutiger Krisen, durch welche die bisherigen Regierungen tatsächlich verschwinden, dann herrscht Anarchie; bald ist die öffentliche Ordnung bis in ihre Grundlagen umgestürzt. Damit tritt eine gebieterische Notwendigkeit an die Nation heran: sie muß ohne Verzug für sich selbst sorgen. Wie sollte sie nicht das Recht, ja mehr noch die Pflicht haben, sich zu schützen vor einem Stand der Dinge, der sie aufs tiefste erschüttert und den öffentlichen Frieden in der früheren Ruhe und Ordnung wiederherzustellen! Nun wohl, diese gesellschaftliche Notlage rechtfertigt die Schaffung und Existenz neuer Regierungen, welche Formen sie auch immer annehmen." (107)

(105) Schnatz, S. 247/49

(106) Schnatz, S. 249

(107) ebenda

Leo XIII. geht also hier von der Situation aus, daß eine, von ihm selbstverständlich schärfstens mißbilligte Revolution zum Erfolg gekommen ist und die bisherige Autorität gestürzt hat, wie dies etwa in Frankreich 1789 der Fall war. Ein Staat benötigt nun, wie der Papst erklärt, auf jeden Fall eine Regierung, da sonst Anarchie und Chaos herrschen, es muß also unbedingt, ohne Rücksicht auf die frühere, eine neue Staatsgewalt errichtet werden.

Peter Tischleder faßt diese Ausführungen Leos XIII. so auf, daß ihnen zufolge die Staatsgewalt doch ursprünglich beim Volk liege, welches in einer Situation der Anarchie eine neue Regierung schafft und dieser seine Gewalt überträgt (108). Ein solcher Schluß kann freilich aus den Worten des Papstes nicht gezogen werden, denn ihm geht es ausschließlich darum, daß in einer Situation der Regierungslosigkeit eine neue Autorität errichtet werden muß, ob dies nun durch das Volk oder auf andere Weise geschieht, ist für ihn zweitrangig. Dies ergibt sich aus einer Stelle in dem Schreiben "Notre consolation", wo Leo XIII. erklärt: "Die staatliche Gewalt muß in der Form, in der sie tatsächlich besteht, angenommen werden, und zwar ohne Hintergedanken, mit der vollkommenen staatsbürgerlichen Treue, wie sie sich für einen Christen geziemt. So wurde in Frankreich das erste Kaisertum nach einer fürchterlichen und blutigen Anarchie angenommen, so wurden die anderen Gewalten, ob sie monarchisch oder republikanisch waren, wie sie bis heute aufeinander folgten, anerkannt." (109) Diese verschiedenen Gewalten, die

(108) Tischleder, Staatslehre Leos XIII., S. 261

(109) Schnatz, S. 267

Leo XIII. hier erwähnt, wurden kaum einmal "vom Volk" oder auch nur unter Rücksichtnahme auf das Einverständnis des Volkes geschaffen, dennoch mußten sie nach den Worten des Papstes anerkannt werden.

In einer Situation der Anarchie ist es also zulässig, wenn - von wem auch immer - ohne Verbindung mit der bisherigen Autorität völlig neue Regierungen errichtet werden. Wie steht es aber nun mit der Gottherkunft der Staatsgewalt? Hierzu führt Leo XIII. in "Au milieu" folgendes aus: "Bei solchen Ereignissen beschränkt sich alle Neuheit auf die politische Form der staatlichen Gewalten oder auf die Art ihrer Weiterleitung; dagegen berührt sie in keiner Weise die Gewalt in sich selbst betrachtet: Diese ist nach wie vor unveränderlich und heischt nach wie vor Achtung. Denn in ihrem eigentlichen Wesen betrachtet ist sie begründet und gefordert um des Gemeinwohls willen, das als höchstes Ziel der staatlichen Gesellschaft ihren Ursprung verleiht. Mit anderen Worten: die staatliche Gewalt ist unter jeder Voraussetzung und in jedem Fall von Gott: 'denn es gibt keine Gewalt als von Gott' (Röm 13, 1)." (110)

Die Gewalt einer Regierung, ihre Befugnis zur Herrschaft ist also von Gott; ihre Einrichtung, die Bestimmung derer, welche die Regierung führen, ist hingegen Menschenwerk, sie kann mittels einer Wahl durch das Volk, wie im vorigen Kapitel ausgeführt, aber auch in ganz anderen Formen und Verfahrensweisen erfolgen. "Jedes Volk hat ... seine eigene Staatsform. Diese verdankt ihren Ursprung jeweils

(110) Schnatz, S. 249/51

dem Zusammenwirken all der geschichtlichen oder nationalen, immer aber rein menschlichen Umstände, welche in einer Nation die Gesetze entstehen lassen für die Weiterleitung, ja selbst für die Grundlegung der Staatsform. Durch diese Gesetze ist dann jeweils diese ganz bestimmte Regierungsform, diese ganz bestimmte Art, wie die Weiterleitung der höchsten Gewalt vor sich gehen soll, festgelegt." (111)

Die Art und Weise, wie jemand in den Besitz der staatlichen Autorität kommt, ist somit letztlich gleichgültig, es handelt sich hier um "rein menschliche Umstände". Denn "wenn die staatliche Gewalt auch immer von Gott ist, so folgt daraus nicht, daß die göttliche Verleihung immer und unmittelbar auch die Arten, wie diese Gewalt übertragen wird, oder die zufälligen Formen, in denen die Gewalt erscheint, oder die Personen, die ihre Träger sind, angeht." (112)

Wer aber tatsächlich in den Besitz der staatlichen Gewalt gelangt ist, dem wird Gehorsam und Unterwerfung geschuldet, selbst dann, wenn er sich ihrer auf offen unrechtmäßige Weise bemächtigt hat, wie Leo XIII. in "Notre consolation" ausdrücklich erklärt: "In der Politik stellen sich mehr als sonstwo unvorhergesehene Änderungen ein. Gewaltige Monarchien, wie die alten morgenländischen Reiche und das römische Kaisertum, stürzten zusammen oder zerstückelten sich; das eine Herrscherhaus löste das andere ab, wie z.B. die Kapetinger die Karolinger in

(111) Enzyklika "Au milieu", Schnatz, S. 247

(112) Schreiben "Notre consolation", Schnatz, S. 269

Frankreich; an die Stelle bestimmter geltender Staatsformen traten andere, wofür unser Jahrhundert (d.h. das 19. Jh.; d. Verf.) zahlreiche Beispiele aufweist. Diese Veränderungen sind keineswegs immer im Anfang gesetzmäßig, es hält sogar schwer, daß sie es seien, dennoch macht das höchste 'Kriterium' des Gemeinwohls und der öffentlichen Ruhe die Anerkennung dieser neuen Regierungen zur Pflicht, die sich an Stelle der früheren, jetzt tatsächlich nicht mehr vorhandenen Regierungen, im wirklichen Besitzstand befinden." (113)

Soll das heißen, es gilt das Recht des Stärkeren, es gilt der Grundsatz, daß Recht hat, wer die Macht hat? Hier muß auf folgende Aussage Leos XIII. in "Notre consolation" verwiesen werden: "Wie es sich nun auch mit diesen außerordentlichen Umwandlungen im Leben der Völker verhalten mag, deren Gesetze zu berechnen Gott allein zusteht, ... , auf jeden Fall fordern Ehre und Gewissen eine aufrichtige Unterwerfung unter die eingerichteten Regierungen." (114) Hier wird klar, was eigentlich dahintersteckt, wenn Leo XIII., wie oben zitiert, von der "Zeit" als "Umgestalterin alles Irdischen" oder von "zufälligen Formen", in denen die Staatsgewalt erscheint, spricht: Es sind dies alles Dinge, "deren Gesetze zu berechnen Gott allein zusteht", d.h. die von der göttlichen **V o r s e h u n g** geleitet werden. Wie Leo XIII. in der Enzyklika "Humanum genus" erklärt, kann die menschliche Vernunft erkennen, "daß alles durch den freien Willen Gottes erschaffen ist" und daß folglich "die Welt durch Gottes Vorsehung geleitet wird". (115)

(113) ebenda; Hervorhebung durch Verfasser

(114) ebenda; Hervorhebung durch Verfasser

(115) Lugmayer, S. 166/67, Nr. 22

Was sich demnach in der Welt ereignet, geschieht im Rahmen der Vorsehung Gottes, es kann nicht das Geringste gegen seinen Willen und außerhalb seines Planes stattfinden. Dadurch ist indes der freie Wille des Menschen keineswegs, wie es scheinen könnte, aufgehoben, vielmehr werden die Entscheidungen des menschlichen Willens und die daraus folgenden menschlichen Handlungen und Verhaltensweisen von Gott vorhergesehen und in seinen Weltplan einbezogen. Da sich nun der menschliche Wille auch für das Böse entscheiden kann, ist auch dies in den Weltplan Gottes einbezogen, hat auch böses, moralisch verwerfliches Tun darin seine Funktion.

Ein solches Tun ist auch eine widerrechtliche, durch Beseitigung der bisherigen Regierung erfolgende Machtergreifung im Staat. Dennoch hat auch ein solcher Vorgang - unbeschadet der persönlichen Schuld derer, die einen Umsturz durchführen -, wenn er durch die Umstände, und das heißt eben durch Gott, der die Umstände beherrscht, zugelassen wird, seine Funktion im Plan Gottes. Insofern hat auch eine auf solche Weise entstandene Regierung ihre Gewalt "von Gott" und man muß ihr gehorchen. Nicht umsonst heißt es in dem bekannten Pauluswort: "Es gibt keine Obrigkeit außer von Gott und die bestehenden sind von Gott angeordnet." (Röm 13, 1)

Von daher ergibt sich auch die richtige Sicht der Staatsgewalt im modernen demokratischen Staat. Der Vorgang der Abwahl der Regierenden und ihrer Auswechslung gegen andere, wie er in der modernen Demokratie stattfindet, ist, wie bereits dargelegt, grundsätzlich unrechtmäßig. Wer einmal regiert, hat keinerlei Verpflichtung, sich absetzen zu lassen. Wenn es jedoch zur Absetzung einer bestehenden und zur Einsetzung einer anderen Regierung

kommt, so ist diese zwar auf unrechtmäßige Weise ins Amt gelangt, dennoch ist, da die göttliche Vorsehung dies zugelassen hat, auch ihre Gewalt von Gott und es wird ihr Gehorsam geschuldet. So erhält Leos XIII. Mahnung an die französischen Katholiken ihren Sinn: "Nehmt die Republik an, das heißt die Gewalt, die bei euch tatsächlich konstituiert ist und besteht; achtet sie, seid ihr untergeben als der Stellvertreterin der von Gott kommenden Gewalt." (116)

(116) Schreiben "Notre consolation"; Schnatz, S. 269;
Hervorhebung durch Verfasser

5. Die Frage des Widerstandsrechts gegen die Staatsgewalt

Jede Herrschaft hat ihre Vollmacht, wie gesehen, von Gott, daher kommt dem Volk auch kein Recht zu, die Regierung abzusetzen. Wie aber steht es nun, wenn eine Regierung ihre Gewalt mißbräuchlich und ungerecht ausübt? Gibt es dann ein Recht zum Widerstand mit dem Ziel, diese Herrschaft zu beseitigen?

Leo XIII. äußert sich zu dieser Frage in der Enzyklika "Quod apostolici muneris" sehr klar: "Wenn es sich trotzdem ereignet, daß Staatslenker ihre Macht willkürlich und ungebührlich ausüben, dann läßt die Lehre der katholischen Kirche eine eigenmächtige Waffenerhebung gegen sie nicht zu, damit nicht die ruhige Ordnung immer mehr ins Wanken komme und die Gesellschaft dadurch noch größeren Schaden erleide." (117) Der Papst verweist demgegenüber auf andere Hilfsmittel: "Und wenn es dahin gekommen ist, daß keine andere Hoffnung auf Rettung erscheint, so lehrt sie, durch das Verdienst christlicher Geduld und inständiges Gebet zu Gott die Hilfe zu beschleunigen." (118) Auch der tyrannischen, ungerechten Staatsgewalt gegenüber ist also der Aufstand verboten, denn, wie es

(117) Lugmayer, S. 67, Nr. 15;
Die Behauptung von Wolfgang Vogt, Der Staat in der Soziallehre der Kirche, S. 82, und anderen, Leo XIII. habe "das Problem, ob der Staatsbürger ein Recht auf aktiven Widerstand hat, im Grunde gar nicht angesprochen", ist angesichts dieser und weiterer Stellen, die unten folgen, völlig unverständlich!

(118) Schnatz, S. 57

in der Enzyklika "Sapientiae Christianae" heißt, "heilig ist ... den Christen der Schild der weltlichen Macht, sie sehen in ihr auch dann den Abglanz und das Gleichnis der göttlichen Hoheit, wenn sie ein Unwürdiger ausübt".
(119)

Den Regierenden ist damit nicht das Recht gegeben, ihre Macht nach Willkür und Belieben zu gebrauchen, sie werden vielmehr von Leo XIII. in dem Rundschreiben "Diuturnum illud" darauf hingewiesen, daß sie sich vor Gottes Gericht werden verantworten müssen: "Damit aber die Herrschaft in den Schranken der Gerechtigkeit bleibe, müssen die Herrscher einsehen, daß die staatliche Macht nicht zum Vorteile irgend eines einzelnen bestimmt ist, daß die Staatsverwaltung zum Nutzen derer geführt werden muß, die ihr unterstehen, nicht zum Nutzen derer, die sie haben. Die Staatslenker müssen sich ihr Vorbild am allgütigen und allmächtigen Gott nehmen, von dem ihre Hoheit stammt. Sein Vorbild vor Augen, müssen sie dem Volke treu und rechtlich vorstehen und zu der nötigen väterlichen Strenge müssen sie die Liebe mitbringen. Die Wahrsprüche der heiligen Schrift mahnen sie, daß sie einst ihrerseits dem König der Könige, dem Herrn der Herrscher Rechenschaft ablegen müssen; vernachlässigen sie ihre Pflicht, so können sie unmöglich Gottes Strenge entgehen.

'Der Allerhöchste wird um eure Werke fragen und eure Gedanken durchforschen. Denn habt ihr als Diener seines Reiches nicht nach Gerechtigkeit Recht gesprochen, ... , so wird er schrecklich und schnell über euch kommen und ein hartes Gericht wird die erwarten, die über den andern

(119) Lugmayer, S. 282, Nr. 13

standen. Vor niemandes Rang wird Gott eine Ausnahme machen und vor keiner Größe wird er Halt machen, denn Schwache und Mächtige hat er selber erschaffen und seine Sorge erstreckt sich in gleicher Weise auf alle; den Stärkeren aber erwartet eine strengere Strafe.' (Weisheit 6; 4, 5, 6, 8, 9)" (120)

Konsequent ist hier der Grundatz durchgeführt, daß immer der Höhere den Niedrigeren richtet, nie aber umgekehrt, daß daher die staatliche Gewalt von dem einzigen, der über ihr steht, zur Rechenschaft gezogen wird, von Gott selbst, nicht aber vom Volk.

Die Gehorsamspflicht der Menschen gegenüber den Anordnungen der staatlichen Obrigkeit hat freilich ihre Grenzen, auf die Leo XIII. in "Diuturnum illud" verweist: "Nur einen Grund haben die Menschen, den Gehorsam zu verweigern: wenn etwas von ihnen gefordert wird, was mit dem natürlichen oder göttlichen Rechte offen in Widerspruch steht. Was immer nämlich das Schöpfungsgesetz oder Gottes Willen verletzt, das zu befehlen ist ebenso sündhaft wie es auszuführen. Wer also in die Lage kommt, sich zu entscheiden, ob er Gottes oder der Staatslenker Befehle verletzen soll, muß Jesus Christus gehorchen, der befiehlt: 'dem Kaiser zu geben, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.' (Matth 22, 21) Und er muß nach dem Beispiel der Apostel mutig bekennen: 'Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.' (Apg 5, 29) Niemand kann aber sagen, daß er damit den Gehorsam verletze, denn wenn der Wille des Herrschers mit dem Willen und den Gesetzen Gottes in

(120) ebenda, S. 145, Nr. 21

Streit steht, dann überschreitet er eben die Grenzen seiner Macht und bricht das Recht; seine Hoheit gilt dann nichts: wo sie kein Recht hat, fällt sie in sich zusammen." (121)

Wenn also einem Menschen etwas befohlen wird, was gegen das sittliche Gesetz verstößt, dann ist der Ungehorsam nicht nur Recht, sondern sogar Pflicht, denn der Betreffende würde sich durch eine sittlich verwerfliche Handlung im Auftrag der Regierung selbst schuldig machen. Die Vollmacht der Obrigkeit findet demnach ihre Schranken an dem mit der Vernunft erkennbaren Gesetz Gottes, das, wie oben bereits dargelegt, auch im Staatsleben verbindlich ist. Darauf weist Leo XIII. auch in "Libertas" hin: "Wenn ... irgend eine Macht etwas vorschreibt, was von den Grundsätzen der gesunden Vernunft abweicht und dem Gemeinwesen verderblich ist, dann hat eine solche Vorschrift durchaus keine Gesetzeskraft, denn sie wäre keine Richtschnur der Gerechtigkeit und würde die Menschen vom Guten abwenden, zu dessen Erreichung die Gesellschaft selbst besteht." (122)

Das Gleiche gilt, wenn der Glaube oder die Kirche angegriffen werden: "Wenn aber weltliche Gesetze offen dem göttlichen Rechte widerstreiten, wenn sie der Kirche Unrecht zufügen, wenn sie den Pflichten des Glaubenslebens zuwider sind oder die Hoheit Christi in der Person des Papstes verletzen, dann ist Widerstand Pflicht, Gehorsam Sünde, dem Staate selbst entstünde daraus Schaden, denn die Sünden am Glauben schädigen auch den Staat. Wieder

(121) ebenda, S. 144/45, Nr. 20

(122) ebenda, S. 252, Nr. 19

leuchtet es ein, wie sehr man Unrecht hat, wenn man das Empörung nennt, denn in keiner Weise wird dabei dem Staatshaupte und den Gesetzgebern der Gehorsam verweigert: ihrem Willen wird nur in jenen Vorschriften nicht gehorcht, die zu erlassen sie kein Recht haben, weil ein solcher Erlaß Gottes Rechte verletzt, daher ungerecht und alles eher ist als Gesetz." (123)

Leo XIII. verpflichtet also die Bürger dazu, gegen Glauben und Sittlichkeit verstoßende Anordnungen der staatlichen Obrigkeit nicht auszuführen, er verwirft indes unbedingt Aufruhr, Empörung, aktiven Widerstand gegen die Staatsgewalt. Vor diesem Hintergrund ist auch eine Äußerung Papst Pius¹ XI. zu sehen, die er angesichts der Kirchenverfolgung in Mexiko in der Enzyklika "Firmissimam constantiam" von 1937 (124) machte: "Wenn einmal die Staatsgewalt selbst die Gerechtigkeit und Wahrheit derart offensichtlich verletzt, daß sie sogar die Grundfesten der Autorität erschüttert, ist nicht einzusehen, warum man jene Bürger tadeln soll, die sich zusammenschließen, um sich selbst zu schützen und die Nation zu retten, indem sie erlaubte und geeignete Mittel gegen die anwenden, die die Herrschaft mißbrauchen und dabei den Staat zugrunde richten". (125) Pius XI. führt nicht näher aus, was "erlaubte" Mittel sind, es muß somit davon ausgegangen werden, daß dies nach der traditionellen Lehre der Kirche zu bestimmen ist, wie sie zuletzt von den Päpsten des 19. Jahrhunderts formuliert wurde.

(123) Enzyklika "Sapientiae Christianae";
Lugmayer, S. 282, Nr. 13, 14

(124) AAS 29 (1937), 189-199, Zitat S. 196

(125) deutsch zitiert nach Schmieden, Recht und Staat in den Verlautbarungen der kath. Kirche seit 1878, S. 128.

Daß nach dieser Lehre aktiver, gewaltsamer Widerstand in keinem Fall erlaubt ist, auch nicht, wenn die Staatsgewalt aufs schwerste das Gemeinwohl schädigt, wird aus der Art und Weise klar, wie dort auf das Vorbild der Urchristen in der Verfolgung durch das römische Reich hingewiesen wird. So erklärt Papst Gregor XVI. in der Enzyklika "Mirari vos":

"Es mögen sich alle vor Augen halten, daß es nach den Worten des Apostels keine Gewalten gibt außer durch Gott: Die aber bestehen, sind von Gott eingesetzt. Wer sich also der Hoheit widersetzt, widersetzt sich der Anordnung Gottes und wer sich dieser widersetzt, erwirbt sich das Strafgericht (An die Römer, 13, 2). Göttliche und menschliche Rechte wenden sich daher gegen jene, die durch ihre schändlichen Versuche zu Aufruhr und Empörung die Menschen zum Ungehorsam gegen die Fürsten reizen und diese selbst ihrer Herrschaft berauben wollen.

Von den alten Christen wissen wir, daß sie sich aus diesem Grunde von einem solchen schmähhlichen Vorgehen auch in den wütendsten Verfolgungen fernhielten, daß sie den Kaisern und dem Staate wohl die besten Dienste leisteten, indem sie nicht nur getreu und dienstfertig jene Befehle ausführten, die zu ihrem Glauben nicht in Widerspruch standen, sondern diese Gesinnung auch mit ihrem Blute auf dem Schlachtfelde bekundeten. Christliche Soldaten, sagt der hl. Augustinus ..., dienten einem heidnischen Kaiser. Sobald es sich aber um die Sache Christi handelte, erkannten sie nur den himmlischen Herrscher an. Sie unterschieden den ewigen Herrn vom zeitlichen und waren wegen des ewigen Herrn trotzdem dem zeitlichen untertan. Dies hielt sich vor Augen der unbesiegte heilige Märtyrer Mauritius, Oberst der Thebanischen Legion, als er nach dem Berichte des hl. Eucherius folgendes dem Kaiser zur Antwort gab ...: 'Kaiser, wir sind deine Soldaten,

trotzdem aber Knechte Gottes, wie wir frei bekennen ... Auch jetzt bringt uns die Entscheidung um unser Leben nicht zum Aufruhr: Wir haben die Waffen in der Hand und leisten trotzdem keinen Widerstand, denn wir wollen lieber sterben als töten'.

Diese treue Gesinnung der alten Christen gegen die Fürsten tritt in noch helleres Licht, wenn man mit Tertullian bedenkt, daß es damals den Christen keineswegs an Zahl und Macht gebrochen hätte, wenn sie ganz offen feindlich hätten auftreten wollen. Er sagt selbst: 'Wir sind von auswärts und haben all euren Besitz bevölkert, eure Städte, Inseln, befestigten Plätze, Dörfer, Weiler, ja euer Heerwesen selbst, eure politischen Körperschaften, Gemeindeämter, den Hof, den Senat, den Markt ... Könnt ihr euch eine krieglerische Unternehmung vorstellen, der wir nicht gewachsen wären, auch wenn es an Mitteln fehlte, die wir uns so widerstandslos niedermachen lassen, weil wir nach unserer Lehre lieber sterben als töten?'" (126)

Das Gemeinwohl besteht, wie bereits dargelegt, darin, daß die Menschen in einem Staat dazu angeleitet werden, ein Leben nach dem Gesetz Gottes zu führen. Somit ist es eine der schlimmsten Möglichkeiten der Schädigung des Gemeinwohls, die überhaupt denkbar sind, wenn die staatliche Obrigkeit mit Gewalt versucht, die Bürger vom Glauben an den wahren Gott abzubringen. Dennoch ist, wie aus den Ausführungen Gregors XVI. hervorgeht, selbst in einem derart äußersten Fall eine gewaltsame Erhebung gegen die Staatsgewalt nicht zulässig. Dies gilt, wie der

(126) Lugmayer, S. 13/14, Nr. 19/20
Hervorhebungen durch Verfasser

Papst erklärt, selbst dann, wenn "Zahl und Macht" der Gegner einer ungerechten Regierung günstige Aussichten für den Erfolg eines Aufstandes eröffnen würden.

In der gleichen Weise zieht auch Leo XIII., in der Enzyklika "Diuturnum illud", das Beispiel der frühen Christen heran, um die sittlich richtige Haltung gegenüber einer verbrecherischen Regierung klarzulegen: "In dieser Hinsicht haben die alten Christen herrliche Zeugnisse hinterlassen: von den heidnischen Kaisern grausam und wider alles Recht verfolgt, benahmen sie sich stets gehorsam und ergeben, als ob jene in der Grausamkeit, diese im Gehorsam miteinander wetteifern wollten. Diese Mäßigung, dieser Wille zum Gehorsam war so allgemein bekannt, daß ihn auch die böswilligsten Verleumdungen ihrer Feinde nicht verdunkeln konnten. ...

Anders lagen allerdings die Dinge, wenn kaiserliche Erlässe und richterliche Drohungen an sie ergingen, vom christlichen Glauben abzufallen oder irgendwie ihre Pflicht zu verletzen: dann zogen sie es allerdings vor, den Menschen statt Gott zu mißfallen. Aber nicht einmal unter solchen Umständen ließen sie sich zu aufrührerischen Handlungen hinreißen oder zur Herabsetzung der kaiserlichen Hoheit und nahmen sich nur das eine heraus, frei zu erklären: Wir sind Christen und wollen auf keinen Fall unseren Glauben ändern. An einen Widerstand dachten sie nicht; ruhig und heiter gingen sie zur Folter, und der Seelengröße mußte die Größe der Qualen weichen.

Ebenso zeigte sich damals die Macht der christlichen Lehren beim Kriegsdienste. Es war ein Kennzeichen der Christen, höchsten Mut mit höchster Soldatenzucht zu vereinigen und die Erhabenheit der Gesinnung mit uner-

schütterlicher Staatstreue zu verbinden. Erhielten sie einen ehrlosen Auftrag, sei es Gottes Rechte zu verletzen, sei es gegen unschuldige Jünger Christi mit Waffengewalt vorzugehen, so verweigerten sie den Gehorsam, verzichteten aber lieber auf ihre soldatische Stellung und zogen den Tod um ihres Glaubens willen vor, als daß sie sich durch aufrührerische Handlungen gegen die Staatsgewalt aufgelehnt hätten." (127)

(127) ebenda, S. 146-148, Nr. 23-25;

Hervorhebungen durch Verfasser.

Hier wird klar, daß Leo XIII. gewaltsamen Widerstand gegen die Staatsgewalt auf jeden Fall verwirft, nicht nur, wie Schmieden, a.a.O. S. 127 behauptet, für den Fall, daß dadurch Ruhe und Ordnung noch mehr gestört werden.

III. Zusammenfassung

Es stellen sich im wesentlichen zwei Grundprinzipien der traditionellen katholischen Staatslehre heraus:

1. Maßgebend für Gesetzgebung und Handeln des Staates ist nicht der Wille von Menschen, sondern das Gesetz Gottes, das von der Vernunft aus der geschaffenen Natur abgelesen werden kann.
Letzter Zweck der staatlichen Gewalt ist es, die Menschen zu einem Leben nach dem Willen Gottes zu erziehen, sie vom Gegenteil abzuschrecken und sie so bei der Erreichung des ewigen Heiles zu fördern.
2. Jede Autorität in der menschlichen Gemeinschaft beruht auf der Anordnung Gottes, nicht auf dem Auftrag des Volkes. Dem Volk steht es nicht zu, die Regierenden in irgendeiner Form für ihre Amtsführung zur Rechenschaft zu ziehen. Diese müssen sich vielmehr allein vor Gott für ihre Tätigkeit verantworten.

ZWEITER HAUPTTEIL:

Die Aussagen der neueren Päpste und
des II. Vatikanischen Konzils

Schon seit dem 2. Weltkrieg, besonders aber seit dem II. Vatikanischen Konzil, scheint es kaum mehr Reibungen zu geben zwischen der katholischen Kirche und den modernen demokratischen Staaten, die gemäß dem Denken des Liberalismus und der Aufklärung eingerichtet sind. Hat die Kirche ihre traditionellen Grundsätze bezüglich der staatlichen Ordnung geändert oder gar aufgegeben? Dieser Frage ist nachzugehen anhand der neueren Dokumente des kirchlichen Lehramts. Es wird im Folgenden untersucht werden, ob diese die beiden wesentlichen Grundsätze der katholischen Staatslehre, die herausgearbeitet wurden, festhalten.

I. Das Gesetz Gottes in der menschlichen Gemeinschaft

1. Die Aussagen Johannes' XXIII.

Johannes XXIII. (1958-1963) gilt als der Papst, der die Versöhnung der Kirche mit der modernen Welt entscheidend bewirkte und die Frontstellung zwischen christlichem und neuzeitlichem Denken überwand. In der Tat scheint Johannes XXIII. dem modernen Denken sehr nahe zu stehen, wenn er in der Enzyklika "Pacem in terris" von 1963 (1) besonders die Rechte des Menschen als Person betont:

"Jedem menschlichen Zusammenleben, das gut geordnet und fruchtbar sein soll, muß das Prinzip zugrunde liegen, daß jeder Mensch seinem Wesen nach Person ist. Er hat eine Natur, die mit Vernunft und Willensfreiheit ausgestattet ist; er hat daher aus sich Rechte und Pflichten, die unmittelbar und gleichzeitig aus seiner Natur hervorgehen. Wie sie allgemein gültig und unverletzlich sind, können sie auch in keiner Weise veräußert werden." (2) Der Papst gibt im Anschluß daran einen ausführlichen Katalog von Rechten des Menschen, der vom Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit bis zum Recht auf Eigentum reicht.

Durchaus im Gegensatz zum Denken der Neuzeit vergißt Johannes XXIII. freilich nicht, darauf hinzuweisen, daß allen Rechten des Menschen entsprechende Pflichten gegenüberstehen: "Die bisher von Uns erwähnten Rechte, die aus

(1) AAS 55 (1963), S. 257-304;
deutsch: Texte zur katholischen Soziallehre
(im Folgenden zitiert als "Texte ..."), S. 271-320

(2) Nr. 9, Texte, S. 273

der Natur hervorgehen, sind in dem Menschen, dem sie zustehen, mit ebenso vielen Pflichten verbunden. Diese Rechte und Pflichten haben ihren Ursprung, ihre Nahrung und unzerstörbare Kraft vom Naturgesetz, durch das sie verliehen oder geboten sind.

Um dafür einige Beispiele anzuführen: das Recht des Menschen auf Leben hängt mit der Pflicht zusammen, sein Leben zu erhalten; das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein mit der Pflicht, ehrenhaft zu leben; das Recht, frei nach der Wahrheit zu forschen, mit der Pflicht, immer tiefer und weiter nach der Wahrheit zu suchen." (3)

Die Rechte und Pflichten des Menschen gehen, wie der Papst ausführt, aus dem Naturgesetz hervor, also aus dem Gesetz Gottes, des Urhebers der Natur. Wie hier sichtbar wird, hält Johannes XXIII. entschieden an der Existenz eines, im privaten wie im öffentlichen Bereich gleichermaßen verpflichtenden, von Gott kommenden sittlichen Gesetzes fest.

Dementsprechend eröffnet er die Enzyklika "Pacem in terris" unmißverständlich mit dem Satz: "Der Friede auf Erden, nach dem alle Menschen zu allen Zeiten sehnlichst verlangten, kann nur dann begründet und gesichert werden, wenn die von Gott gesetzte Ordnung gewissenhaft beobachtet wird." (4)

Noch deutlicher äußert sich Johannes XXIII. in dem Rundschreiben "Mater et magistra" von 1961 (5): "Es gibt in

(3) Enzyklika "Pacem in terris" Nr. 28, 29; Texte, S. 278

(4) Nr. 1, Texte, S. 271

(5) AAS 53 (1961), S. 401-464;
deutsch: Texte, S. 201-270

unserer Zeit wohl keine größere Torheit als den Versuch, in dieser Welt eine feste und brauchbare Ordnung aufzubauen ohne das notwendige Fundament, nämlich ohne Gott". (6) Der Papst bezeichnet es in dem gleichen Dokument als Grundübel der Zeit, daß manche "überhaupt das Bestehen einer wahren und gültigen sittlichen Ordnung, die über die sichtbare Welt und über den Menschen selbst hinausweist, die unbedingt verbindlich ist, die alle umfaßt und für alle in gleicher Weise gilt", (7) leugnen. Johannes XXIII. faßt zusammen "Die sittliche Ordnung hat nur in Gott Bestand. Wird sie von Gott gelöst, löst sie sich selbst auf." (8)

Ein geordnetes, friedliches Zusammenleben der Menschen ist, so folgt daraus, ohne Anerkennung Gottes nicht möglich. Wer Gott nicht anerkennt, achtet auch nicht das von Gott kommende Sittengesetz. Er ist somit nicht in der Lage, sich in die Gemeinschaft einzufügen, die allein von diesem Gesetz zusammengehalten wird, welches die Rechte und Pflichten eines jeden bestimmt.

(6) Nr. 217, Texte, S. 258

(7) Nr. 205, Texte, S. 255

(8) Enzyklika "Mater et magistra", Nr. 208, Texte, S. 255

2. Das II. Vatikanische Konzil:

"Gaudium et spes" und "Inter mirifica"

Die Bindung des Menschen an das Gesetz Gottes betont auch das II. Vatikanische Konzil. So heißt es in der Pastoral-konstitution "Gaudium et spes" (9): "Im Innern seines Ge-wissens entdeckt der Mensch ein Gesetz, das er sich nicht selbst gibt, sondern dem er gehorchen muß und dessen Stim-me ihn immer zur Liebe und zum Tun des Guten und zur Un-terlassung des Bösen anruft und, wo nötig, in den Ohren des Herzens tönt: Tue dies, meide jenes. Denn der Mensch hat ein Gesetz, das von Gott seinem Herzen eingeschrie-ben ist, dem zu gehorchen eben seine Würde ist und gemäß dem er gerichtet werden wird. Das Gewissen ist die ver-borgenste Mitte und das Heiligtum im Menschen, wo er al-lein ist mit Gott, dessen Stimme in diesem seinem Inner-sten zu hören ist. Im Gewissen erkennt man in wunderbarer Weise jenes Gesetz, das in der Liebe zu Gott und dem Nächsten seine Erfüllung hat." (10)

Die Pastoralkonstitution äußert sich auch über den rich-tigen Begriff von der menschlichen Freiheit: "Aber nur frei kann der Mensch sich zum Guten hinwenden. Und diese Freiheit schätzen unsere Zeitgenossen hoch und erstreben sie leidenschaftlich. Mit Recht. Oft jedoch vertreten sie sie in verkehrter Weise, als Berechtigung, alles zu tun, wenn es nur gefällt, auch das Böse. Die wahre Freiheit aber ist ein erhabenes Kennzeichen des Bildes

(9) AAS 58 (1966), S. 1025-1120

lat.-deutsch: LThK, Konzil-Sonderband III, S. 280-591;
deutsch: Rahner/Vorgrimmler, Kleines Konzilskompendium
(im Folgenden zitiert als "Rahner ..."), S. 449-552

(10) Nr. 16, Rahner, S. 462; Hervorhebungen durch Verfas-ser.

Gottes im Menschen: Gott wollte nämlich den Menschen 'in der Hand seines Entschlusses lassen' (vgl. Sir 15, 14), so daß er seinen Schöpfer aus eigenem Entscheid suche und frei zur vollen und seligen Vollenendung in Einheit mit Gott gelange. Die Würde des Menschen verlangt daher, daß er in bewußter und freier Wahl handle, daß heißt personal, von innen her bewegt und geführt und nicht unter blindem innerem Drang oder unter bloßem äußeren Zwang. Eine solche Würde erwirbt der Mensch, wenn er sich aus aller Knechtschaft der Leidenschaften befreit und sein Ziel in freier Wahl des Guten verfolgt". (11) Frei ist also der Mensch nur, wenn er sich nicht von seinen Leidenschaften beherrschen läßt, sondern seiner Vernunft folgt, die ihn lehrt, das Gute zu tun, dem Willen Gottes zu gehorchen.

Der Mensch soll sich nicht "unter bloßem äußeren Zwang", sondern aus eigenem Entschluß für Gott, für das Gute entscheiden. Dies heißt nun freilich nicht, daß jeglicher staatliche Zwang unerlaubt wäre, wenn er sich für das Schlechte entscheidet. Denn zum einen gibt er damit seinen Mitmenschen ein schlechtes Beispiel, er führt sie, da die menschliche Freiheit "durch die Sünde verwundet ist" (12), in Versuchung, es ihm nachzutun, und schädigt sie damit. Zum anderen kann die abschreckende Drohung einen Menschen, der als Sklave seiner Triebe schlecht handeln will, davon zurückhalten, solange bis er seine Triebe selbst wieder unter Kontrolle gebracht hat, wieder frei und Herr seiner selbst geworden ist.

(11) Nr. 17, Rahner, S. 463; Hervorhebungen durch Verfasser

(12) ebenda

Der erzieherische Zwang durch das staatliche Gesetz hält, wenn er auch die freie Entscheidung für das Gute nicht ersetzen kann, doch den Menschen vom Schlechten ab; er hält ihm die Möglichkeit offen, seine Gesinnung wieder zum Guten zu wenden. Ein solcher Zwang schädigt also die menschliche Freiheit in keiner Weise, er hilft ihr vielmehr, nicht in die Knechtschaft der Sünde zu geraten.

Dementsprechend billigt das II. Vatikanische Konzil ebenso wenig wie die Päpste des 19. Jahrhunderts die modernen Freiheitsrechte, wie Meinungs-, Pressefreiheit usw., ohne Bindung an die Vernunft und das Sittengesetz. Die Pastoral-konstitution "Gaudium et spes" fordert zwar, daß der Mensch "frei nach der Wahrheit forschen, seine Meinung äußern und verbreiten und die Kunst nach seiner Wahl pflegen kann", knüpft dies aber an die Bedingung, daß es "unter Wahrung der sittlichen Ordnung und des Gemeinnutzes" (13) geschieht. Im gleichen Dokument heißt es über die menschliche Kultur im weitesten Sinn: "Sie hat ... einen berechtigten Anspruch auf Anerkennung, und ihr eignet eine gewisse Unverletzlichkeit, freilich unter Wahrung der Rechte der Person und der Gemeinschaft, von der einzelnen bis zur universalen, und innerhalb der Grenzen des Gewohls." (14)

Bemerkenswert sind ferner die Aussagen des ebenfalls vom II. Vatikanischen Konzil verabschiedeten Dekrets "Inter mirifica" (15) über die sozialen Kommunikationsmittel.

(13) Nr. 59, Rahner, S. 512; Hervorhebungen durch Verfasser

(14) ebenda, Hervorhebungen durch Verfasser

(15) AAS 56 (1964), S. 245-157;
lat.-deutsch: LThK, Konzil-Sonderband I, S. 116-135;
deutsch: Rahner, S. 95-104

Hier wird auch das Thema "Freiheit der Kunst" angesprochen: "Eine zweite Frage betrifft die Beziehungen zwischen der 'Freiheit der Kunst' und den Normen des Sittengesetzes. Die sich mehrenden Diskussionen darüber beruhen häufig auf falschen Auffassungen von Ethik und Ästhetik. Das Konzil betont darum, daß der Vorrang der objektiven sittlichen Ordnung in allem und für alle gilt. Die Sittenordnung überragt alle übrigen menschlichen Ordnungen, die Kunst nicht ausgenommen, so wertvoll sie auch sein mögen, und bringt sie in das rechte Verhältnis. Allein die sittliche Wertordnung umfaßt die ganze Natur des Menschen, der ein geistbegabtes und zu Höherem berufenes Geschöpf Gottes ist. Wird sie in vollem Umfang getreu beachtet, ist sie für den Menschen der Weg zu seiner Erfüllung und zu seinem Heil." (16)

Der Gebrauch der sozialen Kommunikationsmittel, worunter vor allem Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen verstanden werden (17), darf, wie das Konzil klarstellt, nicht einer bindingslosen menschlichen Willkür überlassen bleiben. "Die rechte Benutzung der sozialen Kommunikationsmittel setzt bei allen, die mit ihnen umgehen, die Kenntnis der Grundsätze sittlicher Wertordnung voraus und die Bereitschaft, sie auch hier zu verwirklichen." (18) Wird die gottgesetzte sittliche Ordnung angetastet, so hat die Staatsgewalt die Pflicht, einzuschreiten: "Schließlich muß die gleiche Öffentliche Gewalt, die kraft ihres Amtes für das Wohl der Bürger Sorge trägt, durch Erlaß und sorgfältige Durchführung von Gesetzen schwere Schäden für

(16) Nr. 6, Rahner S. 97, Hervorhebungen durch Verfasser

(17) siehe Nr. 1, Rahner, S. 95

(18) Nr. 4, Rahner, S. 96

die öffentliche Sitte und den Fortschritt der Gesellschaft verhindern, die durch Mißbrauch der sozialen Kommunikationsmittel entstehen könnten. Die Freiheit der Einzelnen oder gesellschaftlicher Gruppen wird durch diese wache Sorge keineswegs beeinträchtigt" (19), denn eine Freiheit, die nicht an der Vernunft und dementsprechend am Gesetz Gottes sich ausrichtet, ist keine wahre Freiheit: "Wer Sünde begeht, ist ein Sklave der Sünde". (Joh. 8, 34) (20)

(19) Nr. 12, Rahner, S. 99/100

(20) vgl. Leo XIII., Enzyklika "Libertas", Lugmayer, S. 247, Nr. 9

3. Das Dekret über die Religionsfreiheit

Als endgültige Versöhnung der Kirche mit dem modernen Denken, als uneingeschränktes Bekenntnis zur weltanschaulichen Toleranz wird gemeinhin die Erklärung des II. Vaticanums über die Religionsfreiheit, "Dignitatis humanae" (21), gewertet. Die zentralen Sätze dieser Erklärung lauten: "Das Vatikanische Konzil erklärt, daß die menschliche Person das Recht auf religiöse Freiheit hat. Diese Freiheit besteht darin, daß alle Menschen frei sein müssen von jedem Zwang sowohl von seiten Einzelner wie gesellschaftlicher Gruppen, wie jeglicher menschlichen Gewalt, so daß in religiösen Dingen niemand gezwungen wird, gegen sein Gewissen zu handeln, noch daran gehindert wird, privat und öffentlich, als einzelner oder in Verbindung mit anderen - innerhalb der gebührenden Grenzen - nach seinem Gewissen zu handeln." (22) Keine Religion, auch nicht die katholische, darf also unter staatlichem Zwang durchgesetzt werden, jeder Mensch hat das Recht, ungehindert seine persönliche Religion auszuüben.

Wie steht es nun aber mit dem, der keine Religion hat, der Gott nicht anerkennt, dem Atheisten? In dem Text ist von Freiheit "in religiösen Dingen" die Rede. Davon ausgehend erklärt Pietro Pavan in seinem Kommentar zur "Dignitatis humanae": "Der Atheist kommt beim Religionsproblem zu einer negativen Lösung. Es ist jedoch unbestreitbar, daß auch sie zum Bereich der religiösen Dinge

(21) AAS 58 (1966), S. 929-946;
lat.-deutsch: LThK, Konzil-Sonderband II, S. 712-747;
deutsch: Rahner, S. 661-675

(22) Nr. 2, Rahner, S. 662

gehört." (23) Daraus folgert er, daß auch dem Atheisten volle Gleichberechtigung zustehe und er die Möglichkeit haben müsse, seiner Weltanschauung gemäß zu leben und für sie sich einzusetzen.

Diese Behauptung ist unhaltbar. Wohl bleibt, wie das Konzil erklärt, "das Recht auf religiöse Freiheit auch denjenigen erhalten, die ihrer Pflicht, die Wahrheit zu suchen und daran festzuhalten, nicht nachkommen", doch wird dies von einer Voraussetzung abhängig gemacht, nämlich daß "die gerechte öffentliche Ordnung gewahrt bleibt". (24)

Eine gerechte öffentliche Ordnung ist indes nur denkbar und möglich auf der Grundlage des von Gott ausgehenden Sittengesetzes. "Die sittliche Ordnung hat nur in Gott Bestand. Wird sie von Gott gelöst, löst sie sich selbst auf." (25) hatte Johannes XXIII. in "Mater et magistra" erklärt und die Folgerung gezogen: "Es gibt in unserer Zeit wohl keine größere Torheit als den Versuch, in dieser Welt eine feste und brauchbare Ordnung aufzubauen ohne das notwendige Fundament, nämlich ohne Gott." (26) Wer daher Gott nicht anerkennt, anerkennt auch nicht das sittliche Gesetz, das von ihm ausgeht und allein in der Lage ist, ein geordnetes, friedliches Zusammenleben der Menschen in der Gemeinschaft zu ermöglichen.

(23) Pietro Pavan, Kommentar zu "Dignitatis humanae", LThK, Konzil-Sonderband II, S. 721

(24) Nr. 2, Rahner, S. 663, Hervorhebung durch Verfasser

(25) vgl. oben, 2. Hauptteil, Anm. 8

(26) vgl. oben, 2. Hauptteil, Anm. 6

Zudem erklärt das Konzil: "Das Recht auf Freiheit in religiösen Dingen wird innerhalb der menschlichen Gesellschaft verwirklicht, und deshalb ist ihre Ausübung gewissen umgrenzenden Normen unterworfen. Beim Gebrauch einer jeden Freiheit ist das sittliche Prinzip der personalen und sozialen Verantwortung zu beobachten: Die einzelnen Menschen und die sozialen Gruppen sind bei der Ausübung ihrer Rechte durch das Sittengesetz verpflichtet, sowohl die Rechte der andern wie auch die eigenen Pflichten den anderen und dem Gemeinwohl gegenüber zu beachten." (27) Der Atheist erkennt das - in Gott begründete - Sittengesetz nicht an, für ihn ist somit das Recht auf "Religionsfreiheit" nicht anwendbar.

Es gilt vielmehr nach wie vor, was Pius XI. in der Enzyklika "Divini Redemptoris" hierzu ausgeführt hatte: "So müssen denn die Staaten alles tun, um zu verhindern, daß eine gottlose Propaganda, die alle Fundamente der Ordnung umkehrt, in ihren Ländern Unheil anrichtet" (28), denn wenn man "die Gottesidee selber aus den Herzen der Menschen reißt, dann werden sie notwendig von ihren Leidenenschaften zur grausamsten Barbarei getrieben." (29)

Daß "Religionsfreiheit" nicht auf Atheisten bezogen werden kann, geht auch aus folgender Stelle in "Dignitatis humanae" hervor: "Die Staatsgewalt muß .. den Schutz der religiösen Freiheit aller Bürger wirksam und tatkräftig

(27) Nr. 7, Rahner, S. 667; Hervorhebung durch Verfasser

(28) vgl. oben, 1. Hauptteil, Anm. 41

(29) vgl. ebenda, Anm. 42

übernehmen und für die Förderung des religiösen Lebens günstige Bedingungen schaffen, damit die Bürger auch wirklich in der Lage sind, ihre religiösen Rechte auszuüben und die religiösen Pflichten zu erfüllen, und damit der Gesellschaft selber die Werte der Gerechtigkeit und des Friedens zugute kommen, die aus der Treue der Menschen gegenüber Gott und seinem heiligen Willen hervorgehen." (30) "Treue gegenüber Gott und seinem heiligen Willen" setzt das Konzil also bei jedem, der vom Recht auf Religionsfreiheit Gebrauch macht, voraus, es kann sich somit nur darum handeln, daß Gott in verschiedenen Religionen bzw. verschiedenen christlichen Konfessionen verehrt wird.

Alle religiösen Gemeinschaften haben ferner die Pflicht, sich an die Grundsätze der objektiven sittlichen Ordnung zu halten, zumal diese auch außerhalb der übernatürlichen Offenbarung mit der rein natürlichen Vernunft des Menschen erkennbar sind. Wird diese Pflicht verletzt, so ist es, wie das Konzil ausführt, Sache der Staatsgewalt, einzugreifen: "Da die bürgerliche Gesellschaft außerdem das Recht hat, sich gegen Mißbräuche zu schützen, die unter dem Vorwand der Religionsfreiheit vorkommen können, so steht es besonders der Staatsgewalt zu, diesen Schutz zu gewähren; dies darf indessen nicht auf willkürliche Weise oder durch unbillige Begünstigung einer Partei geschehen, sondern nur nach rechtlichen Normen, die der objektiven sittlichen Ordnung entsprechen und wie sie für den wirksamen Rechtsschutz im Interesse aller Bürger und ihrer friedvollen Eintracht erforderlich sind,

(30) Nr. 6, Rahner, S. 666/67 Hervorhebung durch Verfasser

auch für die hinreichende Sorge um jenen ehrenhaften öffentlichen Frieden, der in einem geordneten Zusammenleben in wahrer Gerechtigkeit besteht, und schließlich für die pflichtgemäße Wahrung der öffentlichen Sittlichkeit." (31)

(31) Nr. 7, Rahner, S. 667/68

4. Zusammenfassung:

Die Aufgaben von Kirche und Staat

Jesus Christus hat durch sein blutiges Opfer am Kreuz Sühne geleistet für die Sünden der Menschheit, er hat den Menschen so die Gnade Gottes wieder erworben. Die Übermittlung dieser Gnade hat er der von ihm gegründeten Kirche anvertraut. Die katholische Kirche hat den Auftrag, die Menschen durch die Vermittlung der Gnade Gottes zum Heil und zum ewigen Leben zu führen, das jeder erlangen kann, der ihre Botschaft annimmt und sich ihr anschließt. (32) "Gott selbst hat dem Menschengeschlecht Kenntnis gegeben von dem Weg, auf dem die Menschen, ihm dienend, in Christus erlöst und selig werden können. Diese einzige wahre Religion, so glauben wir, ist verwirklicht in der katholischen, apostolischen Kirche, die von Jesus dem Herrn den Auftrag erhalten hat, sie unter allen Menschen zu verbreiten." (33), erklärt das II. Vatikanische Konzil.

Demgegenüber besteht der Auftrag der staatlichen Gewalt "in der Sorge für das zeitliche Gemeinwohl", wie es in "Dignitatis humanae" heißt, somit muß sie "das religiöse Leben der Bürger nur anerkennen und begünstigen, sie würde aber ... ihre Grenzen überschreiten, wenn sie so weit ginge, religiöse Akte zu bestimmen oder zu verhindern." (34) Es ist nicht Sache der Staatsgewalt, die

(32) Selbstverständlich können auch jene das ewige Heil erlangen, die ohne eigene Schuld nicht der katholischen Kirche zugehören, etwa, weil sie von ihrer Existenz nicht erfahren haben.

(33) "Dignitatis humanae" Nr. 1, Rahner, S. 661/62

(34) Nr. 7, Rahner, S. 664

gläubige Annahme der von der katholischen Kirche angebotenen Gnade zu erzwingen.

Die "Sorge für das zeitliche Gemeinwohl", die der Staatsgewalt zukommt, kann freilich nicht ohne Rücksicht auf Gott erfolgen. Das zeitliche Gemeinwohl besteht vielmehr darin, daß die Menschen zur sittlichen Vervollkommenung durch ein Leben nach Gottes Willen angeleitet werden. Das Dekret über die Religionsfreiheit drückt dies so aus: "Das Gemeinwohl der Gesellschaft besteht in der Gesamtheit jener Bedingungen des sozialen Lebens, unter denen die Menschen ihre eigene Vervollkommenung in größerer Fülle und Freiheit erlangen können; es besteht besonders in der Wahrung der Rechte und Pflichten der menschlichen Person." (35) Ähnlich heißt es in der Pastoralkonstitution "Gaudium et spes": "Das Gemeinwohl ... begreift in sich die Summe aller jener Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, die den Einzelnen, den Familien und gesellschaftlichen Gruppen ihre eigene Vervollkommenung voller und ungehinderter zu erreichen gestatten." (36)

Fassen wir zusammen: Nach der Lehre der neueren Päpste und des II. Vatikanischen Konzils muß der Staat zwar nicht "katholisch" sein, weil die Aufgabe der katholischen Kirche, die Übermittlung der durch das Kreuz Christi erworbenen Gnade Gottes zur Rettung der Menschen, eben nicht die Aufgabe des Staates ist. Festgehalten wird jedoch, daß der Staat Gott anzuerkennen hat, daß für Gesetzgebung und Handeln des Staates das sittliche Gesetz

(35) Nr. 6, Rahner, S. 666

(36) Nr. 74, Rahner, S. 531

Gottes maßgebend sein muß. Der Staat hat die Aufgabe, das zeitliche Gemeinwohl, das in der Gesamtheit jener sozialen Bedingungen besteht, die den Menschen bei seiner sittlichen Vervollkommenung unterstützen, d.h. die ihn zum Tun des Guten anregen und vom Tun des Bösen abhalten, sicherzustellen. Letzter Zweck des Staates ist es, die Menschen zu einem Leben nach dem Willen Gottes anzuleiten und sie so auch bei der Erreichung des ewigen Heiles zu fördern.

II. Die Autorität in der menschlichen Gemeinschaft

1. Die Aussagen Pius' XII. zur demokratischen Staatsform

Als neue Wendung der katholischen Staatslehre, als Bekenntnis zur modernen Demokratie gilt die Rundfunkbotschaft "Benignitas" (37) Pius' XII. zum Weihnachtsfest 1944. Dafür scheint in der Tat die Art und Weise zu sprechen, wie Pius XII. die Stimmungslage unter den Völkern am Ende des 2. Weltkrieges beschreibt:

"Sie haben gegenüber dem Staat, gegenüber den Staatsmännern eine neue fragende, kritische Haltung eingenommen. Durch bittere Erfahrung belehrt, widersetzen sie sich mit größerem Nachdruck den ausschließlichen Befugnissen einer diktatorischen, unkontrollierbaren und unantastbaren Macht und fordern ein Regierungssystem, das mehr im Einklang steht mit der Würde und der Freiheit der Bürger. Bei diesen aufgeregten Menschenmengen, die durch den Krieg bis in die tiefsten Schichten aufgewühlt sind, hat heute die Überzeugung um sich gegriffen - zunächst vielleicht unbestimmt und unklar, aber fortan unabweislich -, daß die Welt nicht in den verhängnisvollen Wirbel des Krieges hineingezogen worden wäre, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt zu überprüfen und zu berichtigen, und daß es notwendig ist, im Volke selbst wirksame Sicherungen zu schaffen, um für die Zukunft die Wiederholung einer ähnlichen Katastrophe zu vermeiden. Ist es bei einer solchen Verfas-

(37) AAS 37 (1945), S. 10-23;
deutsch: Marmy, S. 683-699

sung der Gemüter vielleicht zu verwundern, wenn die Neigung zur Demokratie die Völker ergreift und weithin die Unterstützung und Zustimmung derer findet, die wirksamer mitarbeiten möchten an den Geschicken der Einzelnen und der Gemeinschaft?" (38)

Zu diesen Bestrebungen nimmt der Papst folgendermaßen Stellung: "Es ist kaum notwendig zu erwähnen, daß es nach den Weisungen der Kirche 'keine Pflichtverletzung ist, eine Staatsverfassung von gemäßigter demokratischer Form vorzuziehen, solange dabei die katholische Lehre von dem Ursprung und der Anwendung der Staatsgewalt gewahrt bleibt', und daß 'die Kirche keine der verschiedenen Staatsformen verwirft, solange sie aus sich geeignet sind, das Gemeinwohl der Bürger zu fördern'. (Leo XIII., Enzyklika 'Libertas')" (39)

Leo XIII., auf den sich Pius XII. hier bezieht, hatte freilich, wie wir sahen, bei aller grundsätzlichen Neutralität zu den verschiedenen Staatsformen, gegenüber der modernen Demokratie eine entscheidende Grenze gezogen: er hatte darauf hingewiesen, daß, da die Staatsgewalt von Gott ausgeht, eine Wahl lediglich als Bezeichnung, "Designation", der Regierenden, nicht aber als Übertragung der Herrschaftsrechte angesehen werden darf, so daß die Regierenden nicht durch ihre Wähler wieder absetzbar sind.

(38) Marmy, S. 685, Nr. 1055/56

(39) ebenda, Nr. 1056;

Das Zitat Leos XIII. findet sich am Ende der Enzyklika "Libertas", vgl. Lugmayer, S. 273, Nr. 75 (dort etwas frei übersetzt), ferner Schnatz, S. 184 (lat.) und S. 185 (dt., auch zu frei).

Hierzu scheint im Gegensatz zu stehen, daß Pius XII. in einer Ansprache an die Sacra Romana Rota von 1945 (40) kurz die Auffassung erwähnt, "daß der ursprüngliche Träger der von Gott kommenden staatlichen Gewalt das Volk (nicht etwa die 'Masse') ist" und diese als "eine These, die hervorragende christliche Denker zu allen Zeiten verfochten haben" (41), bezeichnet.

Zu beachten ist freilich die Unterscheidung von "Volk" und "Masse", die Pius XII. hier macht. In der Weihnachtsansprache von 1944 ist diese Unterscheidung näher ausgeführt: "Volk und gestaltlose Menge oder, wie man gewöhnlich sagt: 'Masse', sind zwei verschiedene Begriffe. Volk lebt und bewegt sich durch Eigenleben, Masse ist in sich träge und kann nur von außen her bewegt werden. Das Volk lebt aus der Lebensfülle der Menschen, aus denen es sich zusammensetzt und deren jeder einzelne - an seinem Posten und in der ihm eigenen Art - eine der eigenen Verantwortung und der eigenen Überzeugung sich bewußte Person ist. Die Masse hingegen erwartet den Antrieb von außen; sie wird leicht zum Spielball in der Hand eines jeden, der ihre Naturtriebe oder ihre Beeindruckbarkeit auszunützen versteht; sie ist bereit, wie es gerade kommt, heute diesem, morgen jenem Banner zu folgen. ...

In einem Volke, das dieses Namens würdig ist, fühlt der Bürger in sich selbst das Bewußtsein seiner Persönlichkeit, seiner Pflichten und seiner Rechte, seiner eigenen Freiheit verbunden mit der Achtung vor Freiheit und Würde der andern. In einem Volke, das dieses Namens würdig ist, bilden all die Ungleichheiten, die nicht von

(40) AAS 47 (1945), S. 256-262;
deutsch: Utz-Groner, Soziale Summe Pius' XII., Bd. II,
S. 1344-1351, Nr. 2702-2724

(41) Utz-Groner, a.a.O., S. 1347, Nr. 2715

der Willkür, sondern eben von der Natur der Dinge, von der Ungleichheit der Bildung, des Besitzes, der gesellschaftlichen Stellung herrühren - wohlgemerkt ohne Nachteil für Gerechtigkeit und wechselseitige Liebe -, durchaus kein Hindernis gegen das Bestehen und Überwiegen echten Geistes der Gemeinschaft und Brüderlichkeit. Im Gegenteil, weit entfernt die bürgerliche Gleichberechtigung irgendwie zu verletzen, verleihen sie ihr ihren wahren Sinn, daß nämlich jeder dem Staate gegenüber das Recht hat, in Ehren sein persönliches Eigenleben zu führen an dem Posten, in den ihn die Fügung und Führung der göttlichen Vorsehung gestellt hat." (42)

Ein Volk ist also dadurch gekennzeichnet, daß es sich um eine o r g a n i s c h e Gemeinschaft von Menschen handelt, wo nicht jeder die gleichen Anlagen, Aufgaben und Funktionen hat, sondern "an seinem Posten und in der ihm eigenen Art" wirkt, wie es eben dem Wesen eines Organs entspricht. Nun aber üben die Organe eines Körpers ihre Funktionen gewissermaßen stellvertretend für das Ganze des Körpers aus. Man spricht z.B. davon, daß "der Mensch sieht, hört" usw., während genau genommen das Auge sieht, das Ohr hört etc. In diesem Sinne kann man zweifellos auch sagen, daß das Leitungsorgan eines Volkes, die Staatsgewalt, stellvertretend für das Volksganze handelt, daß somit das Volk - nicht aber die Masse! - der "ursprüngliche Träger der von Gott kommenden staatlichen Gewalt" ist.

In ganz ähnlicher Weise, dies sei hier zur Verdeutlichung eingefügt, schreibt das I. Vatikanische Konzil die Gabe der Unfehlbarkeit der Kirche als G a n z e r zu.

(42) Marmy, S. 687/88, Nr. 1061/62; Hervorhebungen durch Verfasser

Freilich kann diese Gabe nur durch das entsprechende Organ, nämlich den Papst (oder das mit dem Papst vereinigte allg. Konzil) wirksam werden. Die einschlägige Definition des I. Vatikanischen Konzils lautet: "Wenn der römische Bischof in höchster Lehrgewalt (ex cathedra) spricht, das heißt, wenn er seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen waltend in höchster, apostolischer Amtsgewalt endgültig entscheidet, eine Lehre über Glauben oder Sitten sei von der ganzen Kirche festzuhalten, so besitzt er aufgrund des göttlichen Beistandes, der ihm im heiligen Petrus verheißen ist, jene Unfehlbarkeit, mit der der göttliche Erlöser seine Kirche bei endgültigen Entscheidungen in Glaubens- und Sittenlehren ausgerüstet haben wollte." (43)

Der Papst ist also das Organ, welches stellvertretend für den Gesamtkörper der Kirche die Unfehlbarkeit zur Anwendung bringt. Freilich, und dies ist von entscheidender Bedeutung, ist ihm diese Organstellung von Gott, nicht vom Kirchenvolk übertragen worden. Das Kirchenvolk hat daher nicht die Kompetenz, den Papst bei seiner Tätigkeit als Organ der Unfehlbarkeit zu kontrollieren. So erklärt das I. Vaticanum: "Diese endgültigen Entscheidungen des römischen Bischofs sind daher aus sich und nicht aufgrund der Zustimmung der Kirche unabänderlich." (44)

Die Gabe der Unfehlbarkeit ist also der ganzen Kirche verliehen, aber nicht so, daß sie vom Kirchenvolk an den Papst übertragen würde, sondern sie ist dem Körper der Kirche in dem Organ des Papsttums, das seine Organstellung von Gott hat, zugewiesen. Ebenso kann man

(43) Neuner-Roos, a.a.O., S. 303, Nr. 454;
Hervorhebung durch Verfasser

(44) ebenda, Hervorhebung durch Verfasser

durchaus im Einklang mit Leo XIII. und Pius X. sagen, die Staatsgewalt sei dem ganzen Volk gegeben, freilich eben auch nicht dergestalt, daß sie vom Volk an die Regierung übertragen würde, sie ist vielmehr dem Volk in dem Organ der Regierung, deren Organstellung von Gott eingerichtet ist, gegeben. In gleicher Weise hat der Mensch als Ganzheit die Fähigkeit, zu sehen, zu hören usw., aber er hat diese Fähigkeit in dem jeweiligen Organ des Auges, des Ohrs etc., welche ihre Eignung hierzu nicht vom Ganzen des Menschen, sondern von Gott, ihrem Schöpfer, haben.

Da somit alle Organe, auch das Leitungsorgan im Staat, ihre Befähigung von Gott haben, steht es dem Volk nicht zu, die Regierung zur Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu ziehen und sie möglicherweise aus dem Amt zu entfernen. Nun spricht Pius XII. in der Weihnachtsbotschaft 1944 zweifellos wohlwollend von der Meinung, die sich verbreitet hat, es solle die Möglichkeit bestehen, "die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt zu überprüfen und zu berichtigen" (s.o.), was dazu im Gegensatz zu stehen scheint. Man muß jedoch beachten, daß die Rechte, die Pius XII. in seiner Konzeption der Demokratie den Staatsbürgern gegenüber der öffentlichen Autorität einräumt, keineswegs eine "Kontrolle" im Sinn der modernen Demokratie bedeuten:

"Seine eigene Meinung aussprechen zu können über die ihm auferlegten Pflichten und Opfer, nicht gezwungen zu sein zum Gehorchen, ohne erst gehört zu werden, das sind zwei Rechte des Staatsbürgers, die in der Demokratie, wie schon ihr Name sagt, ihren Ausdruck finden." (45) Der

(45) Rundfunkansprache "Benignitas"; Marmy, S. 686, Nr. 1059

Staatsbürger hat demnach das Recht, erst angehört zu werden von der Regierung, er hat aber dann die Pflicht, zu gehorchen, ob die Regierung nun auf seine Meinung Rücksicht nimmt oder nicht.

Denn "der demokratische Staat ... muß wie jede andere Regierungsform mit wahrer und wirksamer Autorität ausgestattet sein. Dieselbe unbedingt gültige Ordnung des Seins und der Zwecke, die den Menschen als autonome Persönlichkeit ausweist, das heißt als Träger von unverletzlichen Pflichten und Rechten, als Ursprung und Ziel seines gesellschaftlichen Lebens, diese Ordnung umfaßt auch den Staat als eine notwendige Gesellschaft, bekleidet mit der Autorität, ohne die er weder bestehen noch leben könnte. Wenn die Menschen im Hochgefühl ihrer persönlichen Freiheit jegliche Abhängigkeit von einer übergeordneten, mit Zwangsgewalt ausgestatteten Autorität leugnen wollten, würden sie allein schon dadurch die Grundlage ihrer eigenen Würde und Freiheit, nämlich jene unbedingt gültige Ordnung des Seins und der Zwecke untergraben." (46)

Wie diese Autorität begründet ist, daran läßt Pius XII. keinen Zweifel: "Da nun diese unbedingt gültige Ordnung im Lichte der gesunden Vernunft, besonders aber im Lichte des christlichen Glaubens keinen anderen Ursprung haben kann als den persönlichen Gott, unsern Schöpfer, so ist klar, daß die Würde des Menschen die Würde des Ebenbildes Gottes, die Würde des Staates die Würde der von Gott gewollten sittlichen Gemeinschaft, die Würde der öffentlichen Gewalt die Würde ihrer Teilnahme an der

(46) "Benignitas"; Marmy, S. 688/89, Nr. 1064;
Hervorhebung durch Verfasser

Autorität Gottes ist. Keine Staatsform kann diese innige und unauflösliche Verbindung außer acht lassen; weniger noch als jede andere die Demokratie." (47)

Wenn aber die Autorität der Regierenden, auch in der Demokratie, "Teilnahme an der Autorität Gottes" ist, dann können sie nur Gott, nicht aber dem Volk Rechenschaft über ihre Amtsführung schuldig sein. "Demokratie" kann in diesem Zusammenhang dann nur heißen: Wahl der Regierenden durch das Volk im Sinn einer Bezeichnung, einer "Designation", wie sie auch die Wahl des Papstes durch die Kardinäle darstellt, aber keine Möglichkeit der Absetzung. Zweifellos ist für Pius XII. das Parlament das maßgebende Organ eines demokratischen Staates, aber er betrachtet es offensichtlich nicht als Versammlung von wieder abrufbaren Delegierten, sondern als eigentliches Leitungsorgan: "Um erfolgreich zu wirken, um sich Achtung und Vertrauen zu erwerben, muß jede gesetzgebende Körperschaft - wie unbezweifelbare Erfahrung beweist - in ihrem Schoß eine Auslese von geistig hervorragenden und charakterfesten Männern sammeln, die sich als Vertreter des gesamten Volkes betrachten und nicht etwa als Beauftragte einer Parteimenge, deren Sondervorteil leider oft die wahren Nöte und Bedürfnisse des Gemeinwohles geopfert werden." (48)

Eine Vertretung des gesamten Volkes ist aber nur möglich in dem oben dargelegten Sinn, in dem ein Organ stellvertretend für den Gesamtkörper handelt und

(47) "Benignitas"; Marmy, S. 689, Nr. 1064; Hervorhebung durch Verfasser

(48) "Benignitas"; Marmy, S. 690, Nr. 1067; Hervorhebung durch Verfasser

wirkt, ohne daß es seine Fähigkeit hierzu von den anderen Gliedern des Körpers erhalten hat und diesen Rechenschaft schuldig ist. Volksvertreter in diesem Sinn sind somit auch nicht absetzbar, denn in diesem Fall wären sie ja gerade "Beauftragte einer Parteimeenge", nämlich der Mehrheit, die sie gewählt hat und nach deren Willen sie ihr Amt ausüben müssen, um wiedergewählt zu werden. Im modernen Parlamentarismus wird zwar auch davon gesprochen, die Abgeordneten seien Beauftragte des ganzen Volkes, nicht einer Partei, aber in Wirklichkeit ist dies gegenstandslos, denn kein Abgeordneter wird von der Gesamtheit des Volkes, jeder wird vielmehr von einer bestimmten Mehrheit gewählt und muß Politik im Sinne dieser Mehrheit machen, andernfalls er bei der nächsten Wahl sein Amt verliert und durch einen anderen ersetzt wird.

Dem stellt Pius XII. das Bild echter Volksvertreter gegenüber: "Eine Auslese von Männern muß es sein, die nicht gebunden sein darf an irgendeinen Beruf oder an eine Bedingung, die vielmehr das vielfältige Leben des gesamten Volkes widerspiegeln. Eine Auslese von Männern mit tiefer christlicher Gesinnung und Überzeugung, mit gerechtem und sicherem Urteil, mit praktischem und ausgeglichenem Wesen, sich selbst treu in allen Lagen; Menschen klarer und gesunder Weltanschauung, beharrlich und geradlinig in ihren Zielen; Männer, vor allem fähig, kraft der Autorität, die aus ihrem laute-
ren Gewissen entspringt und sich weithin um sie verbreitet, Führer zu sein, besonders in Zeiten, in denen die dräuende Not die Beeindruckbarkeit des Volkes übermächtig erregt und es leichter der Verführung und Verirrung zugänglich macht; Männer, die in gemeinhin aufgewühlten, durch Leidenschaften, Meinungsverschiedenheiten, einander bekämpfende Programme verwirrten Übergangszeiten sich

doppelt verpflichtet fühlen, in den von tausend Fiebern glühenden Adern des Volks- und Staatskörpers das seelische Gegengift klarer Schau, zuvorkommender Güte, einer allen gleich gewogenen Gerechtigkeit und eines auf Einigung, auf Eintracht des Volkes im Geiste aufrichtiger Brüderlichkeit gerichteten Willens umlaufen zu lassen."
(49)

(49) "Benignitas", Marmy, S. 690/91, Nr. 1067;
Hervorhebungen durch Verfasser

2. Die Enzyklika "Pacem in terris" Johannes' XXIII.

Mit dem Thema der staatlichen Autorität hat sich auch Papst Johannes XXIII. eingehend beschäftigt. In der Enzyklika "Pacem in terris" stellt er seine Ausführungen hierzu auf folgende Grundlage:

"Die menschliche Gesellschaft kann weder gut geordnet noch fruchtbar sein, wenn es in ihr niemanden gibt, der mit rechtmäßiger Autorität die Ordnung aufrechterhält und mit der notwendigen Sorgfalt auf das allgemeine Wohl bedacht ist. Alle Autorität aber leitet sich von Gott her, wie der heilige Paulus lehrt: 'Es gibt keine Gewalt, außer von Gott' (Röm. 13, 1-6). Diese Lehre des Apostels erklärt der heilige Johannes Chrysostomus folgendermaßen: 'Was sagst du? Ist jeder einzelne Fürst von Gott eingesetzt? Das behaupte ich nicht; denn ich habe jetzt nicht von den einzelnen Fürsten zu reden, sondern über die Sache an sich. Daß es Fürstentümer gibt und daß die einen befehlen, die anderen gehorchen, und daß alles nicht zufällig und planlos verursacht ist, das ist Sache der göttlichen Weisheit, behaupte ich' (Kommentar zum Römerbrief 13)." (50)

Ganz im Sinn der Ausführungen Leos XIII. in seinen Rundschreiben an die Katholiken Frankreichs, "Au milieu" und "Notre consolation", - wir haben sie eingehend behandelt -, geht aus dieser Stelle hervor, daß zwar nicht jede Regierung auf einer positiven "Einsetzung" durch

(50) Nr. 46, Texte, S. 283

Gott beruht, daß aber alles, auch das Zustandekommen der verschiedenen Regierungen, "nicht zufällig und planlos verursacht ist", sondern von der göttlichen Vorsehung abhängt, in deren Plan auch das Böse, auch die schlechte Regierung, ihre Funktion haben. Jede Regierung, die besteht, ist also von der göttlichen Vorsehung zumindest zugelassen und hat daher ihre Gewalt von Gott. (51)

Auch im Folgenden lehnt Johannes XXIII. seine Darlegungen über die Staatsgewalt eng an die Aussagen Leos XIII. an: "Gott hat aber die Menschen ihrer Natur nach als Gemeinschaftswesen geschaffen, und weil keine Gemeinschaft 'bestehen kann, wenn nicht einer an der Spitze von allen steht, der durch kräftigen und gleichmäßigen Impuls einen jeden zu dem gemeinsamen Ziele hinwendet, so ergibt sich für die politische Gesellschaft die Notwendigkeit einer Autorität, welche sie regiert; wie die Gesellschaft selbst, hat auch sie in der Natur und somit in Gott selbst ihren Ursprung.' (Leo XIII., Enz. Immortale Dei)" (52) Der Papst verweist ferner auf die Worte Pius' XII. in der Weihnachtsansprache 1944, wonach "die Würde der öffentlichen Gewalt die Würde ihrer Teilnahme an der Autorität Gottes ist". (53)

Dementsprechend läßt Johannes XXIII. auch keinen Zweifel daran, daß Gehorsam gegen die staatliche Obrigkeit, sofern diese sich im Einklang mit dem sittlichen Gesetz Gottes befindet, keineswegs der Würde der Menschen

(51) Es ist somit haltlos, wenn Albert Gnägi, Kath. Kirche und Demokratie, behauptet, die Worte des Chrysostomus, die Johannes XXIII. anführt, würden "die Reichweite des Pauluszitates sofort abgrenzen". (S. 176)

(52) Nr. 46, Texte, S. 283/84;
Zum Zitat aus Leo XIII. vgl. Lugmayer, S. 187, Nr. 8

(53) Nr. 47, Texte S. 284;
vgl. oben, 2. Hauptteil, Anm. 47

abträglich ist: "Indem sie nämlich den Regierungen gehorchen, gehorchen sie ihnen keineswegs als bloßen Menschen, sondern sie ehren tatsächlich Gott, den sorgenden Schöpfer aller Dinge, der gebot, daß die Beziehungen unter den Menschen nach der von ihm festgesetzten Ordnung gestaltet werden. Dadurch, daß wir Gott die schuldige Ehrfurcht erweisen, unterdrücken wir keineswegs unsere Überzeugung, vielmehr erheben und adeln wir sie; denn Gott dienen ist herrschen." (54)

Unklarheiten bereitet zweifellos folgende Aussage der Enzyklika "Pacem in terris": "Jedoch daraus, daß die Autorität aus Gott stammt, ist durchaus nicht zu folgern, daß die Menschen keine Möglichkeit hätten, diejenigen zu wählen, die an der Spitze des Staates stehen sollen, die Staatsform zu bestimmen und den Umfang sowie Art und Weise der Gewaltausübung abzugrenzen. Daher kann diese Lehre mit jeder demokratischen Regierungsform in Einklang gebracht werden, die diesen Namen wirklich verdient". (55) Eigentlich kann "den Umfang" und die "Art und Weise der Gewaltausübung" abgrenzen nur derjenige, der über die Gewalt verfügt. (56) Andererseits beruft sich Johannes XXIII. bei dieser Stelle nicht nur auf Pius' XII. Weihnachtsbotschaft von 1944, sondern auch auf Leos XIII. Enzyklika "Diuturnum illud". In diesem Rundschreiben aber wird, wie wir gesehen haben, ausdrücklich klargestellt, daß durch eine Wahl lediglich "der Leiter bezeichnet, die Rechte der Leitung aber ... ihm nicht gegeben" werden (57), daß also die Regierungsgewalt in keiner Weise in der Hand der Völker sich befindet und nicht von ihnen übertragen wird.

(54) Nr. 50, Texte, S.285

(55) Nr. 52, Texte, S. 286

(56) Dies bemerkt richtig A. Gnägi, a.a.O., S. 177

(57) Lugmayer, S. 139, Nr. 8

Abgrenzung des "Umfangs der Gewaltausübung" kann somit nicht heißen, daß die Regierenden vom Volk oder konkret, von einer unzufriedenen Mehrheit der Bevölkerung, abgewählt und durch genehmere Leute ersetzt werden können.

Dies geht auch aus folgender Aussage Johannes' XXIII. hervor: "Selbstverständlich kann die Ansicht jener nicht gebilligt werden, die behaupten, der Wille einzelner Menschen oder gewisser Gemeinschaften wäre die erste und einzige Quelle, woraus die bürgerlichen Rechte und Pflichten fließen und woraus sich die Verpflichtung der Verfassungen wie auch die Autorität der Staatslenker ergeben". (58) Johannes XXIII. verweist hier auf den Apostolischen Brief Leos XIII. "Annum ingressi" von 1902 (59), aus welchem sich ergibt, von welcher Art von Gemeinschaften die Rede ist. Es heißt dort nämlich u.a.: "Nimmt man an, daß die Hoheit des Herrschens dem Wesen nach aus der Übereinstimmung der Massen stammt und nicht von Gott, dem obersten, ewigen Fürsten jeder Macht, dann verliert sie in den Augen der Untergebenen ihr erhabenstes Merkmal und entartet zu einer künstlichen Hoheit, ruhend auf einer so schwachen und veränderlichen Grundlage, wie sie der Wille des Menschen darstellt. Und sieht man vielleicht nicht die Folgen davon auch in den staatlichen Gesetzen? Nur allzu oft stellen diese statt der 'geschriebenen Vernunft' die Gewalt der Zahl und der Übermacht einer politischen Partei dar." (60)

(58) "Pacem in terris"; Nr. 78, Texte, S. 293

(59) Titel des italienischen Originals: "Pervenuti";
ASS XXXIV, S. 513-582;
deutsch: Lugmayer, S. 393-419

(60) Lugmayer, S. 402, Nr. 13; Hervorhebung durch Verfasser

Es wird klar, daß weder Leo XIII. noch Johannes XXIII. es billigen, wenn die Regierung eines Staates zur Beauftragung einer von einer Partei (oder mehreren Parteien) zusammengebrachten Mehrheit wird, der sie verantwortlich ist und von der sie auch aus dem Amt entfernt werden kann. Die Inhaber der Regierung können nur Gott verantwortlich sein, d.h. sie müssen den sittlichen Grundsätzen gemäß handeln, die ihnen ihr Gewissen als gottgewollt kundgibt, nie dürfen sie hingegen den Willen einer für ihre Wiederwahl eventuell notwendigen Mehrheit zur Richtschnur ihrer Tätigkeit machen.

Was sind nun in der Konzeption Johannes' XXIII. die Merkmale eines demokratischen Staates? Aufschluß hierüber geben folgende Äußerungen der Enzyklika "Pacem in terris": "Daß es den Menschen gestattet ist, am öffentlichen Leben aktiv teilzunehmen, ist ein Vorrecht ihrer Würde als Personen, auch wenn sie die Teilnahme nur in den Formen ausüben können, die dem Zustande des Staatswesens entsprechen, dessen Glieder sie sind.

Aus der Teilnahme am öffentlichen Leben ergeben sich neue, sehr weitgehende und nützliche Möglichkeiten. Auf diese Weise kommen die leitenden Amtsträger häufiger in Berührung und ins Gespräch mit den Bürgern und können somit leichter erfahren, was zum Gemeinwohl beiträgt. Zudem verhindert die regelmäßige Ablösung der höchsten Staatsdiener eine Überalterung der Autorität und sorgt für deren Erneuerung zum Fortschritt der menschlichen Gesellschaft". (61)

(61) Nr. 73, 74; Texte, S. 292

In der "Teilnahme am öffentlichen Leben" durch die Bürger erblickt also Johannes XXIII., wie auch Pius XII., ein wesentliches Kennzeichen der Demokratie. Konkret bedeutet dies, daß "die leitenden Amtsträger ... ins Gespräch mit den Bürgern" kommen, daß diese somit die Möglichkeit haben, ihre Meinung über die anstehenden Fragen im Staat zu äußern. Auf diese Weise üben die Bürger eine beratende Funktion gegenüber den Leitern des Staates aus und unterstützen sie in ihrer Aufgabe, wobei es diesen überlassen bleibt, ob und inwieweit sie die Ratschläge der Bürger annehmen. Denn die Staatsleiter haben, wie Johannes XXIII. sagt, "deshalb den Rang dieser höchsten Würde erlangt, weil sie in Anbetracht ihrer ausgezeichneten Geistesgaben und Anlagen als die vortrefflichsten Glieder des Staates befunden wurden". (62) Als solche sind sie aber allein kompetent, über den Wert von Ratschlägen, die an sie herangetragen werden, zu befinden. Sache der Bürger ist es demnach, verschiedene Lösungsmöglichkeiten zu bestehenden Problemen aufzuzeigen, die Entscheidung aber, welche Lösung tatsächlich durchgeführt wird, ist Sache der Staatsführung.

Ein weiteres ist zu beachten: Wenn es sich, wie Johannes XXIII. sagt, bei den Regierenden, bedingt durch ihre "ausgezeichneten Geistesgaben und Anlagen", um die "vortrefflichsten Glieder des Staates" handelt, so ist die gedankliche Konzeption, daß sie, die Fähigeren, "von unten", von den weniger Fähigen also, kontrolliert und im Falle schlechter Leistungen abgesetzt werden sollen, logisch unsinnig. Wer weniger qualifiziert ist, kann nicht über die Arbeit dessen urteilen, der eine höhere Qualifikation aufweist. Das Pflegepersonal eines Krankenhauses z.B. ist nicht kompetent, die Tätigkeit des Chefarztes zu überprüfen, selbst wenn dieser Fehler macht.

(62) Nr. 82, Texte, S. 294

Wenn daher Johannes XXIII. von "regelmäßiger Ablösung der höchsten Staatsdiener" spricht, so kann damit sinnvollerweise nur gemeint sein, daß die Regierenden, um "eine Überalterung der Autorität zu vermeiden", von vorneherein die Staatsgewalt jeweils nur bestimmte Zeit ausüben, dann aber, ohne zu einer erneuten Wahl anzutreten, aus dem Amt scheiden und es anderen Persönlichkeiten übergeben. In diesem Fall unterliegen die Leiter des Staates keiner Kontrolle "von unten", sie sind auch nicht Gefangene jener Mehrheit, die sie gewählt hat, denn sie müssen sich nicht um ihre Gunst bemühen, um wiedergewählt zu werden. Sie können unbehindert gemäß ihrer Verantwortung vor Gott so handeln, wie sie es im Hinblick auf das Gemeinwohl für richtig erachten.

3. Die Pastoralkonstitution "Gaudium et spes"

Vor allem in der Pastoralkonstitution "Gaudium et spes" äußert sich das II. Vatikanische Konzil zur Autorität in der menschlichen Gemeinschaft. Ganz im Sinn der traditionellen Lehre weist es auf den Ursprung dieser Autorität in der Natur des Menschen und damit im Schöpfer dieser Natur, in Gott, hin: "Offenkundig sind ... die politische Gemeinschaft und die öffentliche Autorität in der menschlichen Natur begründet und gehören zu der von Gott vorgebildeten Ordnung, wenngleich die Bestimmung der Regierungsform und die Auswahl der Regierenden dem freien Willen der Staatsbürger überlassen bleiben." (63)

Was die deutsche Übersetzung mit "Auswahl" wiedergibt ist das lateinische Wort "designatio", wörtlich übersetzt "Bezeichnung", welches vom Konzil hier benutzt wurde (64), der gleiche Begriff, mit dem Leos XIII. Enzyklika "Diu-
turnum illud" den Wahlakt kennzeichnet ("designatur princeps", s.o.). Das Konzil versteht also offensichtlich den Wahlakt im Sinn dieser schon mehrfach erwähnten Enzyklika als Bezeichnung dessen, der die Regierung ausüben soll, ohne daß ihm hierbei die Rechte der Herrschaft übertragen werden, welche unmittelbar von Gott kommen. "Designation" ist ja auch der technische Ausdruck für diesen Vorgang, der in gleicher Weise bei der Wahl des Papstes durch die Kardinäle stattfindet. Der Papst hat seine Gewalt von Gott, er ist daher seinen Wählern nicht verantwortlich und von ihnen nicht absetzbar. Ebenso stammt

(63) Nr. 74, Rahner, S. 531

(64) LThK, Konzil-Sonderband III, S. 522

die Leitungsbefugnis der staatlichen Regierung von Gott, ist auch sie ihren Wählern nicht Rechenschaft schuldig und kann von ihnen nicht aus dem Amt entfernt werden. In einer Anmerkung verweist das Konzil dementsprechend auf die Lehre des Apostels Paulus im Römerbrief 13, 1-5, wo es u.a. heißt: "Es gibt keine Obrigkeit außer von Gott, und die bestehenden sind von Gott angeordnet."

Ebenso wie die Enzyklika "Pacem in terris" spricht sich auch "Gaudium et spes" für die "Mitarbeit aller am öffentlichen Leben" (65) aus: "In vollem Einklang mit der menschlichen Natur steht die Entwicklung von rechtlichen und politischen Strukturen, die ohne jede Diskriminierung allen Staatsbürgern immer mehr die tatsächliche Möglichkeit gibt, frei und aktiv teilzuhaben an der rechtlichen Grundlegung ihrer politischen Gemeinschaft, an der Leitung des politischen Geschehens, an der Festlegung des Betätigungsbereichs und des Zwecks der verschiedenen Institutionen und an der Wahl der Regierenden." (66) Daß "Mitarbeit aller am öffentlichen Leben" nicht die letzte Entscheidungskompetenz der Regierenden berührt, hatten wir schon bei der Enzyklika "Pacem in terris" gesehen, auf welche hier ausdrücklich Bezug genommen wird, es geht auch aus folgender Stelle in der Pastoralkonstitution hervor: "Anerkennung verdient das Vorgehen jener Nationen, in denen ein möglichst großer Teil der Bürger in echter Freiheit am Gemeinwesen beteiligt ist. Zu berücksichtigen sind jedoch die konkrete Lage jedes einzelnen Volkes und die notwendige Stärke der öffentlichen Gewalt." (67)

(65) Überschrift zu Nr. 75, Rahner, S. 532; die Überschriften sind bei "Gaudium et spes" aufgrund einer eigenen Abstimmung Teil des authentischen Texts, siehe LThK, Konzil-Sonderband III, S. 281

(66) Nr. 75, Rahner, S. 532

(67) Nr. 31, Rahner, S. 478; Hervorhebung durch Verfasser

Teilnahme "an der Leitung des politischen Geschehens" kann also sinnvollerweise nur Meinungsäußerung zur Beratung der Regierenden bedeuten, denn, so "Gaudium et spes", "was die verschiedenen physischen Fähigkeiten und die unterschiedlichen geistigen und sittlichen Kräfte angeht, stehen nicht alle Menschen auf gleicher Stufe". (68) Die Regierenden aber haben, wie es in "Pacem in terris" heißt, "deshalb den Rang dieser höchsten Würde erlangt, weil sie in Anbetracht ihrer ausgezeichneten Geistesgaben und Anlagen als die vortrefflichsten Glieder des Staates befunden wurden" (S.o.). Ihnen steht somit vernünftigerweise allein die Kompetenz zu, die Entscheidungen letztlich zu fällen. "Teilhabe aller an der Leitung des politischen Geschehens" ist also in der gleichen Weise zu verstehen, wie das Bischofskollegium Anteil hat an der Leitung der Gesamtkirche, unbeschadet der letzten, freien und unabhängigen Entscheidungskompetenz des Papstes. (69)

Dieses Bild wird abgerundet durch eine Aussage im 5. Kapitel des II. Hauptteils der Pastoralkonstitution, wonach die Regierungen verpflichtet sind, "das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen". (70) Die Völker sind den Regierungen demnach - von Gott - "anvertraut", d.h. sie haben von Gott den Auftrag zur Leitung ihrer Völker. Die Regierungen müssen somit, unbeschadet einer beratenden Mitwirkung der Staatsbürger, in der Lage sein, letztlich die Entscheidungen zu treffen, ohne hierbei "nach unten" Rechenschaft schuldig zu sein.

(68) Nr. 29, Rahner, S. 476

(69) Letzteres wird eingehend ausgeführt im 3. Hauptteil der Dogmatischen Konstitution über die Kirche, "Lumen gentium", Rahner, S. 143-161

(70) Nr. 79, Rahner, S. 539; Hervorhebung durch Verfasser

4. Die Frage des Widerstandsrechts

Eng zusammen mit der Begründung der Autorität in der menschlichen Gesellschaft hängt die Frage nach der Erlaubtheit aktiven, gewaltsamen Widerstandes gegen eine schlechte bzw. verbrecherische Regierung. Die traditionelle Lehre hatte, wie wir sahen, diese Frage eindeutig negativ beantwortet, was nur folgerichtig war, denn geht die Autorität von Gott aus, dann ist es allein Gott, der die Träger der Autorität zur Rechenschaft ziehen kann. Wie äußern sich diesbezüglich nun die neueren Dokumente des kirchlichen Lehramts?

Papst Johannes XXIII. betont nachdrücklich die Bindung der Staatsgewalt an die sittliche Ordnung, an das Gesetz Gottes. In der Enzyklika "Pacem in terris" heißt es hierzu: "Da die staatliche Gewalt von der Ordnung der geistigen Wirklichkeit gefordert wird und von Gott ausgeht, können Gesetze oder Anordnungen die Staatsbürger innerlich nicht verpflichten, wenn die Staatslenker gegen diese Ordnung und deshalb gegen Gottes Willen Gesetze erlassen oder etwas vorschreiben; denn 'man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen' (Apg 5, 29); in diesem Falle hört die Autorität ganz auf; an ihre Stelle tritt gräßliches Unrecht, wie der heilige Thomas von Aquin lehrt: 'Zum Zweiten ist zu sagen, daß das menschliche Gesetz nur insoweit die Beschaffenheit eines Gesetzes hat, als es der rechten Vernunft gemäß ist. Demzufolge ist offenbar, daß es vom ewigen Gesetz abgeleitet wird. Insofern es aber von der Vernunft abweicht, wird es als ungerichtetes Gesetz bezeichnet und hat nicht die Bewandnis eines Gesetzes, sondern eher die einer Gewalttätigkeit'." (71)

(71) Nr. 51, Texte, S. 285

Johannes XXIII. argumentiert hier in enger Anlehnung an Leo XIII., der sich in der Enzyklika "Diuturnum illud" zu diesem Thema folgendermaßen geäußert hatte: "Nur einen Grund haben die Menschen, den Gehorsam zu verweigern: wenn etwas von ihnen gefordert wird, was mit dem natürlichen oder göttlichen Rechte offen in Widerspruch steht. Was immer nämlich das Schöpfungsgesetz oder Gottes Willen verletzt, das zu befehlen ist ebenso sündhaft wie es auszuführen. Wer also in die Lage kommt, sich zu entscheiden, ob er Gottes oder der Staatslenker Befehle verletzen soll, muß Jesus Christus gehorchen, der befiehlt: 'dem Kaiser zu geben, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.' (Matth. 22, 21) Und er muß nach dem Beispiel der Apostel mutig bekennen: 'Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.' (Apg 5, 29) Niemand kann aber sagen, daß er damit den Gehorsam verletze, denn wenn der Wille des Herrschers mit dem Willen und den Gesetzen Gottes in Streit steht, dann überschreitet er eben die Grenzen seiner Macht und bricht das Recht; seine Hoheit gilt dann nichts: wo sie kein Recht hat, fällt sie in sich zusammen." (72)

Nach der Aussage der beiden Päpste ist also staatlichen Anordnungen, die dem Gesetz Gottes widersprechen, der Gehorsam zu versagen, derartigen Vorschriften fehlt jede Autorität. Das ist jedoch eine ganz andere Sache als der aktive, gewaltsame Widerstand. Leo XIII. hatte diesen, wie wir sahen, ausdrücklich und in jedem Fall verworfen. Bei Johannes XXIII. findet sich kein Hinweis, daß er hierzu eine andere Haltung eingenommen hätte.

(72) vgl. oben, 1. Hauptteil, Anm. 121

Auch das II. Vatikanische Konzil äußert sich, in der Pastoralkonstitution "Gaudium et spes", zur Frage des Widerstands gegen eine ungerechte Staatsgewalt: "Wo jedoch die Staatsbürger von einer öffentlichen Gewalt, die ihre Zuständigkeit überschreitet, bedrückt werden, sollen sie sich nicht weigern, das zu tun, was das Gemeinwohl objektiv verlangt. Sie haben jedoch das Recht, ihre und ihrer Mitbürger Rechte gegen den Mißbrauch der staatlichen Autorität zu verteidigen, freilich innerhalb der Grenzen des Naturrechts und des Evangeliums." (73)

Wo diese Grenzen liegen, dazu äußert sich das Konzil selbst nicht. Es muß somit auf die bisherigen kirchlichen Lehräußerungen zu diesem Thema zurückgegriffen werden und diese besagen, wie gezeigt wurde, eindeutig, daß gewaltsamer Widerstand und Aufruhr auf keinen Fall sittlich erlaubt sind.

Als Billigung der Revolution in bestimmten Fällen wird demgegenüber häufig eine Aussage Papst Pauls VI. (1963-1978) in der Enzyklika "Populorum progressio" von 1967 (74) angesehen: "Es gibt ganz sicher Situationen, deren Ungerechtigkeit zum Himmel schreit. Wenn ganze Völker, die am Mangel des Notwendigsten leiden, unter fremder Herrschaft gehindert werden, irgend etwas aus eigener Initiative zu unternehmen, zu höherer Bildung aufzusteigen, am sozialen und politischen Leben teilzunehmen, dann ist die Versuchung groß, solches gegen die menschliche Würde verstoßende Unrecht mit Gewalt zu beseitigen.

(73) Nr. 74, Rahner, S. 351; Hervorhebung durch Verfasser

(74) AAS 59 (1967), S. 257-299;
deutsch: Texte, S. 435-467

Trotzdem: Jede Revolution - ausgenommen im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes ernsten Schaden zufügt - zeugt neues Unrecht, bringt neue Störungen des Gleichgewichts mit sich, ruft neue Zerrüttung hervor. Man kann das Übel, das existiert, nicht mit einem noch größeren Übel vertreiben." (75)

Die Ausnahme, die der Papst hier macht, bezieht sich darauf, daß in bestimmten Fällen ein Umsturz, entgegen der allgemeinen Regel, nicht zu einem noch schlimmeren Zustand als vorher führen könnte. Paul VI. sagt aber keineswegs, daß eine derartige Ausnahme eine gewaltsame Revolution rechtfertigen könnte! (76)

In dem Apostolischen Schreiben "Evangelii nuntiandi" von 1975 (77) wendet sich Paul VI. im Gegenteil prinzipiell gegen jede Gewalttätigkeit: "Die Kirche kann nicht die Gewalttätigkeit, vor allem nicht die Waffengewalt - die unkontrollierbar ist, wenn sie entfesselt wird - und auch nicht den Tod von irgend jemand als Weg zur Befreiung akzeptieren, denn sie weiß, daß die Gewalttätigkeit immer Gewalt hervorruft und unwiderstehlich neue Formen der Unterdrückung und der Sklaverei erzeugt, die oft noch drückender sind als jene, von denen sie zu befreien vorgibt. Wir sagten es bereits deutlich während unserer Reise nach

(75) Nr. 30, 31; Texte, S. 446/47

(76) Man kann daher nicht, wie u.a. Martin Rock, Christ und Revolution, S. 86 ff., dies tut, davon ausgehen, daß es sich hier um Ausnahmen vom Verbot der gewaltsamen Revolution handelt!

(77) AAS 68 (1976), S. 5ff;
deutsche Auszüge: Texte, S. 549-557

Kolumbien: 'Wir ermahnen euch, euer Vertrauen weder auf die Gewalttätigkeit noch auf die Revolution zu setzen; eine solche Haltung widerspricht dem christlichen Geist und kann den sozialen Fortschritt, nach dem ihr euch berechtigterweise seht, auch eher verzögern als fördern'. 'Wir müssen feststellen und erneut bekräftigen, daß die Gewalttätigkeit nicht christlich ist noch dem Geist des Evangeliums entspricht, daß die plötzlichen oder gewaltsamen Veränderungen der Strukturen eine Täuschung und in sich unwirksam wären und ganz gewiß nicht mit der Würde des Volkes in Einklang stünden'." (78)

Paul VI. stellt hier eindeutig klar, daß revolutionäre Gewalt grundsätzlich "dem christlichen Geist" widerspricht und mit dem Evangelium nicht zu vereinbaren ist. (79) Um dies zu verstehen, muß man sich folgenden Sachverhalt vor Augen halten: Das Evangelium verwirft jede Gewaltanwendung, auch die gegen das Böse. "Widersetzt euch nicht dem Böswilligen!", heißt es ausdrücklich in der Bergpredigt (Matth. 5 , 39). Die letzte Ursache hierfür liegt darin, daß Ausübung von Gewalt grundsätzlich nur Gott zusteht, nicht aber den Menschen. Von den Menschen sind daher nur jene zur Gewaltausübung befugt, die von Gott einen Auftrag dazu haben, nämlich die Inhaber der Staatsgewalt; denn diese ist nach den Worten des heiligen Paulus "Rechtvollstreckerin zur Bestrafung dessen, der das Böse tut". (Römer 13, 4)

(78) Nr. 37, Texte, S. 555

(79) Daß nach "Evangelii nuntiandi" von einem gewaltsamen Widerstandsrecht nicht mehr die Rede sein kann, räumt auch v. Nell-Breuning, Soziallehre der Kirche, S. 166/67, ein.

Nur die Staatsgewalt ist also berechtigt, gegen das Böse einzuschreiten. Wird sie selbst böse, so gibt es niemanden, der das Recht hätte, gegen sie vorzugehen, außer Gott selbst. (80) Es ist dies eine Situation, in der sich das Vertrauen auf Gott, der alles in der Hand hat und auch einer bösen, verbrecherischen Staatsgewalt nur so viel Raum geben wird, wie es dem Plan seiner Vor-
sehung entspricht, besonders bewähren muß.

(80) Ausgenommen natürlich die Staatsgewalt eines anderen Staates, die selbstverständlich das Recht und die Pflicht hat, gegen kriegerische Übergriffe eines von einer böartigen Gewalt geführten Staates Widerstand zu leisten. Es ist daher völlig unsinnig, mit dem Hinweis auf das Gewaltverbot der Bergpredigt die Landesverteidigung verwerfen zu wollen, denn diese wird ja von der Staatsgewalt organisiert, welcher von Gott der Auftrag und die Berechtigung zur Gewaltanwendung gegen das Böse übertragen ist.

SCHLUSS

Zweifellos ist es zunächst schwer begreiflich, daß Widerstand gegen die Staatsgewalt grundsätzlich nicht erlaubt ist, daß j e d e Regierung, auch die eines Hitler, Lenin und Stalin, letztlich, wie Paulus sagt, von Gott angeordnet ist. Auch das Böse hat jedoch im Plan der Vorsehung Gottes seine Funktion. Die Völker Europas haben sich im Laufe der Neuzeit weitgehend von Gott, vom Glauben an Jesus Christus, der einmal die gesellschaftliche Ordnung prägte, abgewandt. Dies geschah in einem langdauernden Prozeß, der bereits in der Zeit der Renaissance seinen Anfang nahm, als erstmals der Mensch anstelle Gottes in den Mittelpunkt gerückt wurde, der zu einem entscheidenden Durchbruch im Zeitalter der "Aufklärung" und der französischen Revolution gelangte und der die liberalen, demokratischen Gesellschaftsordnungen der modernen Welt geprägt hat. Daß die liberalen Demokratien immer wieder dem Ansturm totalitärer ideologischer Bewegungen, wie des Nationalsozialismus und des Bolschewismus, erlegen sind - und erliegen werden - kann daher nicht anders denn als Strafgericht Gottes betrachtet werden.

Der Gegensatz zwischen christlicher und neuzeitlicher Weltanschauung läuft in seinem Kern auf die Frage hinaus: Herrscht Gott oder herrscht der - letztlich selbst gottgeiche - Mensch? Herrscht der Mensch, so beruhen die Regeln des Zusammenlebens auf menschlicher Setzung, so erwächst Autorität in Staat und Gesellschaft aus menschlicher Übereinstimmung. Herrscht Gott, so ist für die gesellschaftliche Ordnung das sittliche Gesetz Gottes maßgebend, so beruht Autorität in der Gemeinschaft auf der Anordnung Gottes.

Zwischen diesen beiden Auffassungen gibt es - auch nach dem II. Vatikanischen Konzil - keinen Kompromiß. Der heute zwischen der Kirche und den demokratischen Staaten weithin herrschende Friede ist deshalb ein Scheinfriede. Deutlich gezeigt hat dies der Kampf um die Freigabe der Abtreibung, des Mordes am ungeborenen menschlichen Leben. Hier wurde das wahre Gesicht der modernen Demokratie sichtbar, in der man meint, der Wille des Menschen, der Wille einer Mehrheit, könne das sittliche Gesetz Gottes ändern, sei Richter über Recht und Unrecht.

Eine solche Gesinnung ist im Grundsatz nicht verschieden von der, welche die modernen Ideologien prägt. Diese erachten freilich nicht einfach den Willen der Mehrheit, sondern den Willen einer Rasse, wie der Nationalsozialismus, oder den Willen einer Klasse, wie der Bolschewismus, für maßgebend. Das Entscheidende ist jedoch, daß von allen der Wille von Menschen, anstelle des Willens Gottes, zum Maßstab für Gut und Böse, Recht und Unrecht, gemacht wird. Die liberale Demokratie und die totalitären Staaten unterscheiden sich in ihrer Verwerflichkeit allenfalls dem Grade, nicht aber dem Wesen nach.

Quellen:

- Acta Sanctae Sedis (ASS), Rom, 1865 - 1908;
Ursprünglich private, zuletzt offiziöse Zeitschrift,
veröffentlichte ausschließlich Verlautbarungen des
Hl. Stuhls.
- Acta Apostolicae Sedis (AAS), Commentarium officiale, Rom
1909 ff. Amtsblatt des Hl. Stuhles
- Lexikon für Theologie und Kirche (LThK),
Sonderbände: "Das Zweite Vatikanische Konzil.
Dokumente und Kommentar", Freiburg,
Basel, Wien, Band I, II, III
1966, 1967, 1968
- Karl Lugmayer (Hsg.), Die gesellschaftlichen Rundschrei-
ben Leos XIII. und seiner unmittelbaren Vorgänger,
Wien, 1930
- Emil Marry (Hsg.), Mensch und Gemeinschaft in christli-
cher Schau. Dokumente. Freiburg/Schweiz, 1945
- Josef Neuner - Heinrich Roos (Hsg.),
Der Glaube der Kirche in den Urkunden der Lehrver-
kündigung, Regensburg, 1979
- Karl Rahner, Herbert Vorgrimler, (Hsg.)
Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zwei-
ten Vatikanums. Freiburg i.Br. 1979
- Helmut Schnatz (Hsg.), Päpstliche Verlautbarungen zu
Staat und Gesellschaft. Originaldokumente mit deut-
scher Übersetzung. Darmstadt 1973
- Texte zur katholischen Soziallehre. Herausgegeben vom
Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung
(KAB) Deutschland, Kevelaer 1977
- Arthur-Fridolin Utz - Joseph-Fulko Groner (Hsg.), Aufbau
und Entfaltung des gesellschaftlichen Lebens.
Soziale Summe Pius' XII., 2. Bd., Freiburg/Schweiz
1954
- Bibelzitate, sofern nicht nach den dt. Übersetzungen der
zitierten lehrämtl. Dokumente, nach:
"Die Heilige Schrift des Alten und Neuen Testamentes",
hg. von V. Hamp, M. Stenzel, J. Kürzinger.
Aschaffenburg 1959

L i t e r a t u r :

Hans Barion, Weltgeschichtliche Machtform? Eine Studie zur Politischen Theologie des II. Vatikanischen Konzils, in:
"Epirrhosis", Festschrift für Carl Schmitt zum 80. Geburtstag, Berlin 1968

Augustin Bea, Die Kirche und die Religionsfreiheit.
Ein Kommentar zur Konzilserklärung über die Religionsfreiheit, in:
Stimmen der Zeit, 177, 1966, S. 241-252

Ludwig Berg, Bemerkungen zum Kapitel "Politische Gemeinschaft" in Gaudium et spes, in:
Demokratie, Kirche, Politische Ethik. Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, hsg. von Wilhelm Weber, Band 10, Münster, 1969, S. 181-196

Karl Boeckenhoff, Albert M. Koeniger,
Katholische Kirche und moderner Staat, Köln 1920

Jean-Yves Calvez, Johannes XXIII. und die Menschenrechte,
Mannheim 1966

László Feketékuty, Christentum und Staat. Gedanken zu einer christlichen Staatslehre, Köln, 1953

Jakob Fellermeier, Abriß der katholischen Gesellschaftslehre, Freiburg 1956

Albert Gnägi, Katholische Kirche und Demokratie, Zürich, Einsiedeln, Köln, 1970

Gustav Gundlach, Die Ordnung der menschlichen Gesellschaft, Bd. 1, 2, Köln 1964

Gerd Hirschauer, Der Katholizismus vor dem Risiko der Freiheit, München 1966

Joseph Höffner, Christliche Gesellschaftslehre, Kevelaer, 1975

Franz-Xaver Kiefl, Die Staatsphilosophie der katholischen Kirche und die Frage der Legitimität in der Erbmonarchie, Regensburg 1928

Franz Klüber, katholische Gesellschaftslehre, Band 1, Geschichte und System, Osnabrück 1968

- Heinrich Krauss, Die Entwicklungsenzyklika Papst Pauls VI.
Populorum progressio, Freiburg i.Br. 1967
- Albrecht Langner, Die politische Gemeinschaft.
Kommentare zur Pastoralkonstitution, Köln, 1968
- Raniero La Valle, Das Leben der politischen Gemeinschaft,
in:
G. Baraúna (Hsg.), Die Kirche in der Welt von heute,
Salzburg, 1967, S. 387-420
- Jacques Leclercq, Kirche und Freiheit, Essen, 1964
- Leopold Lentner, Der Christ und der Staat. Grundsätzliche
Feststellungen in den Rundschreiben Leos XIII. und
ihre Gültigkeit für die Gegenwart, Wien, 1952
- Hans Maier, Der Christ in der Demokratie, Augsburg, 1968
- Ders., Demokratie, kirchliches Lehramt und Wissenschaft
1789 bis heute, in:
Winfried Becker, Hans Maier, Manfred Spieker (Hsg.),
Revolution - Demokratie - Kirche, Paderborn 1975,
S. 27-48
- Ders., Kirche und Gesellschaft, München, 1972
- Ders., Revolution und Kirche, Studien zur Frühgeschichte
der christlichen Demokratie, Freiburg i.Br., 21965
- Joseph Mausbach, Das organische Prinzip im Staats- und
Gesellschaftsleben, in:
Ders. (Hsg.), Aus katholischer Ideenwelt, Münster, 1921
- Johannes Messner, Der naturrechtliche Gehalt der Enzyklika
Pacem in terris, in:
Die neue Ordnung 17 (1963), S. 334-353
- Paul Mikat, Kirche und Staat in nachkonziliarer Sicht, in:
Kurt Aland, Wilhelm Schneemelcher (Hsg.),
Kirche und Staat, Festschrift für Bischof D. Hermann,
Kunst D.D. zum 60. Geburtstag, Berlin, 1967, S. 105 ff.
- Emil Muhler, Die Soziallehre der Päpste, München, 21959
- John Courtney Murray, The Church and Totalitarian Democracy,
in:
theological Studies 13, Baltimore, 1952, S. 525 ff.
- Ders., Leo XIII on Church and State,
ebenda, 14 (1953), S. 1 ff.

- Ders., Die religiöse Freiheit und das Konzil, in:
Wort und Wahrheit 20 (1965),
1. Teil: S. 409-430
2. Teil: S. 505-536
- Ders., Zum Verständnis der Entwicklung der Lehre der Kirche über die Religionsfreiheit, in:
Jérôme Hamer, Yves Congar (Hsg.), Die Konzilserklärung über die religiöse Freiheit, Paderborn, 1967, S. 125-166
- Oswald v. Nell-Breuning, Hermann Sacher (Hsg.),
Zur christlichen Staatslehre, Beiträge zu einem Wörterbuch der Politik, Heft II, Freiburg i.Br. 1948
- Oswald v. Nell-Breuning, Die politische Gemeinschaft im Urteil des II. Vatikanischen Konzils, in:
Theologie und Philosophie 41 (1966), S. 354-375;
- = Ders., Kommentar zum 4. Kapitel des II. Hauptteils von "Gaudium et spes" (Das Leben der politischen Gemeinschaft), LThK, Konzil-Sonderband III, S. 517-532
- Ders., Soziallehre der Kirche, Erläuterungen der lehramtlichen Dokumente, Wien, 1977
- Pietro Pavan, Kommentar zum Dekret über die Religionsfreiheit, in:
LThK, Konzil-Sonderband II, S. 125-166
- Ders., Die wesentlichen Elemente des Rechtes auf Religionsfreiheit, in:
J. Hamer, Y. Congar, a.a.O., S. 167-226
- Josef Rief, Zum Demokratieverständnis der Kirche, in:
Demokratie- Kirche- Politische Ethik, Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften, hsg. Wilhelm Weber, Bd. 10, Münster, 1969, S. 45-76
- Martin Rock, Christ und Revolution. Widerstandsrecht, Widerstandspflicht, Augsburg, 1968
- Ders., Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sozialethische Erörterung, Münster, 1966
- Heinrich Rommen, Die Staatslehre des Franz Suarez, Mönchengladbach, 1927

- Ders., Der Staat in der katholischen Gedankenwelt, Paderborn, 1935
- Lothar Roos, Demokratie als Lebensform, Abhandlungen zur Sozialethik, hsg. von Wilhelm Weber u. Anton Rauscher, Band 1, Paderborn 1969
- Otto Schilling, Die Frage der Volkssouveränität, in: Tübinger Theologische Quartalsschrift, 1924, S. 175 ff.
- Ders., Die Gesellschaftslehre Leos XIII. und seiner Nachfolger, München, 1951
- Ders., Die Staats- und Soziallehre Leos XIII., Tübingen, 1925
- Hugo Schmieden, Recht und Staat in den Verlautbarungen der katholischen Kirche seit 1878, Bonn, 1959
- Franz Martin Schmölz, Kirche und Demokratie, in: Die neue Ordnung, 17 (1963), S. 401-415
- Heinrich Schrörs, Katholische Staatsauffassung, Kirche und Staat, Freiburg i.Br., 1919
- Johann Baptist Schuster, Die Soziallehre nach Leo XIII. und Pius XI., Freiburg i.Br., 1935
- Wilhelm Schwer, Katholische Gesellschaftslehre, Paderborn, 1928
- Bernhard Sutor, Kirche und Demokratie, in: Die neue Ordnung, 19 (1965), S. 47-55
- Peter Tischleder, Die Staatslehre Leos XIII, Mönchengladbach, 1925
- Ders., Staatsgewalt und katholisches Gewissen, Frankfurt 1927
- Arthur Fridolin Utz - Heinrich Basilius Streithofen, (Hsg.) Die christliche Konzeption der pluralistischen Demokratie. Akten des internationalen Symposiums Madrid 1976, Sammlung Politeia, Band 30, Stuttgart, 1977
- Arthur Fridolin Utz (Hsg.), Die Friedenszyklika Papst Johannes' XXIII. Pacem in terris, Freiburg i.Br., 21965

Ders., Der politische Realismus Johannes' XXIII. in der Enzyklika "Pacem in terris", in:
Die neue Ordnung, 19 (1965), S. 241-249;
ferner in:
Wilhelm Sandfuchs (Hsg.), Wort der Päpste, Würzburg, 1965, S. 199-211

Wolfgang Vogt, Der Staat in der Soziallehre der Kirche, Aschaffenburg, 1965

Wilhelm Weber, Kirche und Demokratie = Katholische Soziallehre in Text und Kommentar, Heft 9, Köln, 1978

Wilhelm Weber und Anton Rauscher, Die menschliche Gemeinschaft, in:
G. Baraúna, Die Kirche in der Welt von heute, a.a.O., S. 179-200

Rudolf Weiler, Katholische Soziallehre und Revolution, in:
Demokratie - Kirche - Politische Ethik, a.a.O., S. 197-234

Eberhard Welty (Hsg.), Die Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII. Mater et magistra, Freiburg i.Br., 1965

Hans Wulf, Der Staat und die öffentliche Ordnung, in: Stimmen der Zeit 177, 1966.

LEBENS LAUF

- 15.5.1956 Geboren in Rosenheim als Sohn
des Gemeindesekretärs Josef Steininger
und seiner Ehefrau Ludovika, geb.Graf.
- 1962 - 1966 Besuch der Volksschule in
Feldkirchen und Westerham.
- 1966 - 1975 Besuch des humanistischen Zweigs des
Ignaz-Günther-Gymnasiums in Rosenheim.
- 21.6.1975 Abitur am Ignaz-Günther-Gymnasium,
Rosenheim.
- 1.7.1975 Wehrdienst in Murnau und Bad Reichenhall
- 30.9.1976 bei der 1.Gebirgsdivision.
- Nov.1976 Aufnahme des Studiums an der
Ludwig-Maximilians-Universität
in München.
- 26.7.1982 Promotion zum Dr.phil.

